

**5. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 29. März 2012,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.35 Uhr**

Anwesend sind: 47 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Thomas Frey, 3. Sandro Gervasoni, 4. Sarah Honegger,
5. Alexandra Kämpf, 6. Urs Knapp, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Daniel Probst, 9. Thomas
Rauch, 10. Simone Roth, 11. René Wernli

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Florian Amoser, 3. Ramazan Balkaç, 4. Rolf Braun,
5. Lukas Derendinger, 6. Werner Good, 7. Thomas Marbet, 8. Huguette Meyer Derungs,
9. Dr. Rudolf Moor, 10. Daniel Schneider, 11. Luzia Stocker Rötheli,
12. Dr. Arnold Uebelhart, 13. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Georg Dinkel, 3. Heidi Ehram, 4. Antonia Hagmann,
5. Thomas Pfluger, 6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Beate Hasspacher, 4. Anita Huber, 5. Sandra Näf,
6. Theo Schöni, 7. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Markus Flury, 3. Doris Känzig, 4. André Köstli, 5. Dr. David Wenger,
6. Christian Werner, 7. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:
Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent
Mario Schenker, Controller
Markus Sieber, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:
Daniel Dähler
Nadja Fleischli
Marlène Wälchli Schaffner

Vorsitz: Marcel Buck

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

9. Fusion Olten Plus, Fusionsvertrag/Genehmigung
10. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 10.1. Postulat Felix Wettstein (GO) und Mitunterzeichnende betr. Gestaltungsplan für das Areal Stationsstrasse (eingereicht am 30.06.2011)
 - 10.2. Postulat Felix Wettstein (GO) und Mitunterzeichnende betr. Strom sparen dank Bestgerätestrategie der Stadt Olten (eingereicht am 24.03.2011)
 - 10.3. Postulat Anita Huber (GO) und Mitunterzeichnende betr. Ein- und Ausstieg in die Aare für Schwimmerinnen und Schwimmer (eingereicht am 15.09.2011)
 - * 10.4. Interpellation Werner Good (SP) und Mitunterzeichnende betr. Umsetzung des behindertengerechten (hindernisfreien) Bauens in der Stadt Olten (eingereicht am 15.09.2011)
 - * 10.5. Interpellation Luzia Stocker (SP) betr. Auswirkungen eines Reaktorunfalles im AKW Gösgen auf die Stadt (eingereicht am 15.09.2011)
 - * 10.6. Interpellation Huguette Meyer Derungs (SP) betr. Erschliessungsverkehr zum Gewerbegebiet Areal Nussbaum AG durch die Wohnzone des Hardfeldquartiers (eingereicht am 15.09.2011)
 - * 10.7. Interpellation Sarah Honegger (FdP) und Mitunterzeichnende betr. verbesserter Zugang zum Friedhof Meisenhard (eingereicht am 15.09.2011)
 - * 10.8. Postulat Thomas Rauch (FdP) und Mitunterzeichnende betr. 30%-Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an der erzielten Verminderung des Personalaufwands (eingereicht am 15.12.2011)
 - * 10.9. Postulat Thomas Rauch (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Aufbau Benchmarking ggü. vergleichbaren Städten (eingereicht am 15.12.2011)
- * aus Zeitgründen vertagt

* * *

Parlamentspräsident Marcel Buck begrüsst die Anwesenden zur Fortsetzung der Sitzung und recht herzlich Jürg Ryffel, Gemeindepräsident von Hauenstein, und Karl Tanner, Gemeindepräsident von Trimbach.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. März 2012

Akten-Nr. 3/13, 54/3

Prot.-Nr. 40

Dringliche Motion David Wenger (SVP) betr. Buslinienführung weiterhin durch die Kirchgasse/Frage der Dringlichkeit

Parlamentspräsident Marcel Buck: Das Parlamentsbüro ist gerade etwas ins Schwitzen gekommen, wie dies nun geht und wie man sich verhalten muss. Aber wir wissen jetzt, wie wir uns verhalten. Ich versuche, dies nun mit meinen einfachen Worten zu erklären und hoffe, dass es alle verstehen. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, steht unser Rechtskonsulent natürlich zur Verfügung. Es ist so, dass die dringliche Motion als solche in der laufenden Sitzung – es ist eine Sitzung – nicht eingereicht werden kann. Es besteht die Möglichkeit, einen Wiedererwägungsantrag zu stellen. Ich werde nachher den Motionär dazu fragen. Wenn Ihr dies mit einem Zweidrittelmehr unterstützt, würden wir noch einmal auf das Geschäft von gestern eintreten und dieses weiter behandeln. Die dringende Motion kann als solche in der heutigen Sitzung nicht angenommen werden. Ich bitte den Rechtskonsulenten der Stadt Olten, dies noch juristisch korrekt zu erklären.

Stefan Hagmann: Vorab: Die Behandlung der parlamentarischen Vorstösse und wie man sich eigentlich verhält oder wie Anträge in der Sitzung selber gestellt werden können ist im Geschäftsreglement unter zwei verschiedenen Titeln geregelt, nämlich unter dem vierten und dem achten Titel. Es ist so, dass wenn während der Verhandlungen vor Schluss der Sitzung ein Antrag gestellt wird, es eine Zweidrittelmehrheit braucht, damit der Antrag, der sich auf ein Sachgeschäft bezieht, wo man bereits vorher einen Beschluss gefasst hat, überhaupt behandelt wird. Ein Vorstoss muss bei Dringlichkeit mindestens 48 Stunden vor der Behandlung vorliegen. Es kann aber auch eine kürzere Zeit gewählt werden. Wieso unterscheidet dies der Gesetzgeber? Wenn man dies nicht unterscheiden würde, bräuchte es nämlich die Wiedererwägung und den Rückkommensantrag nicht. Dann könnte man nämlich während der Verhandlung jederzeit einen parlamentarischen Vorstoss stellen, ihn in diesem Sinne als dringlich erklären und gleich behandeln lassen. Von daher gesehen ist es unter zwei verschiedenen Titeln geregelt, und parlamentarische Vorstösse sollten, auch wenn es eine Minute vor Verhandlungsbeginn ist, vor der Verhandlung eingereicht werden. Während der Verhandlung kommen nachher die Regelungen unter dem vierten Titel zur Anwendung.

Dr. David Wenger: In der Hitze des Gefechts war mir natürlich nicht bewusst, dass wir heute die gleiche Sitzung wie gestern haben, und insofern ist natürlich dieser Lapsus unterlaufen. Es bleibt mir nichts anderes übrig, und ich würde gerne den Inhalt der dringlichen Motion als Wiedererwägungsantrag stellen. Das ist die einzige Möglichkeit, wie wir es jetzt behandeln könnten. In diesem Sinne eine Wiedererwägung des gestrigen Geschäfts in Bezug auf die Frage Buslinienführung weiterhin durch die Kirchgasse oder eben, wie gestern beschlossen, durch die Konradstrasse.

Beschluss

Mit 32 : 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Wiedererwägungsantrag von David Wenger abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. März 2012

Akten-Nr. 53/16

Prot.-Nr. 41

Fusion Olten Plus, Fusionsvertrag/Genehmigung

Stärker vereint – vereint stärker

Die Stadt Olten und ihre Nachbargemeinden arbeiten schon seit Jahren in den verschiedensten Bereichen erfolgreich zusammen. Die Zusammenarbeit stösst aber an Grenzen. Und auch in unserer Region stimmen die Lebensräume der Menschen schon seit langem nicht mehr mit den politischen Gemeindegrenzen überein. Langfristige Vision ist deshalb eine handlungsfähige Stadt Olten, in welcher der engere Lebensraum weitgehend mit den politischen Grenzen übereinstimmt und ohne Hindernisse in Form von Gemeindegrenzen eine (noch) dynamischere Entwicklung möglich wird.

Seit 2008 prüfen aus diesem Grund verschiedene Gemeinden rund um die Stadt Olten Chancen und Nutzen einer engeren Zusammenarbeit bis hin zu einer Fusion. Aktuelles Produkt daraus ist das Projekt Fusion Olten Plus der vier Gemeinden Olten, Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen.

Ende 2009/Anfang 2010 haben das Gemeindeparlament der Stadt Olten und die Gemeindeversammlungen in Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen einem Fusionsvorvertrag zugestimmt. In der Folge wurde der vorliegende Fusionsvertrag erarbeitet, der vom 3. Januar bis 3. Februar 2012 bei der Bevölkerung der vier Gemeinden in Vernehmlassung ging. Im Juni 2012 soll der Fusionsvertrag den Stimmberechtigten der vier Gemeinden unterbreitet werden. Stimmen diese zu, kann die Fusion per 1. Januar 2014 in Kraft treten.

Damit die Fusion zustande kommt, müssen mindestens die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Olten und Trimbach den Fusionsvertrag genehmigen. Ist diese Voraussetzung erfüllt, können sich die Einwohnergemeinden Hauenstein-Ifenthal und Wisen gemäss den jeweiligen Resultaten der Urnenabstimmung einzeln oder gemeinsam der neuen Einwohnergemeinde anschliessen. Vorbehalten bleibt die Zustimmung des Kantonsrates.

Die Fusion führt mittel- und langfristig zu Synergien. Diese sind allerdings kurzfristig dadurch eingeschränkt, dass einerseits in den kleineren Gemeinden bisher viele Leistungen in mehr oder weniger unentgeltlicher Freiwilligenarbeit geleistet werden und somit keine Doppelspurigkeiten in der Verwaltung bestehen und andererseits das dortige Niveau des Dienstleistungsangebots tiefer ist.

Der Kanton gewährt während Übergangs- und Besitzstandsfristen im Finanzausgleich grosszügige Entlastungen in der Höhe von insgesamt fast 35 Mio. Franken. Ab 2023 müssen dann nach heutigem Wissensstand Einsparungen oder zusätzliche Steuereinnahmen durch Zuzüge von neuen Steuerpflichtigen in der Höhe von rund 9 Mio. Franken erzielt werden. Die finanziellen Auswirkungen sind nach Ansicht des Stadtrates für die Stadt Olten bewältigbar und werden durch die neuen Chancen in der Stadtentwicklung mehr als kompensiert. Die in Aussicht stehende Neuverschuldung der Stadt Olten in den nächsten Jahren ist denn auch nicht auf die finanzielle Situation

der Partnergemeinden, sondern auf die umfangreichen Investitionsvorhaben Olten mit und ohne Fusion zurückzuführen.

Für den Stadtrat sprechen daher folgende Argumente für ein Ja zur Fusion Olten Plus:

- Olten und Trimbach sind seit Jahren zusammengewachsen. Die politische Gemeindegrenze stellt aber ein Hindernis für eine noch engere Zusammenarbeit dar und schränkt die Handlungsfähigkeit ein.
- Die Fusion gestattet ein Handeln „aus einer Hand“: Die bisherige Stadt Olten stärkt ihren Einfluss in einem grösseren Umfeld und kann somit dessen Entwicklung gezielter lenken.
- In der neuen Stadt Olten muss nicht überall alles angesiedelt werden: Je grösser der Raum ist, desto gezielter können jeweils die am geeignetsten Standorte gesucht werden. So gehören etwa Nutzungen mit Zentrumsfunktion in die Nähe des öffentlichen Verkehrs. Und die Koordination der erforderlichen Planungsprozesse wird einfacher.
- Olten wird für Unternehmen vielfältiger: Durch die Fusion wird die Anzahl der möglichen Standorte für Unternehmen grösser, insbesondere durch die Arbeitsgebiete in Trimbach, die dank der „Adresse“ Olten auch für Unternehmen attraktiv werden, die sich vorher dort nicht angesiedelt hätten.
- Olten Plus wird auch als Wohnort attraktiver: Die Fusion führt zu einem Gebilde, das sämtliche Arten des Wohnens abdeckt, von der „Stadtwohnung“ bis zum Einfamilienhaus in ländlicher Umgebung, alle aber mit derselben „Adresse“ Olten und dem gleichen Dienstleistungs- und Infrastrukturangebot. Aus Oltners Sicht interessant ist insbesondere Trimbach, das noch Reserven in den 2-geschossigen Wohnzonen in (vornehmlich nach Süden ausgerichteten) Hanglagen aufweist. Aber auch Hauenstein-Ifenthal und Wisen besitzen noch gut 50 eingezonte Parzellen für Einfamilienhäuser. Angesichts dieser Reserven und der grosszügigen Entwicklungsgebiete auf Oltners Boden sind die aufgezeigten Wachstumsszenarien realistisch.
- Dank dieser Perspektiven und wegen erwarteter Synergien kann die Fusion ohne Steuererhöhung wegen der Fusion selber verkräftet werden. Andere Einflüsse bleiben mit oder ohne Fusion vorbehalten.
- Praktisch alle Städte dieser Grösse streben nach einer breiteren Abstützung, um die politischen Grenzen und damit die Entscheidungsräume den Lebensräumen anzunähern. Hier gilt es im Standortwettbewerb den Zug nicht zu verpassen.
- Die Fusion führt zu einer Stärkung der Stadt Olten im Kanton Solothurn und im AareLand.

Das vorliegende Projekt stellt einen ersten Schritt in diese Richtung dar – weitere Schritte mit weiteren Gemeinden sind geplant.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, die zukunftsweisende Vorlage ihrer Bedeutung entsprechend dem Volk zu unterbreiten und diesen ersten Schritt im Zeichen einer Öffnung als zuverlässiger Partner für die Region und ihre Gemeinden zu machen – aus den genannten Gründen, aber auch um weitere Schritte nicht für lange Zeit durch ein Nein zur derzeitigen Vorlage zu verhindern.

1. Ausgangslage

Trend zu grösseren Gemeinden

Bildung von starken Zentren und bessere Handlungsfähigkeit dank grösseren Einheiten: Mit diesen Zielsetzungen nehmen in den letzten Jahren Gemeindefusionen zu. Seit 1860, als die Schweiz einen Höchstbestand von 3146 Gemeinden aufwies, sank die Zahl der Gemeinden um mehr als einen Fünftel. In den letzten 20 Jahren hat sich der Trend noch beschleunigt. Im Kanton Freiburg erhöhte sich der Rhythmus der Zusammenschlüsse zwischen 2000 und 2006: 41 Fusionen, die insgesamt 118 Gemeinden betrafen, sind seither durchgeführt worden. In Glarus gibt es nur noch drei Gemeinden. Zu erwähnen ist auch der Kanton Aargau, in dem 43 Gemeinden in Zusammenschlussprojekte involviert waren oder sind. Sofern diese zustande kommen, wird die Gemeindeanzahl im Aargau um 12% – von 229 auf 202 – sinken. Im Kanton St. Gallen laufen rund 45 Projekte, was einem Wegfall von 40 Gemeinden (-9%) gleich käme. Im Kanton Bern bestehen 22 Fusionsprojekte, bei denen allerdings auch Rückschläge zu verzeichnen sind; die Zielsetzung des bernischen Gemeindefusionsgesetzes lautet: Reduktion von 392 Gemeinden (1.1.2009) bis 2017 auf ca. 300 Gemeinden. Im Kanton Solothurn laufen derzeit acht Fusionsprojekte mit 33 beteiligten Gemeinden.

Insgesamt gibt es in der Schweiz seit Anfang 2012 noch 2495 Gemeinden, 56 weniger als vor Jahresfrist. Insgesamt 79 Gemeinden fusionierten 2011 zu 23 grösseren Körperschaften. Mitte Jahr schlossen sich insgesamt 48 Waadtländer Gemeinden zu zwölf zusammen. So entstand etwa am Mont Vully zwischen Murten- und Neuenburgersee aus sieben Gemeinden die Gemeinde Vully-les Lacs. In der Broye-Ebene fusionierten acht Gemeinden und im Waadtländer Mittelland fünf Gemeinden.

Auch per 1. Januar 2012 gab es in der Waadt die meisten Fusionen: 17 Gemeinden schlossen sich zu vier zusammen. Die grösste Fusion wurde um den Eisenbahnknotenpunkt Palézieux vollzogen: zehn Gemeinden fusionierten zur Gemeinde Oron. Weitere 14 Gemeinden in den Kantonen Bern, Freiburg, Solothurn, Graubünden und Aargau schlossen sich auf Anfang 2012 zu sieben zusammen. Per 1. April 2012 schliessen sich zudem insgesamt 19 Tessiner Gemeinden zu fünf zusammen.

2011 sagten ferner im Kanton Neuenburg 15 Gemeinden Ja zur Fusion zu einer einzigen: Val-de-Ruz. Im Wallis sprachen sich St-Maurice und Mex sowie Leuk und Erschmatt für einen Zusammenschluss aus. Dagegen scheiterte ein Projekt zur Schaffung einer Grossgemeinde Visp. Im Tessin gab es grünes Licht für die Fusion von Lugano mit sechs Agglomerationsgemeinden und für jene von Mendrisio mit drei umliegenden Kommunen. Dagegen fand ein Fusionsprojekt von Gemeinden um Ascona keine Gnade, ebenso wenig wie die geplante Schaffung einer Gemeinde Gross-Locarno. Im Luzernischen lehnten die Stimmbürger der Luzerner Agglomerationsgemeinden Kriens und Ebikon einen Zusammenschluss mit der Kantonshauptstadt ab.

Unter Städten in der Grösse von Olten streben derzeit mehrere danach, die faktischen Grenzen der Aufgaben- und Problemlösungsgemeinschaft¹ mit den politischen in Einklang zu bringen. Beispiele für diesen Trend bei mittelgrossen Städten sind auch die Nachbarstädte *Aarau* (Fusion mit Rohr erfolgt; Gespräche mit weiteren Nachbargemeinden wie Buchs und Suhr laufen), *Zofingen* (Gespräche mit Uerkheim laufen; Verein „Stadt Region Zofingen“ strebt Fusion von Zofingen, Aarburg, Oftringen, Rothrist und Strengelbach an) und *Solothurn* (Fusionsprojekt mit Bellach, Biberist, Derendingen, Langendorf, Luterbach und Zuchwil). Kommen diese Vorhaben zustande, könnten sich die Gewichte zuungunsten einer Stadt Olten im Alleingang verschieben.

¹ Der Ansatz der Aufgaben- und Problemlösungsgemeinschaft geht davon aus, dass eine Gemeinde jene Bewohner/innen zusammenfassen soll, die eine Vielzahl von gemeinsamen Aufgaben und Problemen zu lösen haben.

Zusammenarbeit in der Region Olten schon lange ein Thema

Das Thema Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg ist nicht neu für die Stadt Olten und ihre Agglomeration: Schon seit Jahren setzt die Stadt Olten auf die Kooperation in verschiedenen Bereichen mit ihren Nachbargemeinden und weiteren Kommunen der Region. Die lange Liste reicht von der regionalen Zivilschutzorganisation (mit Starrkirch-Wil seit ca. 35 Jahren, zusätzlich mit Wangen seit 2001, mit insgesamt neun Regionsgemeinden seit 2003) und der Stützpunkt-Feuerwehr über das Rechenzentrum im Informatikbereich, den Zweckverband ARA (Zusammenschluss von 13 Gemeinden), die Sonderschulung mit Heilpädagogischem Sonderschulzentrum und Logopädie mit Olten als Standortgemeinde sowie Schulabkommen mit diversen Gemeinden bis zu Massnahmen für Arbeitsintegration wie z.B. Oltech (Tochterfirma des Regionalvereins Olten-Gösigen-Gäu), zur Suchthilfe (Regionalisierung in Form einer Tochterfirma des Regionalvereins Olten-Gösigen-Gäu) und zur Sozialregion mit den Gemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal, Wisen und Winznau.

Die intensive Zusammenarbeit der Gemeinden der Region Olten stösst jedoch an institutionelle Grenzen. Als Beispiel sei dafür der Bereich Bildung erwähnt: Viele kleinere Gemeinden sind durch die zahlreichen aktuellen Reformen und Veränderungen überfordert; eine Steuerung aus einer (grossen) Hand bringt indessen Vorteile, zum Beispiel in Form eines einheitlichen Standards über ein grosses Gemeindegebiet hinweg. Einheitliche Qualität und eine grössere Anzahl Schülerinnen und Schüler erleichtern zudem deren Aufteilung auf die verschiedenen Schulhäuser und dadurch die Weiterführung von Standorten, die bisher wegen dazwischen liegender Gemeindegrenzen gefährdet waren. Schon dieses eine Beispiel zeigt, dass die in dieser Vorlage genannten Chancen nicht auch ohne Fusion erzielt werden könnten.

Ohne die Gemeindegrenzen könnte sich die Stadtregion Olten mit einer gemeinsamen Strategie (noch) dynamischer entwickeln, könnten Synergien genutzt und mittel- bis langfristig Einsparungen erzielt werden. Im November 2003 beauftragte in diesem Sinne ein vom Oltnen Gemeindeparlament überwiesenes Postulat den Stadtrat, die Zusammenarbeit in den kommunalen Aufgabenbereichen Verwaltung, Betrieb und Unterhalt mit den umliegenden Gemeinden zu verstärken und so Synergie- und Grösseneffekte zu nutzen.

Initialzündung aus Olten und Trimbach

Schon seit längerer Zeit wurde zwischen den beiden Gemeindepräsidien von Olten und Trimbach über ein engeres Zusammengehen bis hin zu einer Fusion diskutiert. Am 16. Januar 2007 wurde dann im Oltnen Gemeindeparlament eine Motion von Stephan Hodonou (EVP) betr. Aufnahme von Fusionsgesprächen mit den Nachbargemeinden Olten mit 39:3 Stimmen überwiesen. Der Stadtrat erklärte sich in der Beantwortung ausdrücklich bereit, die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden zu verstärken und auch eine Fusion anzustreben, falls sich diese im konkreten Fall als optimale Lösung erweise. Um hier die nötigen Grundlagen zu schaffen, kündigte der Stadtrat an, zusammen mit Nachbargemeinden eine Studie über Chancen und Risiken einer Fusion der Stadt Olten mit umliegenden Gemeinden in Auftrag zu geben.

Im Herbst 2007 beschlossen dann die beiden Gemeinden Olten und Trimbach zusammen mit der Hochschule Luzern die genannte Studie durchzuführen. Da ein solcher Schritt Konsequenzen für die gesamte Agglomeration Olten haben würde, gelangten sie in der Folge an die an ihre Gebiete angrenzenden Solothurner Gemeinden mit der Anfrage, ob diese ein Interesse an der gemeinsamen Erarbeitung von Daten im Rahmen einer Vorstudie hätten. Diese sollte klären, welcher Projektperimeter für die weiterführende Studie sinnvoll ist.

Kein Interesse aus Starrkirch-Wil

An dieser Vorstudie, zu welcher natürlich wie zu allen weiteren Schritten niemand „gezwungen“ werden konnte, nahmen Boningen, Dulliken, Hauenstein-Ifenthal, Olten, Rickenbach (das sich selber aktiv meldete), Trimbach, Wangen, Winznau und Wisen teil; Starrkirch-Wil teilte mit, dass es auf eine Teilnahme an dieser Studie verzichte, da keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse zu erwarten seien. Zudem bestünden aus Sicht der Gemeinde Starrkirch-Wil keinerlei „Fusionsgelüste“.

Diese Grobanalyse im Frühjahr 2008 ergab, dass Olten, Trimbach, Dulliken, Wangen, Winznau, Hauenstein-Ifenthal und Wisen eine sogenannte Aufgaben- und Problemlösungsgemeinschaft bilden, für die sich vertiefende Fusionsabklärungen empfehlen würden. In diesem Projektperimeter – so die Fachleute der Hochschule Luzern – könnten zudem die wesentlichen Entwicklungspotenziale der Region am besten ausgeschöpft werden, insbesondere die Stärkung als Wohnregion.

Nach einer zweimonatigen Bedenkfrist entschlossen sich im Juli 2008 sechs Gemeinden, nach der Grobanalyse an weiteren Phasen der Studie teilzunehmen: Dulliken, Hauenstein-Ifenthal, Olten, Trimbach, Winznau und Wisen. Boningen teilte mit, eine weitere Teilnahme sei auf Grund der Ergebnisse der Grobanalyse nicht attraktiv. Rickenbach sprach von interessanten Erfahrungen während der Grobanalyse; man verzichte aber auf eine Weiterführung. Ebenso die Gemeinde Wangen, die kurz zuvor ein Leitbild verabschiedet hatte, das unter anderem den Grundsatz enthält, dass Wangen eine eigenständige und attraktive Gemeinde bleiben will.

Die übrigen sechs Gemeinden beschlossen eine Fortsetzung der Studie, die aus einer Ist-Analyse der bestehenden Aufgaben und Zusammenarbeiten der Gemeinden sowie dem Aufzeigen der Vor- und Nachteile und der Entwicklungsperspektiven im Falle einer Fusion bestand. Das Resultat wurde im Juni 2009 vorgelegt, umfasste aber – insbesondere im finanziellen Bereich – erst eine Auflistung bzw. ein Summieren des Bestehenden ohne nähere Prüfung und Gewichtung. Viele Angaben und Zahlen basierten auf Schätzungen und sind seither überprüft und auch teilweise korrigiert worden.

Dulliken und Winznau erst in zweiter Phase

Vor der Unterzeichnung des Fusionsvorvertrags entschieden sich im November 2009 zwei weitere Gemeinden, dass sie erst in einer zweiten Phase am Fusionsprozess rund um die Stadt Olten teilnehmen wollen. So betonte der Dulliker Gemeinderat, er sehe die allgemeine Tendenz hin zur regionalen Bündelung der Interessen und damit einhergehend hin zu Gemeindezusammenschlüssen. Aus diesem Grunde habe Dulliken ein Interesse daran, Teil des Fusionsprozesses der Region Olten zu sein respektive zu bleiben. Allerdings sah der Rat den Einbezug der Gemeinde Dulliken in den konkreten Fusionsprozess erst in einer zweiten Etappe, nachdem eine erste Fusionsphase abgeschlossen sein werde.

Auch der Gemeinderat Winznau hielt fest, er stehe der regionalen Zusammenarbeit im Raum Olten prinzipiell positiv gegenüber und erachte den Einbezug in den konkreten Fusionsprozess zwar weiterhin als sinnvoll, allerdings aber erst in einer zweiten Etappe. Damit trage er einer im erwähnten Schlussbericht geäußerten Einschätzung Rechnung, wonach sich die wesentlichen Entwicklungspotenziale der Region bereits mit einer Viererfusion ausschöpfen liessen.

Ende 2009/Anfang 2010 wurde in der Folge ein Fusionsvorvertrag in den drei Gemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen von den jeweiligen Gemeindeversammlungen und in Olten vom Gemeindeparlament genehmigt wurde. Darin verpflichteten sich die vier Gemeinden einen Fusionsvertrag auszuarbeiten, der den Stimmberechtigten der Gemeinden vorgelegt werden solle.

2. Fusionsvertrag

Nach der Unterzeichnung des Fusionsvorvertrags formulierten die Exekutiven der vier Gemeinden auf der Basis von Bevölkerungsforen und des Schlussberichts der Studie „Chancen und Risiken einer Fusion der Stadt Olten mit ihren Nachbargemeinden“ eine gemeinsame Ausgangslage für die anschliessende Phase: Bis Sommer 2011 haben acht Fachgruppen in zwei Phasen die fusionierte Gemeinde und damit auch deren Verwaltung in den jeweiligen Bereichen skizziert, die Kosten der Umsetzung abgeschätzt und einen Finanzplan für die neue Gemeinde erstellt. Auf dieser Grundlage wurde der vorliegende Fusionsvertrag (vgl. Beilage 2) ausgearbeitet, der die Modalitäten der Vereinigung der vier Gemeinden regelt:

Allgemeine Bestimmungen (Art. 1ff.)

In den allgemeinen Bestimmungen wird unter anderem festgelegt, dass die vereinigte Einwohnergemeinde den Namen Olten trägt und das Gemeindewappen der bisherigen Einwohnergemeinde Olten übernimmt. Die übrigen bisherigen Gemeindewappen bleiben als Stadtteilwappen bestehen. Vereine und Privatpersonen können diese als Zeichen der lokalen Verbundenheit weiterhin benützen. Die Beschriftungen der mit Olten vereinigten Stadtteile lauten Trimbach (Gde Olten), Hauenstein-Ifenthal (Gde Olten) und Wisen (Gde Olten). Der Post wird beantragt, dass die bisherigen Postleitzahlen beibehalten werden.

Zudem werden unter dem Titel „Treuepflicht“ die gegenseitigen Verpflichtungen der vier Einwohnergemeinden bis zum Inkrafttreten der Fusion geregelt: Die Einwohnergemeinden Olten, Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen verpflichten sich, nach dem zustimmenden Beschluss durch das Stimmvolk keine dem Vertrag zuwiderlaufenden Handlungen vorzunehmen. Dies stellt sicher, dass in der Übergangszeit zwischen der Zustimmung des Stimmvolks zur Fusion und dem Inkrafttreten der Vereinigung am 1. Januar 2014 die vier bis zur Vereinigung autonomen Einwohnergemeinden keine Handlungen vornehmen, die den getroffenen Vereinbarungen zuwiderlaufen oder die spätere Vereinigung erschweren. Sie verpflichten sich insbesondere, Veränderungen wichtiger arbeitsrechtlicher Verhältnisse, die im Zusammenhang mit der Fusion von Bedeutung sind, bis zur Vereinigung nur im gegenseitigen Einverständnis vorzunehmen. Mit den wichtigen arbeitsrechtlichen Verhältnissen sind insbesondere jene Funktionen in der Verwaltung gemeint, die für die zukünftige Führung der vereinigten Einwohnergemeinde oder für das Erreichen der vorgegebenen Ziele relevant sind. Personelle Entscheide im Zusammenhang mit solchen Funktionen sollen zwischen den Exekutiven vorab abgesprochen werden.

Vereinbart wird ferner, dass der jährliche Finanz- und Aufgabenplan der Einwohnergemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen (inkl. Investitionsplan) sowie die jährliche Gesamtplanung der Einwohnergemeinde Olten (inkl. Finanz- und Investitionsplan) vor der Verabschiedung den jeweils anderen Einwohnergemeinden zur Vernehmlassung zugestellt werden.

Von der Fusion nicht betroffen sind – wie im Übrigen auch die Kirchgemeinden – die Bürgergemeinden und die Bürgerrechte, die in der bisherigen Form bestehen bleiben. Das bedeutet, dass beispielsweise weiterhin die Bürgergemeinde Trimbach zuständig ist für die Verleihung des Gemeindebürgerrechts für die im fusionierten Stadtteil Trimbach wohnhaften Gesuchsteller. Oder umgekehrt formuliert: Wer im Stadtteil Wisen wohnhaft ist und sich einbürgern lassen will, kann dies nur in der Bürgergemeinde Wisen tun, da die Bürgergemeinden im Rahmen der ursprünglichen Gemeindegrenzen alleinig zuständig bleiben. Eine Veränderung würde sich erst dann ergeben, wenn sich einzelne Bürgergemeinden unter sich zusammenschliessen oder mit der neuen fusionierten Gemeinde Olten zu einer Einheitsgemeinde zusammenschliessen würden. Die fusionierte Einwohnergemeinde wird übrigens laut Angaben des Kantons dem Bezirk Olten angehören, worüber der Kantonsrat noch zu entscheiden haben wird. Da ein Auseinanderklaffen der territorialen Zugehörigkeit keinen Sinn macht, ist davon auszugehen, dass auch die betroffenen Bürgergemeinden künftig ebenfalls dem Bezirk Olten angehören werden.

Gemeindeparlament, Stadtrat und weitere Organe (Art. 9ff.)

Grundsätzlich ist die heutige Gemeinde Olten die bei weitem grösste Partnerin unter den vier beteiligten Gemeinden. Es macht daher Sinn, dass auch ihr politisches System – die ausserordentliche Gemeindeorganisation mit einem fünfköpfigen Stadtrat und einem 50-köpfigen Gemeindeparlament – von der neuen Gesamtgemeinde übernommen und bei Bedarf angepasst wird. Dabei ist das Vorgehen aus praktischen Gründen so zu wählen, dass per Stichtag der Fusion (1. Januar 2014) die Gemeindeordnung der heutigen Einwohnergemeinde Olten von der neuen Einwohnergemeinde übernommen wird (Art. 33). Im Kommentar zum Fusionsvertrag wird indessen festgehalten, dass die Stimmberechtigten der neuen Einwohnergemeinde innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Fusion eine neue Gemeindeordnung erlassen. Zudem wird festgelegt, die Amtsdauer der bisherigen Behörden bis 31. Dezember 2013 zu verlängern, um den Start der vereinigten Einwohnergemeinde mit einem neuen Rechnungsjahr zusammenzulegen. Die Verfassung des Kantons Solothurn sieht in diesem Zusammenhang für alle Beamten und Behörden eine Amtsperiode von 4 Jahren vor (Art. 61 KV). Die Gemeinden sind gemäss kantonaler Rechtspraxis grundsätzlich frei, innerhalb des Kalenderjahres den Zeitpunkt des Auslaufens der Amtsperiode zu bestimmen.

Im geltenden kantonalen Gemeindegesetz ist die Bildung von Wahlkreisen, um die Interessen der Stadtteile der neuen Einwohnergemeinde wahrzunehmen, nicht vorgesehen. Aufgrund der Tatsache, dass Wahlkreise eine räumliche Einschränkung des von der Kantonsverfassung zugesicherten aktiven und passiven Wahlrechts in der Einwohnergemeinde darstellen und daher einer gesetzlichen Grundlage bedürfen, rät das Amt für Gemeinden bei der aktuellen Rechtslage von der Verwendung von Wahlkreisen ab. Auch das Fusionsprojekt Solothurn sieht aus diesen Gründen davon ab. Bei der Schaffung von Wahlkreisen würde sich angesichts der stark unterschiedlichen Gemeindegrössen auch die Frage stellen, ob es richtig wäre, wenn diese mit den bisherigen Gemeinden übereinstimmen würden, oder ob eine neue Aufteilung „besser“ wäre. Ein Vorgehen ohne Wahlkreise hat andererseits den Vorteil, dass die neue Einwohnergemeinde umso rascher zu einer Einheit zusammenwachsen kann und nicht bisherige Grenzen über eine gewisse Zeit – wenn auch in reduziertem Masse – weiterhin präsent bleiben. Zudem können ohne Wahlkreise – wie das Beispiel von Littau nach der Fusion mit der Stadt Luzern zeigt – kleinere Ortsteile auch „überproportional“ in den Behörden vertreten sein, falls sich genügend interessierte und geeignete Personen finden; das Interesse für eine Mitarbeit in politischen Gremien könnte dabei mit Blick auf einen grösseren Wirkungskreis im Falle der fusionierten Gemeinde tendenziell grösser sein, als es heute in den kleinen Gemeinden festgestellt werden muss. Es wird einerseits die Aufgabe der politischen Parteien sein dafür zu sorgen, dass sie für die vorhandenen Chargen Kandidierende aus allen Stadtteilen gewinnen können. Andererseits wird die angemessene Vertretung der Stadtteile als Zielsetzung im Fusionsvertrag festgehalten und werden zu diesem Zweck alle Funktionen wie Stadtrats-, Parlaments- und Kommissionssitze mit Ausnahme der parlamentarischen Kommissionen (Geschäftsprüfungskommission und Parlamentsbüro) bei Wahlen und Ersatzwahlen öffentlich ausgeschrieben, so dass die Mitgliedschaft bei einer Partei – wie übrigens bereits heute der Fall – nicht Voraussetzung für eine Wahl ist. Die Stadt Olten hat zudem mit ihren Mitwirkungsverfahren auf verschiedenen Ebenen bewiesen, dass sie stark interessiert ist, auch politisch nicht organisierte Bevölkerungsteile in die Meinungsbildung mit einzubeziehen.

Die Einflussmöglichkeit der Stadtteile ist ferner durch das Vorschlagsrecht in der Gemeindeordnung gewährleistet: 30 Stimmberechtigte können dem Gemeindeparlament schriftlich Vorschläge unterbreiten. Diese sind wie parlamentarische Motionen und Postulate zu behandeln. Zur Interessenwahrung der Stadtteile werden ferner vor Ort Sprechstunden des Stadtrates und Orientierungsanlässe für die Bevölkerung vorgesehen. Zudem wird die Bildung von Stadtteilvereinen als Interessenvertretungs- und Vernehmlassungsorganen gefördert.

Verwaltung (Art 18ff.)

Die Stadtverwaltung Olten bildet angesichts ihrer Grösse die Basis der neuen Verwaltung. Die Aufbauorganisation der Verwaltung wird durch den Stadtrat der neuen Einwohnergemeinde nach organisatorischen, wirtschaftlichen und bürgerinnen- bzw. bürgerfreundlichen Kriterien festgelegt. Die Kernverwaltung, insbesondere jene Verwaltungszweige, Ämter und Dienststellen, die aus organisatorischen Gründen am selben Standort sein sollten, befindet sich in der bisherigen Gemeinde Olten.

Die Verwaltungsstandorte in den bisherigen Gemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen werden aufgehoben. Organisatorisch eigenständige Verwaltungszweige, Ämter und Dienststellen können aber auch in den künftigen Stadtteil Trimbach verlegt werden. Hierbei gilt es zu beachten, dass die Schalter der Kernverwaltung mit ihren umfangreichen Öffnungszeiten (inkl. Samstagvormittag bei den Publikumsdiensten) sowie die Online-Angebote künftig auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern der neuen Stadtteile genutzt werden können. Das stellt für diese – zusammen mit den in den heutigen Aussengemeinden nicht vorhandenen Fachorganen und -beratungen der bisherigen Gemeinde Olten – einen sehr wesentlichen Ausbau der Dienstleistungen dar.

Bei den Dienstleistungen kann auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Stadtteile eingegangen werden, das heisst, diese können nach Kriterien des Bedarfs und der Verhältnismässigkeit in den einzelnen Stadtteilen unterschiedlich ausgestaltet werden.

Das gesamte Personal wird dem Dienstrecht und der Pensionskasse der bisherigen Einwohnergemeinde Olten unterstellt. Pensionierte Mitarbeitende der bisherigen Einwohnergemeinden verbleiben in der jeweiligen bisherigen Pensionskasse. Die Fusion wird ohne Entlassungen vollzogen; Stellenabbau durch Synergien wird über die normale Fluktuation und über Pensionierungen realisiert. Bestehende Arbeitsverhältnisse werden übernommen bzw. weitergeführt. Ist dies nicht in der bisherigen Form möglich, hat die zuständige Einwohnergemeinde das Arbeitsverhältnis per Ende 2013 zu beenden und der betroffenen Person ein adäquates Angebot für ein neues Arbeitsverhältnis zu unterbreiten. Ziele sind die Sicherung des gleichen Lohns bei gleicher Arbeit und die Gleichbehandlung bei der Besetzung von Führungspositionen.

Die vier bisherigen Einwohnergemeinden bekennen sich zudem im Fusionsvertrag zu einer offenen Personalpolitik. Sie kündigen an, die personellen Konsequenzen der Vereinigung frühzeitig abzuklären. Sie streben damit an, den Spielraum für betroffenes Personal zu erweitern und die Wahrscheinlichkeit von Härtefällen zu reduzieren.

Öffentliche Sicherheit (Art. 22)

Die öffentliche Sicherheit (Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz) wird auch in der vereinigten Einwohnergemeinde mindestens im gleichen Rahmen garantiert wie vor der Vereinigung. Der Sicherheitsstandard in den Stadtteilen wird den jeweiligen Verhältnissen angepasst.

Die vereinigte Einwohnergemeinde verfügt über eine eigene Polizei. Der Kanton Solothurn hat in diesem Zusammenhang erklärt, für den Zeitraum nach der Fusion sei eine geeignete, für den Kanton und die fusionierte Gemeinde befriedigende Lösung für die Zuständigkeits- und Abgeltungsfragen zu suchen.

Die Organisationen der Feuerwehr, des Zivilschutzes und des Regionalen Führungsstabs werden zusammengeführt. Die vereinigte Einwohnergemeinde verfügt über eine Feuerwehr mit Löschzügen unterschiedlichen Typs in Olten, Wisen und Hauenstein-Ifenthal. Die dezentralen Standorte von Fahrzeugen und Gerätschaften bleiben so weit erhalten, wie dies für das Einhalten der im Einsatzfall notwendigen Reaktionszeiten Bedingung ist. Die neue Organisation der Feuerwehr wird nach einer Annahme des Fusionsvertrags im Detail erarbeitet.

Bildung (Art. 23)

Die bisherigen Schulstandorte bleiben in der vereinigten Einwohnergemeinde grundsätzlich erhalten; vorbehalten bleiben Veränderungen aus organisatorischen und wirtschaftlichen Gründen und durch das übergeordnete Recht bedingte Anpassungen. Schülerinnen und Schüler des Kindergartens und der Primarschule sollen in der Nähe ihres Elternhauses in die Schule gehen können. Eine grössere Anzahl Schülerinnen und Schüler und bessere finanzielle Möglichkeiten führen hier bei einer Fusion zu einem vergrösserten Spielraum bezüglich Sicherung der Schulstandorte. In der Oberstufe ist es den Jugendlichen – auch angesichts der guten Anbindung an den öffentlichen Verkehr – durchaus möglich und zumutbar, die Schule in einem anderen Stadtteil zu besuchen. Im Bereich der Musikschulen entsteht durch den Zusammenschluss der Gemeinden eine Aufwertung des Angebotes.

Kultur, Sport und Freizeit (Art. 24)

Alle vier an der Fusion beteiligten Einwohnergemeinden unterstützen nach ihren Möglichkeiten und dem vorhandenen Angebot Vereine und Kulturleben auf ihrem Gemeindegebiet. Vereine, die bisher von einer Einwohnergemeinde unterstützt wurden, werden auch von der vereinigten Einwohnergemeinde während vier Jahren in mindestens gleicher Höhe unterstützt; Vereine, die Infrastrukturen der bisherigen Gemeinden regelmässig benutzten, können in der vereinigten Einwohnergemeinde die gleiche Infrastruktur nach Möglichkeit zu gleichen Bedingungen benutzen. Im Sinne der Gleichbehandlung erarbeitet der neue Stadtrat bis Ende der nächsten Amtsperiode einheitliche Unterstützungs- und Beitragsrichtlinien. Es ist grundsätzlich nicht vorgesehen, die bisherigen Leistungen abzubauen; die bisherige Stadt Olten ist im Gegenteil dank ihrer Ressourcen bekannt für eine grosszügige Unterstützung des Vereins- und Kulturlebens. Und zudem soll die neue Gemeinde die Traditionen ihrer Stadtteile keineswegs aufgeben.

Gesundheit und Soziales (Art. 25)

Die Regionalisierung ist durch die Sozialregion in den wichtigsten Bereichen (Sozialhilfe, Vormundschaftswesen, AHV-Zweigstelle, Asyl) bereits erfolgt.

Ver- und Entsorgung (Art. 26)

Bei der Ver- und Entsorgung wird eine Vereinheitlichung auf Basis der heutigen Situation in der Einwohnergemeinde Olten angestrebt. Ausnahmen sind dort zugelassen, wo sie den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner und den jeweiligen Notwendigkeiten entsprechen (z.B. im Bereich des Winterdienstes). Die zwischen Dritten und den jetzigen Einwohnergemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen bzw. unter diesen selber in diesen Bereichen bestehenden vertraglichen Bindungen werden – soweit notwendig – gekündigt.

Raumplanung (Art. 27)

Im Auftrag der Steuerungsgruppe des Projektes Fusion Olten Plus, zusammengesetzt aus den vier Gemeindepräsidenten, einem Vertreter des Kantons, einem externen Berater von der Hochschule Luzern und dem Oltnen Stadtschreiber, hat die Planteam S AG in Solothurn den Aspekt Raumplanung im Fusionsprojekt untersucht (vgl. Beilage 4). Sie kommt zum Schluss, dass die Bauzonenreserven und die Einzonungsmöglichkeiten mit oder ohne Fusion grundsätzlich dieselben bleiben. Ein Vorteil der vereinigten Einwohnergemeinde Olten Plus werde aber sein, dass sie ein viel breiteres Angebot an Bauzonen aufweise als jede der bisherigen Einwohnergemeinden einzeln. Mit der Fusion werde zudem der Steuerfuss in Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen sinken und erhielten diese neuen Stadtteile direkten Zugang zum Infrastrukturangebot der Stadt Olten und zu einem professionellen Bau- und Planungswesen. Die „Adresse Olten“ gelte dann für alle Stadtteile.

Dadurch wird erwartet, dass die Standortgunst und damit die Nachfrage in den drei bisherigen Aussengemeinden steigen: In Hauenstein-Ifenthal und Wisen können noch unüberbaute Bauzonen – für rund 20 Einfamilienhäuser in Hauenstein-Ifenthal und rund 30 in Wisen – als Reserven für gehobenes Wohnen dienen. Zugleich verhindert die kantonale Richtplanung eine darüber hinaus gehende, unkontrollierte Entwicklung und wird dabei vom Trend auf Bundesebene klar unterstützt; so ist eine Zersiedelung über die bestehenden Bauzonen hinaus nicht zu befürchten und kann selbstverständlich auch künftig die Juraschutzzone nicht überbaut werden. Die Stadtteile Hauenstein-Ifenthal und Wisen bleiben Wohngemeinden in ländlichem Raum. Die Stadtteile Trimbach und Olten bilden inskünftig gemeinsam das eigentliche Zentrum: Die Bauzonenreserven in Trimbach mit ihrer Nähe zum Bahnhof Olten gewinnen an Attraktivität und Olten erhält ein erweitertes Baulandangebot.

Das Fazit der externen Studie in Kürze:

- Die Vorteile der Fusion Olten Plus überwiegen in Bezug auf die Chancen der räumlichen Entwicklung für alle vier Gemeinden. Die vereinigte Einwohnergemeinde kann von einer besseren raumplanerischen Ausgangslage profitieren: eine breitere Palette an Nutzungen am jeweils richtigen Ort im gesamten neuen Gemeindegebiet.
- Olten und Trimbach bilden das Zentrum und übernehmen auch die Arbeitsplatzentwicklung.
- Die andern Stadtteile bleiben attraktive Stadtteile im ländlichen Raum, deren Bevölkerung allenfalls leicht zunimmt.
- In Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen verliert die Bevölkerung zwar an Einflussmöglichkeiten bei Entscheiden im eigenen Stadtteil (Stichwort Gemeindeautonomie) – sofern die übergeordnete Gesetzgebung solche bisher zulies. Sie erhält jedoch neue Mitwirkungsmöglichkeiten, zum Beispiel bei Fragen der Zentrumsentwicklung in Olten, und wird Teil einer meinungsbildenden Gemeinde im Kanton Solothurn.

Finanzen (Art. 28ff.)

Die Aktiven und Passiven sowie die Grundstücke der bisherigen Einwohnergemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen gehen per 1. Januar 2014 ins Eigentum der Einwohnergemeinde Olten über, die Buchhaltungen der vier Einwohnergemeinden werden zusammengeführt. Der Fusionsvertrag regelt ferner die Rechnungsabnahme und die Erstellung des Voranschlags 2014 sowie des Finanz- und Investitionsplans 2014-2020. Die Praxis des Amtes für Gemeinden lässt es hier zu, dass die Frist für deren Genehmigung bis Ende Februar 2014 ausgedehnt wird, so dass die Genehmigung durch das Gemeindeparlament der vereinigten Einwohnergemeinde erfolgen kann. In der Absichtserklärung der Exekutiven wird ferner definiert, dass der Steuerfuss für das Jahr 2014 auf der Basis des Steuerfusses der Einwohnergemeinde Olten im Jahr 2013 festgelegt wird.

Kommunale Erlasse, Verbände und Verträge (Art. 34ff.)

Für die vereinigte Einwohnergemeinde Olten gilt ab 1. Januar 2014 wie bereits erwähnt die Gemeindeordnung der bisherigen Einwohnergemeinde Olten. Die per 1. Januar 2014 neu gewählte Legislative revidiert im Verlaufe des Jahres 2014 die Gemeindeordnung.

Für die Gemeindegebiete Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen bleiben folgende Erlasse in Kraft, bis eine Regelung für die vereinigte Einwohnergemeinde Olten geschaffen ist:

- Bau- und Zonenreglement
- Strassenreglement
- Erlasse, die Anlagen, Einrichtungen und Gebäude auf Gemeindegebiet von Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen betreffen.

Für die Gebühren gelten ab dem Zeitpunkt der Vereinigung, d. h. ab dem 1. Januar 2014, die Regelungen und Ansätze der Einwohnergemeinde Olten. Da viele Faktoren zur Bestimmung der Gebühren der vereinigten Einwohnergemeinde aktuell nicht mit Sicherheit festgelegt werden können und der gesetzgeberische Aufwand für eine umfassende Gebührenbereinigung sehr hoch ist, empfiehlt es sich, eine solche erst im Nachgang zu ersten Erfahrungswerten der vereinigten Einwohnergemeinde vorzunehmen.

Schlussbestimmungen (Art. 37ff.)

In den Schlussbestimmungen regelt der Fusionsvertrag unter anderem das Zustandekommen der Fusion, die per 1. Januar 2014 in Kraft treten soll: Mindestanforderung ist die Zustimmung der Stimmberechtigten der Einwohnergemeinden Olten und Trimbach. Falls diese Voraussetzung erfüllt ist, können sich die Einwohnergemeinden Hauenstein-Ifenthal und Wisen gemäss den jeweiligen Resultaten der Urnenabstimmung einzeln oder gemeinsam der neuen Einwohnergemeinde anschliessen. Ein früheres Inkrafttreten als per Anfang 2014 ist übrigens nicht nur wegen des Wahljahres 2013, in dem die Behörden neu bestellt werden, nicht angesagt: Für die Umsetzung der im Fusionsvertrag festgelegten Punkte und insbesondere die Zusammenführung der Verwaltungen sind die vorgesehenen anderthalb Jahre ein Minimum.

3. Finanzielle Auswirkungen

Finanzplan 2012-2014 als Grundlage

Auf der Grundlage der aktuellsten Finanzpläne der beteiligten Einwohnergemeinden wurde ein aggregierter, das heisst zusammengeführter Finanzplan 2012-2014 für die vereinigte Einwohnergemeinde nach der Fusion erstellt. Dieser bildet die Basis für die nachfolgenden Überlegungen. Der daraus resultierende, gewichtete Steuerfuss² von 103% für natürliche und 95% für juristische Personen liefert ausgeglichene Rechnungsergebnisse für die Jahre 2012 bis 2014. Ohne Berücksichtigung weiterer Einflüsse aus der Fusion könnte somit mit dem gewichteten Steuerfuss dank der stabilen finanziellen Situation aller Partner das langfristig notwendige Steuervolumen in der neuen Gemeinde erreicht werden. Dies trotz der hohen Investitionstätigkeit im Finanzplan der Stadt Olten und der aus diesem Grund zunehmenden Nettoverschuldung pro Kopf.

² Mittelwert der ab 2012 geltenden Steuerfüsse der vier Gemeinden unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen

Finanzergebnisse Fusion Olten+		2012 Plan	2013 Plan	2014 Plan
3	Aufwand (ohne Abschreibungen, Wertberichtigungen)	130'700	132'600	134'600
30	Personalaufwand	65'400	66'100	66'800
31	Sachaufwand	23'200	23'400	23'800
32	Passivzinsen	2'400	2'900	3'300
330	Abschreibungen Steuerguthaben und FW-Pflichtersatz	1'800	1'800	1'800
35	Entschädigungen an Gemeinwesen	6'800	6'900	7'000
36	Beiträge	31'100	31'500	31'900
4	Ertrag	144'600	147'000	149'400
40	Einkommens- und Vermögenssteuern	52'000	53'100	54'100
40	Gewinn- und Kapitalsteuern	45'900	46'800	47'700
41/42	Vermögenserträge	5'300	5'200	5'100
43	Entgelte	15'800	15'900	16'100
45	Rückerstattungen von Gemeinwesen	6'300	6'400	6'500
46	Beiträge, Subventionen	19'300	19'600	19'900
4-3	Bruttoüberschuss (cash-flow) inkl. SF	13'900	14'400	14'800
	in % der Investitionen	33%	45%	53%
	in % Steuerertrag	14%	15%	15%
33	Abschreibungen	-25'900	-20'000	-17'720
38	Einlagen Spezialfinanzierungen	-200	-200	-200
385	Vorfinanzierungen bzw. Rücklagen für Verkehrsprojekt	0	0	0
48	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	14'000	6'600	3'120
	Ergebnis der Laufenden Rechnung	1'800	800	0
	Netto-Investitionen (inkl. Spezialfinanzierungen)	38'142	28'237	25'366
	Selbstfinanzierungsgrad (mit Berücksichtigung Vorfinanzierungen)	73%	74%	70%
	Steuervorgaben			
	Steuerfuss NP (gewichtet)	103	103	103
	Steuerfuss JP (gewichtet)	95	95	95
	Anteil Personalaufwand zum Steuerertrag	67%	66%	66%
	Nettovermögen bzw. Nettoschuld (-) in Fr. pro Kopf	334	-224	-651
	Netto-Investitionen in Fr. pro Kopf	1'544	1'143	1'027

Fusionsunterstützung durch den Kanton

Der Kanton Solothurn unterstützt Fusionsprojekte von Gemeinden in verschiedenen Bereichen über Instrumente, die auf die beteiligten Gemeinden zugeschnitten sind. Dies insbesondere um finanzielle Fusionshemmnisse über einen klar definierten Zeitraum abzufedern:

- **Basisbeitrag** von 100 Franken pro Einwohner/in (minimal 50'000 Franken, maximal 500'000 Franken).
- **Besitzstand im Finanzausgleich**³: 3-jähriger Besitzstand beim direkten Finanzausgleich und 3-jähriger Besitzstand beim indirekten Finanzausgleich (Subventionssatz für Besoldungen der Lehrpersonen).
- **Zusatzbeitrag bei Strukturschwäche**: Finanzierung von Projektkosten mit bis zu 30'000 Franken pro Fusionsprojekt, Erhöhung des Basisbeitrags sowie Verlängerung der Besitzstandsgarantie im direkten Finanzausgleich von drei auf sechs Jahre.

Im konkreten Fall haben diese Unterstützungen folgende finanziellen Auswirkungen:

a. Basisbeitrag:

Im Jahr 2014 wird der Kanton einen Basisbeitrag von 1'788'400⁴ Franken an die vereinigte Gemeinde leisten:

Gemeinde	Strukturstärke	Grundbeitrag	Zusatzbeitrag	Total
Olten	3	500'000	0	500'000
Trimbach	-1	500'000	617'600	1'117'600
Hauenstein-Ifenthal	0	50'000	0	50'000
Wisen	-1	50'000	40'800	90'800
Projektbeitrag				30'000
Total Beitrag Kanton an Fusion 2014				1'788'400

b. Indirekter Finanzausgleich:

Die Staatsbeiträge an die Besoldungen der Lehrpersonen (indirekter Finanzausgleich) sind in den vier beteiligten Gemeinden derzeit (Klassifikation 2011) sehr unterschiedlich: Olten 15%, Trimbach und Hauenstein-Ifenthal je 71%, Wisen 68%. Während einer Übergangsfrist von drei Jahren (2014 bis 2016) fliessen die Beiträge an die Besoldungen der Lehrpersonen nach den bisherigen Prozentsätzen vor der Fusion und werden erst per 2017 auf der Basis der vereinigten Einwohnergemeinde bestimmt, die auf Grund der Finanzstärke der Stadt Olten ebenfalls 15% betragen wird. Die erwartete Mehrbelastung von 3.25 Mio. Franken (Berechnungsbasis 2011) muss ab diesem Zeitpunkt aufgefangen werden:

³ Der Finanzausgleich bezweckt die Verringerung der finanziellen Unterschiede (Finanzkraft) zwischen den finanzstärkeren und den finanzschwächeren Gemeinden. Damit wird sichergestellt, dass auch die Einwohnerinnen und Einwohner in finanzschwächeren Gemeinden auf eine angemessene Basisversorgung mit öffentlichen Dienstleistungen zählen können, ohne dass sie dazu im Vergleich zu der Einwohnerschaft in anderen Gemeinden übermässig hohe Gemeindesteuern bezahlen müssen. Unterschieden wird zwischen dem direkten Finanzausgleich und dem indirekten (Staatsbeiträge an die Besoldungen der Lehrpersonen).

⁴ Massgebend für die Festlegung des Basisbeitrags ist der Einwohnerbestand per 31. Dezember vor dem Fusionsbeschluss an der Urne

Gemeinde	Klassifikation	Subvention
Olten	15%	Fr. 1'488'800
Trimbach	71%	Fr. 3'661'200
Hauenstein-Ifenthal	71%	Fr. 194'300
Wisen	68%	Fr. 272'700
Total Subventionen Einzelgemeinden		Fr. 5'617'000
 Olten+	 15%	 Fr. 2'363'500
Differenz zulasten der fusionierten Gemeinde		Fr. 3'253'500

c. Direkter Finanzausgleich:

Nach einer Übergangsfrist von drei Jahren (2014 bis 2016) beginnt der Besitzstand für die vereinigte Gemeinde auf der Basis des kantonalen Finanzausgleichs 2016. Da sich mindestens eine strukturschwache Gemeinde⁵ im Fusionsprojekt befindet, wird dieser Besitzstand auf sechs Jahre ausgedehnt. Damit wird die erwartete Mehrbelastung im direkten Finanzausgleich von 2.58 Mio. Franken (Berechnungsbasis 2011) erst ab 2023 durch die fusionierte Gemeinde zu tragen sein.

Folgende Beträge sind im direkten Finanzausgleich (Basis 2011) zu berücksichtigen:

Gemeinde	Klassifikation	Betrag
Olten	Abgabe	Fr. 2'682'400
Trimbach	Beitrag	Fr. -2'496'800
Hauenstein-Ifenthal	Beitrag	Fr. -144'200
Wisen	Beitrag	Fr. -152'400
Total direkter Finanzausgleich Einzelgemeinden		Fr. -111'000
 Olten+	 Abgabe	 Fr. 2'468'300
Differenz zulasten der fusionierten Gemeinde		Fr. 2'579'300

Auf der Basis der Finanzausgleichszahlen 2011 würden somit modellhaft Fr. **5'832'800** weniger in die fusionierte Gemeinde fließen.

Der Kanton gewährt indessen während der Übergangs- und Besitzstandsfristen Entlastungen⁶ in der Höhe von insgesamt 34.76 Mio. Franken. Verteilt auf die Jahre präsentieren sich diese wie folgt (in Mio. Franken):

Bereich	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Beitrag an Fusion	1.79								
Indirekter FA	3.25	3.25	3.25						
Direkter FA	2.58	2.58	2.58	2.58	2.58	2.58	2.58	2.58	2.58
Total	7.62	5.83	5.83	2.58	2.58	2.58	2.58	2.58	2.58

Davon wirkt sich im Vergleich zum Finanzplan 2012-2014 aber nur der Beitrag an die Fusion in der Höhe von Fr. 1.79 Mio. Franken verbessernd auf das Rechnungsergebnis aus. Bei den übrigen namhaften Beiträgen (total 32.97 Mio. Franken) verzichtet lediglich der Kanton auf eine zusätzliche Belastung der fusionierten Gemeinde während der Übergangs- und Besitzstandsfristen. Ab 2017 (3.25 Mio. Franken) bzw. ab 2023 (weitere 2.58 Mio. Franken) werden diese Beträge in der Laufenden Rechnung der vereinigten Gemeinde aufzufangen sein.

Das System des direkten und indirekten Finanzausgleichs im Kanton Solothurn ist derzeit in Überarbeitung; Ausgestaltung und Inkraftsetzung des neuen Systems sind heute noch nicht

⁵ Trimbach und Wisen

⁶ Modellrechnung Finanzausgleich bei Annahme einer Fusion per 1.1.2009, extrapoliert auf die Jahre 2014-2022 (Schätzung)

absehbar. Es ist davon auszugehen, dass sich die Belastungen für die heutige Einwohnergemeinde Olten und auch für die vereinigte Einwohnergemeinde unabhängig von einer Fusion gegenüber dem heutigen System nicht reduzieren, sondern eher erhöhen werden. Mit den grosszügigen Besitzstandsregelungen des bisherigen Systems, wie sie oben geschildert wurden, darf unter neuem Recht nicht gerechnet werden; ist die Fusion jedoch einmal unter bisherigem Recht beschlossen, bleiben die Besitzstandsregelungen laut Zusicherungen des Kantons auch dann bestehen, wenn sich während ihrer Dauer das geltende Recht ändert.

Mehrausgaben und Einsparungen

Acht Fachgruppen haben wie erwähnt verschiedene Bereiche der Gemeindetätigkeit untersucht und die Folgen einer Fusion eingehend analysiert. Sie sehen folgende Mehrausgaben (+) bzw. Einsparungen (-) in der vereinigten Gemeinde vor (in Fr.):

Fachgruppe	einmalig	wiederkehrend
Behörden + Verwaltung	805'000 ⁷	-1'015'000 ⁸
Raumplanung	0	0
Öffentliche Sicherheit	150'000 ⁹	0
Soziales und Gesundheit	0	0
Bildung	0	165'000 ¹⁰
Ver- und Entsorgung	0	-65'000 ¹¹
Recht	0	0
Finanzen	0	0
Total	955'000	-915'000

Die einmaligen Umsetzungskosten belaufen sich demnach auf rund 1 Mio. Franken und können durch den einmaligen Fusionsbeitrag des Kantons (1.79 Mio. Franken) getragen werden. Die nach aktuellen Erkenntnissen wiederkehrenden Nettoeinsparungen von 915'000 Franken liefern langfristig bereits einen Beitrag an die aufzufangenden Beträge.

Voraussichtliche Rechnungsergebnisse bis 2023

Die nachfolgende Tabelle zeigt die voraussichtliche Entwicklung der Rechnungsergebnisse der vereinigten Einwohnergemeinde bis zum Ablauf aller Übergangs- und Besitzstandsfristen. Wie bei der üblichen Finanzplanung der Stadt Olten, die im Übrigen jeweils „nur“ sieben Jahre umfasst, gilt auch hier in mindestens gleichem Ausmass: **Je länger der Zeithorizont, desto schwieriger die Voraussage der Ergebniszahlen.** Das zeigt im Übrigen auch der Blick zurück: Im Jahr 2000 wies Olten eine Nettoverschuldung von gegen 3000 Franken pro Einwohnerin und Einwohner auf; heute liegt ein Nettovermögen von über 2200 Franken vor. Die Steuersätze lagen im Jahr 2000 bei 114% für natürliche und 124% für juristische Personen; heute liegen sie 19 bzw. 29 Punkte tiefer – eine Entwicklung die damals niemand voraussehen konnte.

Gewichteter Steuerfuss von 103% natürliche und 95% juristische Personen:

Der obere Teil der Tabelle zeigt die aktuelle Ausgangslage. Wenn in der fusionierten Gemeinde Steuererträge in der gleichen Höhe erzielt werden sollten wie bisher, müsste der Steuersatz für natürliche Personen auf rechnerisch 103% und für juristische Personen auf 95% festgesetzt werden. Die ausgewiesenen Fehlbeträge bis 4.91 Mio. Franken im Jahr 2023 durch den definitiven Wegfall der Finanzausgleichszahlungen zeigen den Bedarf an

⁷ V.a. Ausfinanzierung von Mitarbeitenden bei Aufnahme in die Pensionskasse der Stadt Olten

⁸ Abbau von Doppelspurigkeiten in Behörden und Verwaltung

⁹ Umsetzungskosten bei Zusammenführung Feuerwehren

¹⁰ Mehrkosten Musikschule

¹¹ Minderkosten bei Aufhebung Werkhof Trimbach (Winznerstrasse)

weiteren Einsparungen oder zusätzlichen Steuereinnahmen durch Zuzüge von neuen Steuerpflichtigen nach Ablauf aller vom Kanton gewährten Übergangsfristen.

Steuerfuss von 95% für natürliche und juristische Personen:

Die beiden letzten Zeilen der Tabellen zeigen die Rechnungsergebnisse bis 2023 auf der Basis der geplanten Steuerfüsse in der Stadt Olten gemäss Finanzplan 2012 – 2018. Bis zum Ablauf aller Übergangsfristen müssen Einsparungen oder zusätzliche Steuereinnahmen durch Zuzüge von neuen Steuerpflichtigen in der Höhe von 9.11 Mio. Franken erzielt werden.

Planjahre nach der Fusion	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgangslage mit 103%/95%	0.00									
Beitrag an Fusion durch Kanton	1.79									
Einmalige Kosten Fusion	-0.96									
Wiederkehrende Einsparungen Fusion	0.92	0.92	0.92	0.92	0.92	0.92	0.92	0.92	0.92	0.92
Ende Übergangsfrist indirekter FA				-	-	-	-	-	-	-
				3.25	3.25	3.25	3.25	3.25	3.25	-3.25
Ende Übergangsfrist direkter FA										-2.58
Rechnungsergebnis mit				-	-	-	-	-	-	-
Steuerfuss 103%/95%	1.75	0.92	0.92	2.33	2.33	2.33	2.33	2.33	2.33	-4.91
Mindereinnahmen mit 95%/95%	-4.20	4.20	4.20	4.20	4.20	4.20	4.20	4.20	4.20	-4.20
Rechnungsergebnis mit		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Steuerfuss 95%/95%	-2.45	3.28	3.28	6.53	6.53	6.53	6.53	6.53	6.53	-9.11

Potenziale an Steuereinnahmen und Synergien nutzen

Die aufgezeigten zu erwartenden Finanzlücken können natürlich auch durch zusätzliche Steuererträge geschlossen werden: Basierend auf dem durchschnittlichen Staatssteuerertrag braucht es rund 460 neue Einwohnerinnen und Einwohner, um einen zusätzlichen Steuerertrag von 1 Mio. Franken zu generieren. Für die Kompensation der fehlenden Steuererträge von 9.11 Mio. Franken bei einem Steuersatz von 95% müssten also rund 4'200 Einwohner bis 2023 bzw. 420 Zuzügerinnen und Zuzüger pro Jahr in die vereinigte Einwohnergemeinde ziehen. Gelingt es bei einem positiven Wanderungssaldo sogar überdurchschnittlich einkommensstarke Steuerpflichtige in der vereinigten Gemeinde anzusiedeln, sind entsprechend weniger Zuzügerinnen und Zuzüger notwendig. Angesichts der vorhandenen Entwicklungsreserven in allen vier Gemeinden, insbesondere auch auf dem Gebiet der Stadt Olten, wo es lange Zeit nur wenig neuen Wohnraum gab, sind die aufgezeigten Wachstumsszenarien durchaus realistisch. Dass hingegen der bisherige Dienstleistungsstandard der Stadt Olten aufgrund von Finanzlücken gesenkt werden könnte, ist ein Szenario, das von der Bevölkerung und den zuständigen Behörden sicherlich nicht akzeptiert würde.

Zu den Potenzialen ist ferner festzustellen, dass keine der beteiligten Gemeinden ein Sanierungsfall in irgendeiner Hinsicht ist und dass die Situation in der bisherigen Einwohnergemeinde Olten – wie die Kennzahlen in Beilage 2 zeigen – auch diejenige in der neuen Einwohnergemeinde prägt.

Während eines so langen Planungszeitraums darf die potenzielle Entwicklung zudem nicht nur auf die Steuereinnahmen beschränkt bleiben: sich bietende Synergiepotenziale sind konsequent zu nutzen und die Kostenbasis damit dauerhaft zu senken. Wie gross die Synergiepotenziale tatsächlich sind, wird sich erst bei der Zusammenführung der Gemeindeverwaltungen und vor allem in den Jahren nach dem erfolgten Zusammenschluss

zeigen. Mit den jetzt aufgezeigten, in diesem Umfang sicher realisierbaren Synergien befindet man sich nach derzeitigem Wissensstand auf der sicheren Seite.

4. Vernehmlassung

Vom 3. Januar bis 3. Februar 2012 ging der ausgearbeitete Entwurf des Fusionsvertrags bei den Stimmberechtigten der vier Einwohnergemeinden sowie bei Parteien, Bürgergemeinden, Verbänden und Vereinen in Vernehmlassung, begleitet von einer Broschüre, in welcher ein Porträt der „neuen Stadt Olten“ (vgl. Beilage 1), die Vorgeschichte, die finanziellen Auswirkungen und das weitere Vorgehen beschrieben wurden. In einem sogenannten Fusions-ABC wurden zudem 26 Antworten auf 26 Fragen rund um das Fusionsprojekt gegeben. Die eingegangenen Rückmeldungen werden im Folgenden dargestellt.

Ergebnisse Stadt Olten

a. Bevölkerung (75 Rückmeldungen)

Die Nennungen von Chancen und Risiken halten sich in etwa die Waage. Bei den Chancen werden vor allem Erhöhung der Standortattraktivität, grösseres Gewicht in Region und Kanton, grossräumigere und nachhaltige Raumplanung, Synergien dank Abbau von Doppelspurigkeiten, Gewinn neuer politischer Kräfte und bessere Ausgleich der Zentrumslasten erwähnt. Eine Person fasst zusammen: „Olten verliert finanziell nichts oder wenig mit der Fusion, erhält aber neue Chancen für die Stadtentwicklung.“ Die meistgenannten Risiken sind hingegen finanzieller Natur, insbesondere die Befürchtung einer Steuerfusserhöhung und einer Aufblähung der Verwaltung – oder eines Leistungsabbaus, wenn man Mehrkosten verhindern wolle; hinzu kommen Bedenken bezüglich unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse der beteiligten Gemeinden, Landverschleisses auf Grund erhöhter Nachfrage, Verstädterung der kleinen Gemeinden sowie Erhöhung der Anteile von Ausländerinnen und Ausländern und Sozialfällen. Informationsbedarf besteht insbesondere bezüglich Kennzahlen der einzelnen Gemeinden, insbesondere finanzieller Natur, und dazu, wie die aktuelle Zusammensetzung der Fusionsgemeinden zustanden gekommen ist.

Rund 200 Personen informierten sich zudem an einer Veranstaltung zur Vernehmlassung vom 12. Januar 2012 im Konzertsaal, wo das Echo mehrheitlich positiv war.

b. Politische Gremien

Kommission für Stadtentwicklung:

In der Kommission für Stadtentwicklung wurde an der Sitzung vom 5. Januar 2012 kontrovers diskutiert. Während die einen durch die Fusion eine Verschlechterung der Finanzkraft, der Sozialstruktur und der Standortqualität befürchteten, sahen die andern im Zusammengehen einen wichtigen ersten Schritt für eine Stärkung des Standorts, des Ruf, des Selbstwertgefühls und der Adresse Olten sowie für eine Professionalisierung und wiesen insbesondere auf die Chancen einer Raumplanung aus einer Hand hin.

Grüne Region Olten:

Die Grünen Region Olten betonen in ihrer befürwortenden Vernehmlassungsantwort, es gehe um Solidarität und um gemeinsame Aufgabenlösungen, „selbst wenn es irgendwo mal ein paar Franken mehr kosten könnte“. Sie kritisieren, dass die Bürgergemeinden nicht gleich abgeschafft werden, dass keine Wahlkreise als Variante vorgesehen wurden, dass die Zeitspanne zwischen Behördenwahl und Amtsantritt zu lang sei und dass keine Aussagen im Fusionsvertrag enthalten seien, wie das Verfahren aussehe, wenn weitere Gemeinden später dem Vertrag und damit der vereinigten Einwohnergemeinde Olten beitreten wollten. Als Chancen sehen sie unter anderem die Stärkung der Zusammengehörigkeit, Einsparungen im administrativen Bereich und den Beginn von etwas Weiterführendem; als

Risiko vor allem, dass man es gerade nicht schaffe, dass ein Gefühl und Erleben von Zusammengehörigkeit entstehe.

SVP Stadt Olten:

Die SVP Stadt Olten befürchtet, dass die finanziell solide Basis der Stadt Olten mittel- bis langfristig unter den höheren Lasten der andern Gemeinden leiden werde, und erachtet deshalb die Fusionsbestrebungen als den falschen Weg. Nach Ansicht der SVP Stadt Olten überwiegen die Nachteile einer Fusion aus Sicht der Stadt Olten klar die wenigen vorhandenen Vorteile. Als Alternative zur Fusion wäre eine rein funktionale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden vorteilhafter und grundsätzlich zu begrüßen. Die Vorlage werde mit den genannten Schwächen bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Stadt Olten einen schweren Stand haben.

CVP Stadt Olten:

Die CVP Stadt Olten äussert sich positiv zur Fusion, weil sie ein angemessenes Wachstum fördere, die Einwohnerstruktur im fusionierten Olten verbessere. Das Image von Olten fördere und das Synergiepotenzial in allen möglichen Bereichen nutze. Keine der vier Gemeinden sei „heruntergewirtschaftet“; es bestehe allerdings die Gefahr, dass allfällige einfachere Standards der übrigen Fusionsgemeinden auf den teureren Level von Olten angehoben würden. Punkto Synergien seien noch klarere Ziele zu setzen.

Grünliberale Olten:

Die Grünliberalen Olten sagen Ja zum Projekt Fusion Olten Plus, weil sie an die Chance glauben, den Wohn- und Arbeitsplatzstandort Olten damit zu fördern und längerfristig die Gemeindestrukturen zu optimieren. Sie erwarten im Rahmen der weiteren Ausarbeitung des Projekts, dass sämtliche Planungen vollumfänglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet, wo nötig auch schmerzhaft Abstriche in Kauf genommen und konsequent Einsparungen in der Gemeindeadministration durchgesetzt werden.

c. Andere

Römisch-katholische Kirchgemeinde Olten/Starrkirch-Wil:

Die Römisch-katholische Kirchgemeinde Olten/Starrkirch-Wil sieht die Chancen, durch eine Fusion das demografisch-politisch-ökonomische Gewicht der Region am Jurasüdfuss zu stärken. Wohnbauflächen böten sich nicht nur im noch zu erschliessenden Olten-SüdWest-Gebiet, sondern auch im Raum Trimbach an. Sie äussert Bedenken, wie sich bei Bürgerinnen und Bürgern bisher kommunales durch wachsendes regionales Denken und Handeln ablösen lasse. Zudem bestehe die Gefahr der Gettoisierung von Stadtteilen wie Trimbach.

Betriebskommission und Personalverbände:

Die Betriebskommission und Personalverbände der Stadt Olten erachten den Zusammenschluss der vier Gemeinden als geeignet, die damit verbundenen Ziele – Stärkung der Standortattraktivität, Positionierung der Stadt Olten als eigenständiges Zentrum für Dienstleistungen und Wohnen zwischen den Grossstädten Zürich, Basel und Bern, Zunahme der innerkantonalen Bedeutung – zu realisieren. Ein solches Grossprojekt führe aber zu Unsicherheiten und Fragen nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch bei den Mitarbeitenden. Die Veränderungsprozesse in der Verwaltung gelte es daher frühzeitig und schnell anzugehen und für allfällige Härtefälle sozialverträgliche und grosszügige Regelungen vorzusehen.

Ergebnisse Trimbach

a. Bevölkerung (42 Rückmeldungen)

In Trimbach werden die Chancen vor allem im erhöhten Gewicht und der besseren Gesamtentwicklung dank zentraler Führung, in Synergien, besserem Bildungsangebot und tieferen Steuern geortet. Risiken werden in einer möglichen Vernachlässigung der „Aussengemeinden“ und im Verlust von Selbständigkeit und Selbstbestimmung, in einer politischen Untervertretung, in einer unkontrollierten Überbauung der Baulandreserven, in einer Gettoisierung und einem Wegfall von Kultur und Vereinen gesehen. Zudem wird in Frage gestellt, ob der Steuerfuss auf dem geplanten tiefen Niveau gehalten werden könne. Gefragt wird ferner nach den künftigen Gebührensätzen und nach einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

b. Politische Gremien

Die CVP, die SVP und die SP Trimbach sprechen sich für die Fusion aus. Die CVP sieht die Chancen in den gemeinsamen Stärken, der grösseren Kraft innerhalb des Kantons und des AareLands, dem Wachstum in den Bereichen Wohnen und Arbeit und in den Synergien. Substanzielle Risiken lägen keine vor; Risiken ergäben sich höchstens in der Umsetzung der Fusion. Die SVP bezeichnet die Fusion als Chance für die ganze Region und die SP sieht die Vorteile unter anderem von weniger Abhängigkeiten und mehr Synergien, einer Stärkung und Aufwertung der Region, einer Zusammenführung der gemeinsamen Interessen und eines grösseren ganzheitlichen Handlungsspielraums für die Raumplanung. Die Fusion eröffne zudem eine langfristige Zukunftsperspektive für die Region. Bei den Risiken erwähnt sie den Verlust an politischer Unmittelbarkeit bzw. Nähe. Die FDP Trimbach betont, die Chancen und Risiken glichen sich aus; es sei keine eindeutige Stellungnahme für oder gegen die Fusion möglich.

c. Andere

Die Bürgergemeinde Trimbach kritisiert, die vorliegende Vernehmlassung sei zu wenig konkret bei den einzelnen Artikeln und lasse nach einer Fusion alle Möglichkeiten offen. Die Bürgergemeinde Trimbach und damit das Bürgerrecht Trimbach würden auch nach der Fusion bestehen; nach der Fusion sei somit immer noch die Bürgergemeinde Trimbach zuständig für die Verleihung des Gemeindebürgerrechts Trimbach für die im fusionierten Stadtteil Trimbach wohnhaften Gesuchsteller.

Ergebnisse Hauenstein-Ifenthal

a. Bevölkerung (12 Rückmeldungen)

Die Stimmen aus der Bevölkerung von Hauenstein-Ifenthal sehen die Chancen des Fusionsprojektes unter anderem in tieferen Steuern, Synergien, Professionalisierung der Behördentätigkeit und in der Nutzung der guten Infrastruktur der Stadt Olten; als Risiken werden vor allem ein Verlust der persönlichen Einflussnahme am politischen Geschehen und ein drohendes „Zubauen“ der Landschaft genannt.

Ergebnisse Wisen

a. Bevölkerung (5 Rückmeldungen)

Bei den Rückmeldungen aus der Wisner Bevölkerung überwiegen die Chancen: Keine Verträge mehr nötig für die Zusammenarbeit, Stärkung der Position von Olten im unteren Kantonsteil und als Arbeits- und Wohnort im Standortwettbewerb Mittelland, Profit aus Infrastruktur der grösseren Partner sowie Steuersenkung und Kosteneinsparungen. Bei den Risiken wird erwähnt, dass der Fokus Olten und Trimbach mehr Gewicht haben werde als die Berggemeinden und dass die kleineren Gemeinden keine Anlaufstellen mehr hätten.

Zudem wird ein Mehrbetrieb im Schiessstand Wisen befürchtet. Wichtig sei, viele Stimmberechtigte für die Gemeindeversammlung im März und die Urnenabstimmung zu motivieren.

b. Andere

Schulvorstand Kreisprimarschule Hauenstein-Ifenthal/Wisen:

Der Schulvorstand Kreisprimarschule Hauenstein-Ifenthal/Wisen sieht wesentliche Mehrwerte – kurz- oder langfristig – in den verschiedenen Leistungsfeldern und betont, eine nachhaltige Regionalentwicklung brauche die Vision einer gemeinsamen Region. Was den Bereich Bildung angehe, gewähre die Fusion erweiterte Dispositionsmöglichkeiten innerhalb der kantonalen Vorgaben, stärke dezentrale Schulstandorte, erleichtere geplante Reformen und Veränderungen, spare Geld und optimiere die Chancengleichheit. Regionale Steuerung und Gestaltung bringe Vorteile (effizienter, fachlich besser, politisch transparenter) und die Infrastrukturen würden einem erweiterten Nutzerbereich zugänglich.

5. Stellungnahme

Die Kommission für Stadtentwicklung nahm an ihrer Sitzung vom 8. März 2012 zum vorliegenden Bericht und Antrag wie folgt Stellung:

(folgt nach der Sitzung)

6. Weiteres Vorgehen

Bis zur allfälligen Fusion sind folgende weiteren Schritte vorgesehen:

- Behandlung der Abstimmungsvorlage in den Gemeindeversammlungen von Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen und im Gemeindeparlament der Stadt Olten im März 2012
- Falls die drei Gemeindeversammlungen (zwingend diejenige von Trimbach) Eintreten und das Oltner Gemeindeparlament Zustimmung beschliessen: Versand der Abstimmungsunterlagen an die Stimmberechtigten im Mai 2012
- Urnenabstimmungen in den vier Gemeinden am 17. Juni 2012

Bei einer Zustimmung zur Fusion sind dann folgende Massnahmen erforderlich:

- Genehmigung der Fusion durch den Kantonsrat voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2012
- Ausarbeitung der Details zur Umsetzung – insbesondere der Zusammenführung der Verwaltungen – bis zum Fusionstermin
- Gemeinsame Neuwahlen im Frühjahr 2013

Nach der allfälligen Fusion erfolgen unter anderem folgende weitere Schritte:

- Revision der Gemeindeordnung im Verlaufe des Jahres 2014
- Umfassende Gebührenbereinigung
- Erarbeitung einheitlicher Unterstützungs- und Beitragsrichtlinien bis Ende der Amtsperiode 2013 bis 2017

7. Beschlussesantrag

I.

1. Dem Vertrag über die Fusion der Einwohnergemeinden Olten, Trimbach, Hauenstein-Ilfenthal und Wisen wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. untersteht dem obligatorischen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Christian Werner: Wir beantragen dem Parlament, auf die Fusion nicht einzutreten. Die SVP Olten bzw. unsere Fraktion ist einer Fusion bekanntermassen von Anfang an sehr kritisch gegenüber gestanden. Wir haben 2007 die entsprechende Motion abgelehnt. Wir waren auch gegen den Fusionsvorvertrag. 2011 haben wir uns beim Variantenentscheid ablehnend geäussert, und wir haben uns auch in der Vernehmlassung, wenn man dem überhaupt so sagen kann, ablehnend geäussert. Uns wäre es am liebsten, wir würden die Fusion mit Trim-bach, Hauenstein-Ilfenthal und Wisen heute Abend beerdigen. Die Positionen sind bezogen, die Parteien haben sich, einige mehrfach, bereits zum Projekt geäussert, und ich gehe davon aus, dass alle diese Unterlagen studiert haben. Ich mache es deshalb jetzt beim Eintreten relativ kurz. Wir sind als Fraktion klar der Meinung, dass das Fusionsprojekt für Olten schädlich ist, die Nachteile bei Weitem überwiegen, das Synergiepotenzial marginal ist und mittel- bis langfristig aus Oltners Sicht eine Steuererhöhung unumgänglich wäre. Zudem sind wir davon überzeugt, dass es für die überregionale Zusammenarbeit genügend und bessere Alternativen gibt als eine politische Fusion mit den erwähnten Gemeinden. Wir sind das Oltners Parlament, gewählt von der Oltners Bevölkerung. Wir haben entsprechend die Interessen von Olten zu vertreten und nicht diejenigen von Trimbach, Hauenstein-Ilfenthal oder Wisen, auch wenn dies schöne Dörfer sind. Weil Olten, wie bereits angetönt, bei dieser Fusion unseres Erachtens verlieren würde und die Zeche zu zahlen hätte, sind wir der Meinung, dass man diese Fusion hier und heute verhindern sollte. So ist unser Nichteintretensantrag zu verstehen. Wenn man jetzt eventuell oder wahrscheinlich fast sicher uns von stadträtlicher und linker Seite her den Vorwurf machen sollte, wir wollen mit unserem Nichteintretensantrag eine Volksabstimmung verhindern, kann ich dazu im Namen der SVP-Fraktion Folgendes sagen: Wir haben überhaupt keine Angst vor einer Volksabstimmung, im Gegenteil sind wir davon überzeugt und zuversichtlich, dass wir eine solche gewinnen werden, wenn es dann dazu kommen sollte, was ja wahrscheinlich der Fall ist. Hier sind wir realistisch genug. Wir sind aber erstens der Meinung, dass wir uns diese Kosten sparen könnten, und zweitens inhaltlich klar gegen die Vorlage und deshalb können wir eigentlich fast gar nicht anders, als nicht auf das Geschäft einzutreten. Alles andere wäre sachunlogisch. So ist dieser Nichteintretensantrag zu verstehen. Wir empfehlen deshalb dem Parlament, im Interesse von Olten, im Interesse eines attraktiven Wirtschaftsstandortes und im Interesse eines attraktiven Steuerfusses auf die Fusionsvorlage nicht einzutreten.

Urs Knapp: Wir werden den Nichteintretensentscheidsantrag nicht unterstützen, sondern werden uns enthalten, damit wir eine Detailberatung durchführen können, um wirklich im

Detail über die Vorlage diskutieren zu können. In der Schlussabstimmung wird die FdP dann wahrscheinlich anders stimmen.

Beschluss

Mit 31 : 7 Stimmen bei 8 Enthaltungen wird der Antrag auf Nichteintreten abgelehnt.

Dr. Rudolf Moor: In der GPK war dies wie im Parlament das letzte Geschäft. Deshalb war es relativ spät, als es an die Reihe kam. Der Präsident hat in der GPK dazu aufgerufen, dass man nicht alle bekannten Positionen noch einmal ausführlich erläutern soll. Vielleicht weil es schon spät war, ist dies recht gut befolgt worden, so dass dieses Geschäft in der GPK relativ zügig behandelt wurde. Es hat aber in der GPK natürlich noch Fragen zu finanziellen Punkten gegeben, die durch Finanzverwalter Markus Sieber beantwortet worden sind. Dabei hat man gesehen, dass ganz grob – ich sage nur das Wesentlichste – Olten ein grösseres Potenzial an finanziellen Reserven als die übrigen Gemeinden hat. Man hat aber auch gesehen, dass Olten anteilmässig nicht etwa mehr Liegenschaften als die anderen Fusionsgemeinden hat. Zwei zusammenfassende Schlussfolgerungen: Erwartungsgemäss ist natürlich das Spektrum in der GPK weit auseinander gelegen. Es hat von begeisterter Zustimmung, über überzeugte Zustimmung bis zu pragmatischer Ablehnung und wie Ihr es vorher gehört habt zu klarem Nein gereicht. Trotzdem hat man in der GPK relativ deutlich Eintreten beschlossen. In der Detailberatung wurde nachher ein Rückweisungsantrag gestellt. Die Einen haben von „Fusion durchstieren“ gesprochen und gesagt, wenn man dies „durchstiere“, könnte es einen Scherbenhaufen geben. Die Anderen fanden, man müsse es „durchstieren“, weil es halt etwas Kampf gegen Widerstand brauche, und haben auch gesagt, wenn wir das jetzt nicht durchziehen und man hier nicht Erfolg habe, gebe es vielleicht einen anderen Scherbenhaufen, vor allem, wenn man die Vorlage jetzt schon zurück weisen würde. Deshalb ist der Rückweisungsantrag in der GPK abgelehnt worden. Nachher gab es noch Detailfragen. Ich gehe auf eine ein. Es hat diejenige betroffen, ob die Stadtpolizei tatsächlich, wie es hier Gerüchte gebe, nur für die heutige Gemeinde Olten zuständig wäre und die neuen fusionierten Gemeinden die Stadtpolizei nie sehen würden und das Polizeiauto immer beim Kastaniengarten einen Schwarzen liegen lassen müsste. Das ist eindeutig nicht so. Deshalb wurde nachher über den Beschlussesantrag abgestimmt und den Beschlussesanträgen ist in der GPK relativ knapp zugestimmt worden. Das ist das Wichtigste aus der GPK.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich möchte nicht zu sehr in die Details gehen, aber doch einige Punkte einfach erwähnen oder wieder aufleben lassen, um zu einem guten Entscheid zu kommen. Vorweg besten Dank dem Sprecher der GPK. Ich danke eigentlich auch für die klare Haltung der SVP. Diese Haltung war immer so. Das wusste man klar, und dann kann man sich dementsprechend darauf einstellen. „Stärker vereint, vereint stärker“. Das ist die Headline und ist auch diejenige des Berichtes und Antrages des Stadtrates an das Gemeindeparlament. Seit 2008 prüfen verschiedene Gemeinden rund um Olten mit der Stadt Olten Chancen und Nutzen einer engeren Zusammenarbeit bis hin zu einer Fusion und zwar prüfen sie dies ins Detail. Entstanden ist aus diesem ganzen Prüfungsverfahren das Projekt Fusion Olten plus mit den vier Gemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal, Wisen und der Stadt Olten. Am 17. Juni möchten wir gerne in einer gemeinsamen Volksabstimmung ein Resultat zu diesem Projekt haben. In der Schweiz gibt es einen Trend zu grösseren Gemeinden. Es ist so, dass gerade die Bildung von starken Zentren und eine bessere Handlungsfähigkeit dank grösseren Einheiten in der ganzen Schweiz ein relativ zentrales Thema ist. Mit dieser Zielsetzung nehmen in den letzten Jahren die Gemeindefusionen sehr stark zu. Seit Anfang 2012 hat es in der Schweiz insgesamt noch 2'495 Gemeinden und vor drei Jahren hatte es noch 3'146 Gemeinden. Das soll nichts sagen, aber es ist im Trend. Unter den Städten von der Grösse von Olten sind mehrere an diesem Trend beteiligt. Die faktischen Grenzen der Aufgaben- und Problemlösungsgemeinschaft, dieser Ansatz geht davon aus, dass eine Gemeinde die Bewohnerinnen und Bewohner zusammenfassen soll, die eine Vielzahl von gemeinsamen Aufgaben und Probleme gemeinsam lösen sollen. Der Trend, die faktischen Aufgaben- und Problemlösungsgemeinschaften mit dem politischen System in Einklang zu bringen, ist ein Thema. Beispiele haben wir in der ganz nahen

Umgebung, aber auch in Städten und Zentren, die wir kennen, im Bereich Aargau-Solothurn, AareLand, Kanton Solothurn, sind es Aarau, Zofingen und die Stadt Solothurn, die in einem ähnlichen Verfahren sind, noch etwas grösser dimensioniert als wir in Olten in diesem Trend. Kommen diese Vorhaben zustande, können sich die Gewichte verschieben. Wenn man nichts macht – das ist die klare Haltung, auch die Aussage des Stadtrates – können sich die Gewichte auch zu Ungunsten verschieben. Dann ist man plötzlich im Alleingang mittendrin. Umgekehrt verschaffen wachsende Grösse und Kraft eines fusionierten Gemeinwesens auch ein grösseres Verhandlungsgewicht überall im eigenen Kanton, aber auch über die Grenzen hinaus. Ich möchte zwei, drei Sachen zur Vorgeschichte sagen. Es ist immer auch ein Thema und war auch eines in der ganzen Vernehmlassungsthematik, und wir haben dies auch in den zurück gesandten Antwortbögen gesehen: Wie seid Ihr überhaupt darauf gekommen? Ihr wisst dies alle. Aber es macht Sinn, dass man es noch einmal wiederholt. Im Herbst 2007 haben Trimbach und Olten, die wirklich aneinander grenzen und zusammen verwachsen sind, eigentlich in einem einfachen Gespräch ihr Interesse angemeldet, eine Studie über eine weitergehende Zusammenarbeit, also eine Fusion zu machen. An dieser Studie haben dann Boningen, Dulliken, Hauenstein-Ifenthal, Rickenbach, Trimbach, Wangen, Winznau und Wisen teilgenommen. Man hat den Perimeter geöffnet. Es muss klar gesagt werden, dass Starrkirch-Wil verzichtet hat, weil gesagt wurde: Das ist kein Thema für uns. Die Grobanalyse hat ein Jahr später ergeben, dass Olten, Trimbach, Dulliken, Wangen, Winznau, Hauenstein-Ifenthal und Wisen eine sogenannte Aufgaben- und Problemgemeinschaft sind, weil sie diverse Sachen miteinander haben und es sich dort lohnt, vertiefte Abklärungen zu machen. Im Juli des gleichen Jahres haben sich dann sechs Gemeinden entschlossen, in eine nächste Phase dieser Studie einzutreten: Dulliken, Hauenstein-Ifenthal, Olten, Trimbach, Winznau und Wisen. Boningen und Rickenbach haben verzichtet, Wangen auch. Wangen hat praktisch im gleichen Halbjahr sein eigenes Leitbild geschaffen und an einer Gemeindeversammlung durch den Souverän bestimmt: Wir bleiben im Moment eine eigenständige Gemeinde. Die Studie, die daraus entwickelt wurde, hat diverse Perspektiven ergeben, hat aufgelistet, was geprüft und gewichtet werden muss. Viele Angaben haben auf Schätzungen beruht und sind dann in einer nächsten Phase auch tiefer geprüft und korrigiert worden. Wir haben vor der Unterzeichnung des Fusionsvorvertrages, zusammen mit den Gemeinden Dulliken und Winznau entschieden, dass sie erst in einer nächsten Phase in diesen Prozess weiter eintreten und jetzt einmal das Thema Olten mit unseren drei Partnern Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen laufen lassen möchten. Nicht etwa im Bösen, sondern einfach aus der Situation heraus: Wir warten einmal ab, schauen dies an und überdenken unsere Situation noch einmal. Das ist die Geschichte. Hier sind wir jetzt. Im Parlament war das Thema zweimal, erstens als wir überhaupt eingetreten sind, und zweitens als wir den Fusionsvorvertrag und das weitere Vorgehen hier abgesegnet haben. Jetzt sind wir in der dritten entscheidenden Phase, nämlich in der Zustimmung zum Fusionsvertrag, der in eine nächste Phase als Volksabstimmung weiter geführt werden soll. Ich möchte zwei, drei Sachen sagen, die aus der ganzen Situation heraus wichtig sind. Die finanziellen Auswirkungen sind insbesondere in Olten immer wieder ein Thema. Das ist klar. Alle vier Partnergemeinden haben stabile finanzielle Verhältnisse. Es hat keine Sanierungsfälle darunter. Die Gemeinden, mit denen wir das Projekt partnerschaftlich aufarbeiten dürfen, bringen etwas mit. Sie bringen nicht nur Schulden mit. Die gute Situation der aktuellen Einwohnergemeinde Olten, deren Vertreterinnen und Vertreter Ihr seid, prägt aufgrund der Dimension ganz klar die zukünftig fusionierte Einwohnergemeinde. Gerade diese Stärke sorgt aber auch dafür, dass nach einer teilweisen Übergangszeit bis 2023, von heute an 11 Jahre später, Zahlungen aus dem direkten und indirekten Finanzausgleich noch bis dorthin fliessen und dann mit dem neuen Konstrukt aufgefangen werden müssen. Die Zahlungen für die Partnergemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen fliessen weiter. Dann kommt das Thema des Ausgleiches. Hier müssen wir klar sagen, dass zusammen mit der Reduktion des Steuerfusses der Stadt Olten, den wir letztes Jahr für dieses Jahr gemacht haben, die neue Einwohnergemeinde ab 2023 eine Lücke von ungefähr 9 Millionen Franken hat. Das ist im Bericht und Antrag ausgewiesen. Die Finanzlücke kann nach unserem klaren Dafürhalten durch zusätzliche Steuererträge durch neue Einwohnerinnen und Einwohner aufgefangen werden, auch durch eine Entwicklung, die unserer Meinung nach auch wieder einmal in eine neue Dimension führt. Ich möchte einfach in Erinnerung rufen: Kaffeesatzlesen ist ein furchtbar abgedroschenes Wort, das aber

manchmal eine Rolle spielt. Als ich vor-zehn Jahren die Finanzen der Stadt Olten übernehmen durfte, hatte die Stadt Olten einen Steuerfuss von juristisch 124, natürlich 114 % und pro Kopf Fr. 3'000.— Schulden. Zehn Jahre später: 95/95 % und Fr. 2'250.— Vermögen. Das hätte vor zehn Jahren einfach niemand sagen können. Es hat alles für Olten gespielt. Hoffen wir, das sei auch in Zukunft so. Das ist die Realität und auch ein realistisches Szenario. Alles andere wäre wirklich ziemlich weit hinunter geschaut. Wir glauben ganz klar, dass Synergiepotenziale vorhanden sind, und denken auch, dass die berühmte Einsparung von einer Million Franken pro Jahr, die auch immer wieder etwa angeschnitten wurde, durchaus noch Potenzial hat. Aus ganz verschiedenen Gründen möchte ich Ihnen jetzt ein paar Punkte erläutern, wo der Stadtrat zusammen mit dem Projektrat – das sind alle vier Gemeinderäte, die Exekutiven – jetzt aus seiner Sicht beurteilt, wieso wir alle wirklich übereinstimmend einstimmig empfehlen können, dass man den Fusionsvertrag annimmt. Olten und Trimbach sind seit Jahren zusammen gewachsen. Die politischen Gemeindegrenzen sind aber jetzt irgendeinmal ein Hindernis für eine noch engere Zusammenarbeit und schränken klar die Handlungsfähigkeit ein. Die Kooperationen mit irgendwelchen Zweckverbänden oder was auch immer sind politisch demokratisch unsägliche Gebilde, wenn wir die Demokratie bemühen wollen. Dort bestimmen Einzelne aus einem Ganzen heraus gezogen und nicht zum Beispiel ein Parlament oder eben demokratisch die Bevölkerung. Politische Gemeindegrenzen aufheben ist ganz klar demokratischer als Kooperationsverträge. Die Fusion gestattet ein Handeln aus einer Hand. Die bisherige Stadt Olten stärkt den Einfluss in einem grösseren Umfeld und kann auch die Entwicklung gezielter lenken. Es gibt genau die gegenteilige Behauptung. Das ist uns auch bekannt. Wir sagen, es sei so. In der neuen Stadt Olten muss nicht überall alles angesiedelt werden. Je grösser der Raum ist, desto gezielter kann man am jeweils geeigneten Standort das Richtige machen. Auch hier gibt es völlig andere Aussagen. Hier spricht man von Zersiedelung. Ich muss Ihnen einfach sagen, dass die Philosophie des Bundesamtes für Raumentwicklung, welche in den Kanton Solothurn übergreift (zwischen Oensingen und Erlinsbach wird von 15 Hektaren zu viel eingezontem Bauland gesprochen; dies muss korrigiert werden), in der schweizerischen Raumentwicklung Thema ist, dass es ein grösserer Standort sein muss, und eine Fusion ist genau das richtige Mittel dazu, weil man dann am richtigen Ort das Richtige machen kann. Konkret kann man in diesem Gebilde bestimmen, wo man wohnt, wo Industrie und wo Gewerbe ist, und nicht so, wie es jetzt zum Teil läuft, dass jede Gemeinde sagt: Hier wird gewohnt, hier haben wir eine Gewerbezone, und wir wollen dies und jenes. Das funktioniert auf die Dauer nicht. Deshalb ist die Fusion auch seitens des Bundes durchaus ein Thema. Hier gibt es wieder andere Meinungen. Für Unternehmungen wird Olten plus vielfältiger. Durch die Fusion hat es mehrere mögliche Standorte für Unternehmungen. Das ist ganz klar und ist auch im Raumplanungsbericht enthalten. Es wird kein Unternehmen im Hightech-Bereich sich in Wissen niederlassen. Das macht keinen Sinn. Aber der Raum Olten-Trimbach ist ja genau auch für Arbeitsgebiete bestimmt. Arbeitsgebiet ist auch im Kanton Solothurn ein neues Wort. Man scheidet sie aus und versucht, dass Gemeinden gemeinsame Arbeitsgebiete definieren. Dank der Adresse Olten ist natürlich für ein Unternehmen so etwas attraktiv. Olten plus wird als Wohnort attraktiver. Die Fusion führt zu einem Gebilde, das sämtliche Arten von Wohnen abdeckt, von der Stadtwohnung zum Einfamilienhaus in ländlicher Umgebung, aber alles unter der gleichen Adresse mit den gleichen Bedingungen und dem gleichen Dienstleistungs- und Infrastrukturangebot. Dank dieser Perspektive und wegen der erwarteten Synergien kann die Fusion – jetzt kommt eine wichtige Aussage – ohne Steuererhöhung wegen der Fusion selber verkraftet werden. Andere Einflüsse bleiben mit oder ohne Fusion vorbehalten. Die Fusion führt zu einer Stärkung der Stadt Olten im Kanton. Die Kantonsregierung unterstützt dieses Gebilde einstimmig und klar und hat uns auch vom Amt für Gemeinden, Herrn Schönholzer, den ich bei dieser Gelegenheit herzlich begrüßen möchte, immer grosse Unterstützung zukommen lassen. Das wissen wir sehr zu schätzen. Aber es geht über die Grenzen. Ihr wisst ja alle, dass der Sprechende jetzt der Promotor und vielleicht auch etwas der Leader im solothurnischen Teil, sicher vom AareLand, ist. Agglomerationsprogramm: Die Stadt Olten hat hervorragende Aussichten, genau die Projekte, die hier alle bewilligt wurden, über Bundesgelder mit finanzieren zu können. AareLand ist eine starke funktionale Agglomeration, ein starker funktionaler Raum, und es braucht ganz klar drei starke Zentren darin. Hier möchten wir gerne mit den beiden anderen Partnern Aarau und Zofingen

mitmachen. Das vorliegende Projekt stellt eine erste Etappe dar, und es können durchaus weitere Schritte mit weiteren Gemeinden folgen. Das ist auch mit Dulliken und Winznau geplant. Aber man muss zuerst etwas zum Fliegen, Wachsen oder Zusammenwachsen bringen, und dann schauen wir weiter. Ich gehe nicht auf die Kennzahlen ein. Das ist ja zu Recht von den Fraktionen, vom Parlament, von den vorberatenden Kommissionen gewünscht worden. Wir haben sie auch abgegeben. Auch sie kann man natürlich deuten, wie man will. Aber diese Kennzahlen sprechen eigentlich eine klare Sprache, wenn man es so liest, wie man es als Oltnen Mitglied lesen darf, muss und sollte. Das waren meine Ausführungen. Ich möchte nicht unterlassen, den drei Partnergemeinden Hauenstein-Ifenthal, Wisen und Trimbach ganz herzlich für die wirklich hervorragende, einwandfreie Zustimmung oder das Eintreten auf das Projekt Fusionsvertrag Olten plus zu danken. Das ist ein wunderbarer Beweis für uns im Stadtrat und ich denke für die Stadt Olten für das Vertrauen, das man in unsere Stadt hat. Es ist nicht ganz so selbstverständlich, wenn man etwa Signale nach aussen gehört hat. Danke vielmals den drei Gemeinden. Ich möchte Sie bitten – der Rückweisungsantrag ist nicht durchgekommen – auf die Vorlage in diesem Sinne einzutreten und auch die Zustimmung zu geben, dass am Schluss der Souverän entscheiden kann. Dem muss man sich beugen. Die SVP ist die Partei, die sich dem Souverän immer beugt und unterordnet. Für mich ist ganz wichtig, dass wir hier dies alle wissen und auch tun. Es kann heraus kommen, wie es ist. Definitiv. Aber der Souverän soll entscheiden. Ich möchte Ihnen ein Zitat vortragen, das mich in dieser Aussage bestärkt. Ein gescheiter Mann hat in einem Leserbrief vor nicht allzu langer Zeit Folgendes geschrieben – ich bitte meine Parteikolleginnen und –kollegen um Verzeihung –: „Die Freisinnigen vertrauen zuerst auf die Kraft der Bürger und setzen erst dann auf den Staat. Die Bürgerinnen und Bürger können für sich selbst besser entscheiden als noch so wohl meinende Politiker es für sie je tun könnten“. Das gilt für den Stadtrat und mit Verlaub vielleicht auch für die Volksvertretung hier. Sie sind ja bekanntlich die Vertretung der Oltnen Bevölkerung. Ich möchte Ihnen für eine hoffentlich gute Aufnahme dieser Vorlage und die Verabschiedung zu Händen des Volkes herzlich danken.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Herr Stadtpräsident, wir haben keinen Rückweisungsantrag gestellt. Wir sind nicht darauf eingetreten, aber wir haben bewusst keinen Rückweisungsantrag gestellt, weil wir gegen das Geschäft sind und folgelogisch nicht darauf eintreten können. Aber wir sind auch nicht der Meinung, dass man dies jetzt irgendwie an die Adresse des Stadtrates zurück weisen und noch etwas darum herum basteln sollte, bevor man es dem Volk vorlegt. Dies einfach zur Klärung. Ich möchte zuerst kurz etwas zu den Unterlagen sagen und nachher zum Inhalt. Wir stellen fest, dass die heute vorliegenden Unterlagen sich kaum von den Vernehmlassungsunterlagen, die der Bevölkerung zugestellt wurden, unterscheiden. Sie sind praktisch identisch. Wenn man dies liest, ist es eigentlich 1 : 1 kopiert worden und ist jetzt die heutige Vorlage bzw. der Bericht und Antrag. Als Klammerbemerkung ist es nicht einzusehen, was die Vernehmlassung überhaupt gebracht haben soll. Es spricht für sich, dass in Olten ganze 75 Personen bei der Vernehmlassung mitgemacht haben. Ich wage einfach einmal zu behaupten, dass wahrscheinlich rund die Hälfte der 75 Personen Parlamentarierinnen und Parlamentarier waren, welche die Meinung vertreten haben, die sie heute wahrscheinlich auch vertreten werden. Es ist auch nicht wirklich einzusehen, inwiefern die Rückmeldungen jetzt eingeflossen sind, weil es quasi ein Copy-Paste. Man hätte es nach unserem Dafürhalten sein lassen können. Unseres Erachtens hat es sich bei dieser Vernehmlassung eher um eine Propagandaaktion gehandelt. Vor diesem Hintergrund bleibt unsere Kritik an den Unterlagen fast unverändert bestehen. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn weitere Alternativen zur Fusion, beispielsweise eine vertiefte funktionale Zusammenarbeit, ebenfalls aufgezeigt worden wären. Eine vollständige politische Fusion erweist sich gegenüber einem vom Stadtrat leider nicht geprüften punktuellen Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit als übertrieben und unverhältnismässig mit nachteiligen finanziellen Folgen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Olten. Die Unterlagen sind auch sehr einseitig gehalten. Die Fusion wird völlig unkritisch, quasi als logischen nächsten Schritt, und einzig mögliche Fortführung der in Teilen bereits bestehenden regionalen Zusammenarbeit präsentiert. Risiken und negative Auswirkungen werden fast gänzlich ausgeblendet. Die SVP-Fraktion wird die Fusion Olten plus bzw. die Beschlussesanträge einstimmig ablehnen.

Das aus folgenden Gründen: Nach unserem Dafürhalten zerstört die Fusion mittel- und langfristig die finanziell solide Basis der Stadt Olten. Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus dem Bericht und Antrag, Seite 17. Das hat Stadtpräsident Ernst Zingg vorher bereits angesprochen. „Für die Kompensation der fehlenden Steuererträge von 9,11 Millionen Franken bei einem Steuersatz von 95 % müssen also rund 4'200 Einwohner bis 2023 bzw. 420 Zuzügerinnen und Zuzüger pro Jahr in die vereinigte Einwohnergemeinde ziehen“. Die jährlichen Mindereinnahmen wären also massiv. Ich glaube, das ist unbestritten und das sagt der Stadtrat selber sehr deutlich. Diese Mindereinnahmen durch einen positiven Wanderungssaldo im erwähnten Ausmass, das heisst plus 4'200 Einwohnerinnen und Einwohner zu kompensieren, erscheint uns angesichts der stagnierenden Einwohnerzahlen von Olten in den vergangenen Jahren sehr unrealistisch. Diesen Punkt beurteilen wir frappant anders als dies der Stadtrat tut. Auf der anderen Seite wären die Einsparmöglichkeiten sehr gering. Das stellt auch die Studie der Hochschule Luzern fest. In diesem Zusammenhang einfach noch kurz die Bemerkung: Lange ist sie stark zitiert und gebraucht worden. In den letzten paar Monaten ist sie so etwas aus der Wahrnehmung gänzlich verschwunden, weil sie offenbar dem Zweck nicht mehr wirklich dient. Aber sie hat festgestellt, dass die Einsparmöglichkeiten marginal seien. Auch der Stadtrat ist bezüglich diesen Einsparmöglichkeiten offenbar kritisch, schreibt er doch im Bericht und Antrag auf Seite 17: „Wie gross die Synergiepotenziale tatsächlich sind, wird sich erst bei der Zusammenführung der Gemeindeverwaltungen und vor allem in den Jahren nach dem erfolgten Zusammenschluss zeigen“. Gleichzeitig wird eigentlich fast an gleicher Ort und Stelle auch betont, dass es sicher zu keinem Stellenabbau kommen werde. Ich wage in diesem Zusammenhang zu behaupten, dass die zentralisierte Verwaltung nach einem Zusammenschluss nicht effizienter und billiger, sondern zusätzlich aufgebläht würde. Dies vor allem deshalb, weil in den kleineren Gemeinden, sprich Wisen und Hauenstein, heute in etlichen Bereichen unentgeltliche Freiwilligenarbeit geleistet wird. Nach der Fusion müssten diese Aufgaben zentralisiert und dafür neue bezahlte Stellen geschaffen werden. Es würde also zu einer Professionalisierung kommen. Das ist noch nicht günstiger geworden. Damit hat man auch noch nie gross effizienter werden bzw. Einsparungen erzielen können. Diverse Beispiele von Gemeindefusionen an anderen Orten in der Schweiz zeigen, dass prognostizierte Einsparungen durch einen Abbau von Doppelspurigkeiten bei Fusionen in der Regel leider fromme Wünsche bleiben. Aus den erwähnten Gründen wird eine Steuererhöhung bei einer politischen Fusion unumgänglich und unabwendbar sein. Ich habe heute noch kurz geschaut, welches die Voten beim Fusionsvorvertrag vor rund zwei Jahren waren. Schon damals haben einige Fraktionen, auch die CVP, gesagt: Für uns wäre es nicht so sein Problem, wenn man die Steuern dann um 5 Prozentpunkte erhöhen müsste. Das wird quasi in Kauf genommen. Es kann selbstverständlich eine Haltung sein. Aber dann finde ich, dass man auch dazu stehen und es klar deklarieren muss, auch zu Händen des Volkes. Wir lehnen eine Steuererhöhung selbstverständlich ab. Gerade im Zusammenhang mit dem Argument des Synergiepotenziales ist auch zu betonen, dass es falsch ist anzunehmen, dass es eine einzige optimale Gemeindengrösse gibt. Vielmehr gibt es für die Erstellung von unterschiedlichen öffentlichen Leistungen unterschiedliche optimale Gemeindengrössen. In der Ökonomie ist man sich diesbezüglich weitgehend einig, dass eine rein funktionale Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen zwischen Gemeinwesen einer Fusion vorzuziehen ist. Ich betone, dass die SVP-Fraktion für weitere funktionale Kooperationen von Olten mit den Nachbargemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen sowie mit weiteren Gemeinden offen wäre. Eine punktuelle Zusammenarbeit unter den Gemeinden kann problemlos auch ohne die Fusion, ohne eine politische Fusion noch erweitert werden. Vor diesem Hintergrund erachten wir die angestrebte politische Fusion nicht nur als teuer und finanziell problematisch, sondern auch als unzweckmässig, weil es bessere Alternativen gibt. Für uns ist aber auch noch ein anderer Punkt relevant. Die Sozialstruktur in Olten ist heute schon mehr schlecht als recht. Das ist eine Tatsache. Es ist auch eine Tatsache, dass Trimbach einen noch höheren Ausländeranteil, noch mehr Sozialfälle und in den Schulen einen noch höheren Anteil an fremdsprachigen Kindern hat, als dies Olten hat. Die Sozialstruktur und damit vermutlich auch das Image von Olten würden sich also aus Oltners Sicht noch einmal verschlechtern. Dem wollen wir keine Hand bieten bzw. das wollen wir verhindern. Langer Rede kurzer Sinn: Die Fusion Olten plus ist nach unserem Dafürhalten unzweckmässig, für Olten schädlich und führt zu höheren Steuern. Nachvollziehbare und

stichhaltige Gründe für die Fusion sind aus Oltners Sicht unseres Erachtens keine ersichtlich. Deshalb lehnen wir die Fusion ab. Sollte das Parlament der Fusion zustimmen, und davon gehen wir aus, werden wir uns für eine Ablehnung in der Volksabstimmung stark machen. Einzelsprecher unserer Fraktion werden dann noch auf einzelne weitere Punkte separat eingehen.

Felix Wettstein: Die Grünen sagen ja zur Fusion. Wir haben die Meinungen von unseren Mitgliedern an einer Sonder-Parteiversammlung im Januar eingeholt und unsere Position gründlich diskutiert. Es war eine gut besuchte Versammlung, und alle unsere Parteimitglieder haben sich für die Fusion ausgesprochen, die Mehrheit „fadegrad“, einige zögerlicher, aber niemand ablehnend. Das Ergebnis ist unser Beitrag zur Vernehmlassung, der Ihnen allen als Beilage in den heutigen Entscheidungsunterlagen zur Verfügung steht. Die Haltung der Grünen Fraktion kann ich in fünf Punkten zusammenfassen: Erstens: Es ist der richtige Zeitpunkt für die Fusion. Zweitens: Es sind die richtigen Gemeinden, die sich jetzt zusammenschliessen. Drittens: Die Fusion ist aus sozialen und ökologischen Gründen das Richtige. Viertens: Die Fusion ist aus finanzieller Sicht das Richtige. Fünftens: Die Fusion ist aus demokratiepolitischer Sicht das Richtige. Ich möchte diese fünf Punkte begründen. Der Zeitpunkt ist der Richtige, weil wir seit 2007 gemeinsam auf diesen möglichen Schritt hin arbeiten. Während dieser Zeit hat es verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung gegeben. Es kann niemand kommen und behaupten, die Bewohnerinnen und Bewohner seien zu wenig involviert. Verschieben auf einen späteren Zeitpunkt macht das Projekt nicht besser. Zum zweiten: Es sind die richtigen Partnergemeinden. Klar kann man darüber lamentieren, dass es doch eigentlich zwischen Wangen und Olten auch grosse Verflechtungen gibt, oder zu Dulliken, zu Starrkirch-Wil sowieso. Das stimmt alles, aber es ist ja niemand von den Projekt-vorbereitungen ausgeschlossen gewesen. Jetzt machen die vier Gemeinden ihren Schritt, und das ist die beste Art, um den Boden zu pflügen, damit in Zukunft der Kreis allenfalls erweitert werden kann. Wenn wir jetzt nein sagen, sind die Türen sicher für eine ganze Generation zugeschlezt. Drittens: Soziale und ökologische Gründe sprechen für die Fusion. Das ist für uns Grüne eine ganz zentrale Überlegung. Die Dienstleistungsqualität der Stadt wird einem grösseren Kreis von Menschen zuteil. Und Trimbach ist faktisch auch ein Stadtteil von Olten; es hat überhaupt nichts Beleidigendes an sich, dies festzustellen. Auch ökologisch ist die Fusion das Richtige, obwohl wir zum Stichwort Raumplanung auch auf heikle Punkte hinweisen müssen. Es gibt Leute, die träumen von neuen Landhauszonen am Dürriberg oder in Hauenstein und Wisen. Das allerdings wäre in unseren Augen völlig verkehrt, denn die vier Gemeinden haben zusammengezählt noch sehr viele Baulücken oder schlecht genutzte Gebiete innerhalb der bestehenden Zonen. Darum ist es ein grosser Vorteil, aus einer Hand zu planen, anstatt dass jede Gemeinde für sich von neuen Zonen träumt. Planungsünden wie das Bornfeld dürfen uns nicht mehr passieren. Viertens: Die Fusion ist finanziell ein Vorteil. Warum? In guten Jahren kommen die Mehreinnahmen einem grösseren Kreis zu Gute, und das finden wir Grüne fair und richtig. Eine Fusion ist der wirkungsvollste Weg zum Finanzausgleich. Wenn aber die Einnahmen mal zurückgehen, werden die Effekte etwas breiter abgefedert. Das Steueraufkommen der bisherigen Stadt Olten macht sieben Achtel des gesamten Fusionsgebietes aus. Sieben Achtel! Schon daran ist abzulesen, dass Schwankungen in der wirtschaftlichen Lage auf die künftige Entwicklung der Steuererträge viel mehr „einschenken“ als die geplante Fusion. Vor allem aber kommt es günstiger, wenn wir an einem Ort aus einer Hand statt an vier Orten planen, was vernünftigerweise gemeinsam verantwortet werden kann. Schliesslich und fünftens ist die Fusion demokratiepolitisch das Richtige. Fusionsgegner argumentieren häufig, man solle doch punktuell zusammenarbeiten – funktionelle Zusammenarbeit heisst dies jetzt offenbar – statt zu fusionieren, das habe sich bewährt. Hat es sich wirklich bewährt? Wir stellen fest: Die strategische Lenkung von Aufgaben im Verbund von mehreren Gemeinden liegt meistens in den Händen einer relativ kleinen Kommission beziehungsweise Delegation. Die demokratische Kontrolle durch das Parlament und das Volk ist klein. Wir Grüne wollen die Mitgestaltungsmöglichkeiten von Parlament und Bevölkerung aber nicht einschränken, sondern im Gegenteil verstärken. Das spricht gegen weitere Zweckverbände und eben für die Fusion. An diejenigen, die so sehr an eine Zusammenarbeit von Fall zu Fall glauben, möchten wir folgende Frage richten: Wie stellt ihr euch eine gelingende Zusammenarbeit vor, nachdem man den Partnern vorher

angehängt hat, sie seien minderwertig, Sozialfälle, unattraktiv? Liebe Kolleginnen und Kollegen im Parlament, liebe Gäste: Mit dieser Fusion wird kein Gross-Olten entstehen. Eine Stadt mit 25'000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist immer noch eine überschaubare Kleinstadt. Was wir heute an unserer Stadt in Olten schätzen, was man in den Nachbargemeinden an der eigenen Gemeinde schätzt, werden wir auch nach der Fusion gern haben können. Und sollte der Nebel wieder mal schwer auf unsere Gemüter drücken - was zwar nicht mehr so oft vorkommt - denkt daran: Wenn die Nebelobergrenze auf 800 Meter liegt, dann ist ein Teil von Olten an der Sonne!

Dr. Markus Ammann: Die SP-Fraktion steht voll hinter der geplanten Fusion zwischen diesen vier Gemeinden, vor allem weil dann die formalen und juristischen Gegebenheiten wieder besser mit unseren Lebensrealitäten übereinstimmen. Ich habe in der letzten Zeit ein paar Leserbriefe gelesen, Diskussionen auf der Strasse und in den Kommissionen angehört, habe auch heute Abend zugehört. Ehrlich gesagt fehlen mir immer noch wirklich glaubwürdige Argumente, die gegen eine Fusion sprechen. Das einzige Argument, und jetzt bin ich vielleicht etwas provokativ, das ich heraus hören kann, ist Angst. Angst vor einer Steuererhöhung, Angst vor abnehmender Bedeutung, Angst vor Sozialfällen, Angst vor dem Niedergang, Angst vor der Zukunft im Allgemeinen und Angst vor den anderen im Besonderen. Ich nehme dies durchaus ernst. Ich glaube, etwas Angst ist manchmal wirklich gut, weil Angst auch vorsichtig und aufmerksam macht. Zuviel Angst bewirkt aber genau das Gegenteil. Es macht blind für die Chancen und versperrt den Blick für die Zukunft. Auf die Diskussion zu sogenannten Fakten und Kennzahlen möchte ich gar nicht gross eingehen. Zahlen als solche sind meistens interessant. Sie zeichnen aber vor allem die Vergangenheit nach, geben bestenfalls einen Hinweis auf die Gegenwart. Aber etwas können sie nicht: Die Zukunft einer Stadt voraussagen. Wenn wir über die Zukunft von Olten reden, müssen wir also in anderen Kategorien denken. Wir müssen andere Fragen stellen als diejenigen nach einer weiteren Kennzahl. Wir müssen Fragen nach den Chancen und den Risiken stellen, die sich bei Entscheiden stellen. Wir müssen uns überlegen, welche Optionen sich auftun und welchen Situationen werden wir begegnen und was sie für uns bedeuten. Ich habe dies in den letzten Monaten intensiv gemacht. Ich habe die Berichte und auch die Studie der Hochschule Luzern gelesen. Ich habe aber auch andere Fusionen angeschaut. Es gibt ja einige. Ernst Zingg hat es gesagt. Es hat einige gegeben, und es hat einige Diskussionen und einige Studien gegeben. Mein Fazit ist heute eindeutiger denn je: Mit einer Fusion, insbesondere zwischen Olten und Trimbach, bestehen riesige Chancen, mindestens auf drei Ebenen. Ich wiederhole sie jetzt, weil es zum Teil schon gesagt worden ist. Erstens und das ist für mich wichtig: Demokratie gewinnt. Statt dass wir weiter „Verträgli“ um „Verträgli“ mit irgendwelchen Partnern und Trägerschaften aushandeln, wo wir, wie es Ernst Zingg richtig gesagt hat, in der Regel nichts dazu zu sagen haben, legen wir doch diese Aufgaben zusammen, lösen sie aus einer Hand. Das Parlament, wir hier, können dies dann kontrollieren und mit steuern. Demokratisch sind in meinen Augen sowohl eine Gemeindeversammlung wie ein Parlament. Demokratie politisch haben beide Vor- und Nachteile. Ich persönlich neige heute sogar dazu, ein Parlament in vielen Belangen als kompetenter und vor allem weniger willkürlich einzustufen. Zweitens: Die Region erhält neuen Planungs- und Entwicklungsspielraum. Planungspolitik braucht Handlungsspielräume. Ernst Zingg hat es gesagt. Ich wiederhole es. Je kleiner die Planungseinheiten, desto weniger Spielräume haben wir. Vier Gemeinden planen vier Gewerbezone, vier Industriezone, vier Freizeitzone, vier Wohnzone und dies auf engstem Raum. Es ist offensichtlich, dass eine gemeinsame Planung mehr Möglichkeiten bietet. Wir können die wertvollen Natur- und Landschaftsräume der Region besser schützen, und es wäre deutlich mehr Spielraum vorhanden, um die Bedürfnisse der Wirtschaft optimal den Bedürfnissen der Region anzupassen, und das, ohne dass wir in der Siedlungsqualität etwas verlieren würden. Drittens: Die Zusammenarbeit wird vereinfacht und die Wirtschaft gefördert. Sowohl Unternehmen wie der Kanton haben ein grosses Interesse, mit möglichst wenigen Ansprechpartnern verhandeln und agieren zu müssen. Die Standortsuche für Unternehmen wird einfacher und der Kanton kann effektiver und kostengünstiger handeln. Die Fusion wird somit zum klaren wirtschaftlichen Standortvorteil. Nicht zuletzt auch, weil gleichzeitig auch die Verwaltung der Stadt Olten plus oder eben von der Region als Ganzes professioneller wird. Die Stadt Olten wie die Region stehen vor einer wichtigen Zukunftsfrage: Mit oder ohne

Fusion stehen wir aber vor einer ungewissen Zukunft, die niemand voraussehen kann. Mit oder ohne Fusion gehen wir Risiken ein und vergeben Chancen. Mir ist ja klar, dass die Risiken ohne Fusion grösser und die Chancen kleiner sind. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir jetzt die Fusion mit Trimbach und den anderen Gemeinden eingehen müssen. Ich erlaube mir auch noch ein kleines PS: Hüten wir uns davor, jetzt die Bevölkerung zu bevormunden. All diejenigen, die jahrein, jahraus nach Demokratie schreien, sollen doch jetzt wenigstens ehrlich genug sein und der Bevölkerung die Möglichkeit geben, selber zu entscheiden. Kosten hin oder her. Ich glaube, alles andere würde nicht verstanden. Deshalb bitte ich Sie, auch wenn ich jetzt nicht überzeugt habe, wenigstens den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern das Recht zu geben, sich zu dieser Frage selber zu äussern.

Urs Knapp: Die FdP-Fraktion hat in den letzten Jahren eine klare Haltung zum Thema Fusion entwickelt und sie über Jahre auch klar verfolgt. Sie hat mehrmals gesagt, eine Fusion sei weder gut noch schlecht. Wir können einer Fusion zustimmen, wenn sie für die heutige Stadt Olten nachweisbar mehr Vorteile als Nachteile, mehr Chancen als Risiken bringt. Diese Haltung haben wir bereits im Januar 2010 in der Abstimmung über den Fusionsvorvertrag vertreten. Die FdP hat damals verlangt, dass der Steuerfuss der Stadt Olten als Grundlage für die Fusionsverhandlungen genommen werden soll. Eine Mehrheit des Parlamentes war dagegen. Die CVP hat sogar gesagt, man könne doch auch eine Steuererhöhung von 5 % vorsehen. Für die FdP war die damit die Grenze überschritten und wir haben nein zum Fusionsvorvertrag gestimmt. Die damalige Haltung der SP, Grünen und CVP-Koalition in Sachen Finanzen haben wir nicht vergessen. Sie zeigt klarer als alle abstimmungstaktischen Aussagen, wie die Parteien in Zukunft höchstwahrscheinlich handeln werden. Nach einer Fusion muss nämlich bald entschieden werden. Wollen wir weniger ausgeben oder wollen wir mehr einnehmen? Was hat die CVP im Januar 2010 unter dem Applaus der Linken gesagt? Etwas höhere Steuern würden schon drin liegen. Die vorliegenden Unterlagen und auch die Diskussion im Rat haben schon klar gezeigt, dass sich die Fusionsbefürworter eigentlich ungern auf Fakten stützen. Sie argumentieren lieber mit kaum überprüfbaren Meinungen. Wir von der FdP wollen hingegen speziell in fünf Kapiteln die Fakten sprechen lassen. Die Fusion schwächt die gesamte Region. Die Fusion belastet das Image von Olten und macht die Stadt weniger attraktiv. Die Fusion erfordert mehr Steuereinnahmen. Die Befürworter der Fusion zeigen keinen klaren Willen, Synergien zu erreichen, und die Fusion behindert wünschbare Investitionen in der Stadt Olten. Die Fusion schwächt die gesamte Region. Der Stadtrat sagt immer wieder, eine Fusion werde Gross-Olten im Wettbewerb mit den benachbarten Städten und Regionen stärken. Die fusionswilligen Exekutiven haben auch einen Bericht „Aspekt Raumplanung im Fusionsprojekt Olten plus“ bestellt und bezahlt. Doch selbst das Parteigutachten beurteilt die Vorteile einer Fusion für die Standortwettbewerbe auffallend zurückhaltend. Trotzdem kommen natürlich die Experten im Sinne ihrer Auftraggeber zu einem positiven Gesamtfazit. Allerdings wehren sie mögliche Fragen nach konkreten Fakten bereits schon vorsorglich ab und schreiben: „Das Quantifizieren der raumplanerischen Auswirkungen einer Fusion fällt schwer und erscheint als nicht zielführend“. Die Frage ist dann, was man sonst machen soll. Einfach einen Blick in die Glaskugel. Wir halten uns an Fakten. Die Fusion wird die finanzielle Lage von Gross-Olten verschlechtern. Nach einer Fusion sind weniger Investitionen in die Entwicklung und in den Standort Olten möglich. Die Fusion schwächt den Motor dieser Region: Die Stadt Olten. Damit kommt die gesamte Region ins Stottern und verliert im Standortwettbewerb. Damit geht die Anziehungskraft für die Einwohner, die bereits in Olten wohnen, und auch für Personen und Firmen, die sich einen neuen Standort suchen, zurück. Zweiter Punkt: Die Fusion belastet das Image von Olten. Das Image ist heute ein entscheidender Faktor im Standortwettbewerb und verschiedene, von einander unabhängige Umfragen und Analysen zeigen seit einigen Jahren immer wieder die gleiche Tendenz: Die Stadt Olten ist im Vergleich mit umliegenden Städten wie Aarau, Zofingen oder Sissach schlechter platziert. Von daher könnte eine Fusion ein Jungbrunnen sein und den Ruf verbessern, sofern man sich mit starken Partnern verbindet. Ist Trimbach dieser starke Partner, dieser Jungbrunnen für Olten? Auch hier können wir die Fakten sprechen lassen. Der Ruf von Trimbach ist in der Aussenwahrnehmung, in den Umfragen noch deutlich schlechter als derjenige von Olten. Im letzten Gemeinderanking vom Oktober 2011 war Trimbach auf Rang 848 von 868 Gemeinden, Olten auf Rang 504. Die Frage stellt sich dann,

was eine Gemeinde auf Rang 504 gewinnt, wenn sie mit einer Gemeinde auf Rang 848 fusioniert? Was ändert sich konkret im überkantonalen Standortwettbewerb mit den Städten Aarau, Rang 158, Zofingen, Rang 303, Liestal, Rang 440, Sissach, Rang 238, oder Sursee, Rang 248? Unsere Schlussfolgerung ist, dass Trimbach den Ruf der heutigen Stadt Olten sicher nicht verbessern wird. Vielmehr muss befürchtet werden, dass der Ruf von Gross-Olten unter dem Einfluss von Trimbach schlechter wird, mit allen negativen Folgen für den Standortwettbewerb. Es braucht mehr Steuereinnahmen. Wie verändern sich die strategischen und finanziellen Kennzahlen von Olten nach der Fusion? Die wenigen vorhandenen Informationen zeigen, dass sich die finanzielle Lage der fusionierten Gemeinde Gross-Olten im Vergleich mit der heutigen Situation in Olten verschlechtern wird. Der Stadtrat selber rechnet bereits im ersten Jahr 2014 mit einem Defizit in der Rechnung der fusionierten Gemeinde von 2,45 Millionen Franken, und das Defizit wird von Jahr zu Jahr steigen. Im Jahr 2023 sind wir über 9 Millionen, und in diesen zehn Jahren wird sich ein Fehlbetrag von 57 Millionen Franken anhäufen. Sicher ist, und das sagt ja auch der Stadtrat, dass höhere Steuereinnahmen notwendig sein werden, um den heutigen Entwicklungsstand zu halten. Die FdP ergänzt: Steuererhöhungen sind unvermeidlich. In den Unterlagen stellen wir fest, dass der Stadtrat in seinem Bericht bereits vorsorglich auch mit Berechnungen, mit einem Steuersatz von 103 % operiert, also 8 % mehr als heute in Olten. Konkrete Zusagen über Synergien fehlen. Statt Steuern zu erhöhen, könnte man natürlich auch Synergien nutzen und sparen. Das würde dann allerdings automatisch heissen, dass in der Verwaltung Stellen gestrichen werden müssten und zwar viele Stellen, weil die Personalkosten einer der grössten Blöcke in der laufenden Rechnung aller Gemeinden sind. Eine Fusion könnte tatsächlich die einmalige Chance bieten, dass man von Grund auf eine neue schlanke Verwaltung konzipieren würde. Eine Chance, die in der Schweiz für riesiges Aufsehen sorgen würde. Eine Chance, die auch Vorbild wäre. Wir bauen eine neue Verwaltung. Das kann man nur bei einem solchen Projekt machen. Von Grund auf überlegen wir neu: Wie können wir diese Verwaltung perfekt machen, perfekt, effizient, bürgernah? Diese Chance ist im aktuellen Projekt nicht einmal ansatzweise genutzt worden. Man nimmt einfach die bisherige Stadtverwaltung von Olten als Grundlage für die Verwaltung der fusionierten Gemeinde. Vom Stadtrat selber und auch im Fusionsvertrag wird nur sehr allgemein über Synergien gesprochen. Es ist nicht erkennbar, dass man gewillt ist, solche Synergien auch zu nutzen. Denn, wenn der Wille vorhanden wäre, gäbe es ein Kapitel im Fusionsvertrag. Wenn Sie diesen Vertrag lesen, finden Sie genau einmal das Wort Synergie und zwar nicht im Vertrag selber, sondern in der Absichtserklärung zum Vertrag. Die fusionswilligen Exekutiven der vier Gemeinden sagen, die Fusion werde ohne Entlassungen vollzogen. Das tönt nicht unbedingt nach Synergien. Punkt 5: Wünschbare Investitionen sind in Gefahr. Bereits im letzten September hat die FdP-Fraktion hier im Parlament als Entscheidungsgrundlage einen Finanz- und Investitionsplan für Gross-Olten gefordert. Dieser sollte die nächste Legislaturperiode abdecken und vor allem konkret aufzeigen, welche Investitionen sich Gross-Olten noch leisten kann und wie sich die finanziellen Kennzahlen, die wir normalerweise jeden September im Parlament zur Kenntnis nehmen können, verändern. Heute müssen wir feststellen, dass wir keinen Finanz- und Investitionsplan haben. Dieser soll erst nach der Fusion erstellt werden. Wir kaufen also „die Katze im Sack“. Von daher wissen wir auch nicht, welchen Nachholbedarf Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen bei den Investitionen haben. Zu vermuten ist, dass diese Gemeinden aufgrund ihrer finanziellen Lage bei den Investitionen wahrscheinlich zurückhaltender als die Stadt Olten waren. Von daher müssen wir annehmen, dass sich die finanzielle Lage von Gross-Olten verschlechtern wird. Auch ohne Finanz- und Investitionsplan liegt dies auf der Hand. Damit wird der Handlungsspielraum der fusionierten Gemeinde eingeschränkt. Dann muss Olten entweder die Steuern erhöhen oder sich übermässig verschulden und/oder man muss Investitionen zurück stellen. Wir bezweifeln, ob dies eine gute Wahl ist. Vor allem denken wir, dass wünschbare Investitionen hier im Rat von allen Seiten immer wieder gewünscht werden, die im Finanz- und Investitionsplan nicht vollständig oder gar nicht abgebildet sind, in Frage gestellt sind. Zum Beispiel das Hallenbadprojekt, das die CVP so gerne hat. Zum Beispiel die Museen, welche die SP so gerne haben. Wir auch. Zum Beispiel die Investitionen, die wir alle gerne haben, in einen wirklich grosszügigen Bahnhofplatz mit Busbahnhof. Wir schlagen einen Plan B gleich besser machen vor. Die FdP-Fraktion hat sich die Fakten angeschaut und ist zu einem

klaren Ergebnis gekommen. Die vorgeschlagene Fusion behindert die Entwicklung der Stadt und der Region. Notwendig ist heute nicht eine Fusion, sondern eine engere pragmatische Zusammenarbeit zwischen allen Gemeinden der Region. Olten und Trimbach arbeiten schon in vielen Bereichen zusammen. Das funktioniert. Die Wasserversorgung von Trimbach wird beispielsweise von Olten gesteuert. Es gibt sehr viele weitere Möglichkeiten ohne negative Demokratiefolgen, wo man diese Zusammenarbeit verstärken könnte. Zum Beispiel braucht es eigentlich nur einen Werkhof in dieser Region. Auch für Wangen und für Starrkirch. Bei der Feuerwehr könnte man sicher auch Synergien machen. Auch bei den Schulen gäbe es noch Synergien und allgemein bei der gesamten Verwaltung. Man kann zum Beispiel die ganze Finanzdirektion in Olten und die ganze Baudirektion in Trimbach ansiedeln und dies im Auftragsverhältnis lösen. Dies nur, um zwei Beispiele zu nennen. Es wäre möglich. Wenn diese Zusammenarbeit dann funktioniert und man dabei auch die Synergien, die es gibt, ausnützt, entsteht eine echte Fusionsbewegung. Dann schliessen sich auch Gemeinden an, die heute aus guten Gründen abseits stehen. Die FdP-Fraktion empfiehlt grossmehrheitlich ein Nein zur Fusion. Wir haben uns beim Eintreten ganz bewusst der Stimme enthalten, damit wir diese Diskussion führen können. Viele von uns werden auch auf Basis einer Parteiversammlung, die wir hatten, in der Schlussabstimmung nein stimmen und das Gleiche auch am 17. Juni tun.

Stephan Hodonou, CVP/EVP/GLP-Fraktion: „The times are changing“, so heisst einer der beliebten Songs von Bob Dylan oder frei ins Deutsche übersetzt „Die Zeiten ändern sich“. Die Menschen auch. Es ist eine ureigene menschliche Erfahrung, dass es im Leben einfach Veränderungen gibt. Man wird älter. Vielleicht hat man Kinder, erlebt verschiedene Sachen. Das Leben ändert sich. Menschen verändern sich auf individueller Ebene auch. Es gibt einfach bei uns allen Veränderungen. Wenn dies auf individueller Ebene passiert, passiert dies auch auf einer grösseren kollektiven Ebene und am Schluss eben auch beim Gemeinwesen. Das bedeutet, dass wir zwar noch vorwiegend in Strukturen leben, die über das 19. Jahrhundert hinaus zurück gehen, aber sich unsere Lebensgewohnheiten eben verändert haben und Strukturen und Lebensgewohnheiten nicht mehr überein stimmen. Das zeigt sich zum Beispiel einfach in unserem Mobilitätsverhalten, dass es viel mehr Austausch gibt, dass wir viel mobiler sind. Das zeigt sich aber auch, wie es schon angesprochen wurde, indem die Lasten und die Probleme nicht an einer Gemeindegrenze Halt machen, sondern unsere Probleme auch die Probleme von Trimbach sind und umgekehrt. Das spüren wir überall. Die Menschen, die in dieser Region wohnen, spüren, dass bei Aufgaben und Problemen die Gemeinschaft grösser ist als ihre strukturellen Grenzen. Die Vorlage Fusion Olten plus, die der Stadtrat vorlegt, hat dies auch anerkannt und gibt eine gute Antwort auf die Herausforderungen, die sich uns stellen. Es ist eine Jahrhundertvorlage. Es ist eine ausserordentlich wichtige Vorlage für diese Stadt und Region. Deshalb ist bei uns in der Fraktion quasi unbestritten, dass eine solche Vorlage auch vor das Volk muss. Selbstverständlich, und hier gibt es keinen Zweifel, muss eine solche Vorlage vor das Volk. Veränderungen führen zwangsläufig zu Herausforderungen. Je einschneidender die Veränderungen sind, desto schwieriger wird es auch, Aussagen zu machen wie die Zukunft sein wird. Es ist klar, dass es Risiken gibt. Aber es ist auch klar, dass es Chancen gibt. Niemand von uns hier weiss, wie die nächsten 10 bis 20 Jahre aussehen werden. Niemand. Das müssen wir anerkennen. Niemand von uns kann verlässliche Aussagen machen. Ich erinnere einfach an ein Beispiel. Vor zwei Jahren ist der schöne Bundesstaat Schweiz von einem Herrn Muhamar Ghaddafi an der Nase herum geführt worden. Dieser Herr sass so stark in seinem Sattel, dass die Schweiz wirklich stümperhaft aussah. Wer hätte gedacht, dass er ein Jahr später um sein Überleben kämpft und er dann vor etwas weniger als einem Jahr einsam in einem verlassenen Loch stirbt? Niemand weiss, was in den nächsten Jahren passieren wird. Das ist ein dramatischer Vergleich. Aber wir wissen nicht was passiert. Jetzt kommt die entscheidende Frage für uns: Wie reagieren wir auf diese Herausforderungen und Veränderungen? Das ist nicht so ein Geheimnis. Wir sind ja Menschen und reagieren sehr menschlich. Hier gibt es menschliche Verhaltensmuster, die alle bestens erforscht sind. Zum Beispiel aus verschiedenen Bereichen, Verkehrspsychologie oder was auch immer. Veränderungen machen Angst. Ich weiss nicht, wie es heraus kommt. Etwas kann sich ändern. Markus Ammann hat es schon gesagt: Angst lähmt. In ihrer schlimmsten Form werde ich unbeweglich. Ich kann nichts mehr machen und bin wie ein Kaninchen vor der

Schlange. Ich will ja nichts ändern. Eine andere Möglichkeit ist, auf Hurra-Optimismus zu machen. Oder wenn man nicht klare Aussagen machen kann, greift man zu sogenannten pseudowissenschaftlichen Methoden. Dann nimmt man die Wünschelrute hervor, fängt an zu pendeln, schaut in die Kristallkugel, Tarot-Karten oder liest, wie es Ernst Zingg gesagt hat, Kaffeesatz. Eine andere Variante ist, sich in Detailwissen zu verbeissen. Ich will hier und dort noch etwas mehr wissen. Ich will noch wissen, wie der Steuersatz ist und noch etwas zu den Sozialfällen, Rankings und perfekter Verwaltung, und habe das Gefühl, damit kann ich die Zukunft, die uns bevorstehenden Herausforderungen irgendwie bewältigen. Noch eine Möglichkeit: Man ignoriert diese Probleme einfach, will es nicht wahr haben und schliesst die Augen. Das kann man auch. Das ist typisch menschliches Verhalten. All das passiert auch hier. Oder man kann sich auch auf die eigenen Stärken besinnen und die Herausforderung annehmen. Man kann sagen: Jawohl, ich kann dies bewältigen. Wir können dies mit unseren Stärken bewältigen. Für den letzten Weg haben wir uns in der Fraktion entschieden. Den haben wir genommen. Es ist eine bekannte Angewohnheit von Menschen, dass sie, wenn sie im Verkehr unter Druck geraten, den Weitblick verlieren. Das kann man im Verkehr gut merken. Wenn irgendetwas vorbei rauscht, ist der Blick ganz nah und eng. In dieser Situation sollte man eigentlich weit nach vorne schauen, kann aber nicht, weil man wegen Druck und Angst nur noch in die Nähe sieht. Das ist der sogenannte Tunnelblick. Wir als Parlamentarier haben die Aufgabe, nicht den Tunnelblick zu nehmen, sondern den Weitblick zu behalten. Der Weitblick ist unsere Aufgabe. Worum geht es? In the long run. Das macht die Vorlage des Stadtrates exzellent. Hier muss ich dem Stadtrat einfach ein Kränzchen winden. Er hat in diesem ganzen Prozess hervorragende Arbeit geleistet, zusammen mit den drei anderen Partnergemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen. Die ganze Steuergruppe hat dies hervorragend gemacht. Besser, viel besser kann man dies nicht machen. Das muss man dem Stadtrat ehrlicherweise attestieren. Das tun wir auch. Der Stadtrat hat souveräne Arbeit geleistet und auch das Anliegen der Leute und der Bevölkerung aufgenommen. Aber es ist so. Wie gut wir dies auch prüfen wollen, und der Stadtrat hat nach bestem Wissen und Gewissen alles geprüft und probiert, Auskunft zu geben. Aber es bleibt: Eine Fusion ist selbstverständlich kein Selbstläufer. Wir werden alle gefordert sein. Aber das Schicksal liegt in unseren Händen. Nicht irgendjemand bestimmt darüber, sondern wir selber. Es gibt neben den Risiken eben Chancen. Wie wir in Zukunft handeln werden, bestimmt im Wesentlichen unseren weiteren Weg. Niemand weiss, wie sich die Zukunft entwickeln wird. Das gilt für Olten mit wie auch ohne Fusion. Niemand weiss es und kann die Zukunft voraus sagen. Wir besinnen uns jetzt auf unsere Stärken und bewährte Prinzipien. Welche Sachen sind dies? Ich fange bei den Prinzipien an. Zwei oder drei Freunde sind besser geeignet, sich der Herausforderung zu stellen als einer allein. Das ist ein bewährtes Prinzip. Das machen wir privat. Zusammen mit Freunden kann ich das Leben besser bewältigen als allein. Das Gleiche machen wir mit der Stadt: Zusammen mit Freunden. Gemeinsam lassen sich Herausforderungen besser bewältigen. Zweitens: Auf bewährte Partnerschaften bauen. Das ist ein Prinzip. Die Partnerschaft mit Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen hat sich in der Vergangenheit bewährt. Das Vertrauen, das Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen uns schenken, ist spürbar geworden, auch in ihren klaren Voten zum Eintreten. Sie schenken uns ihr Vertrauen und legen ihr Schicksal in unsere Hände. Dabei geben sie klar ein Stück Autonomie ab. Das ist ein wertvolles Kapital. Vertrauen ist das Grundelement erfolgreicher und tragfähiger Beziehungen sowohl privat wie auch zwischen Gemeinden. Mit Vertrauen ist es so eine Sache. Mit dem Vertrauen verhält es sich dynamisch. Vertrauen wächst und es welkt, ja es schwindet sogar innerhalb weniger Sekunden, auch wenn das Vertrauen über viele Jahre sehr hoch war. Vertrauen ist ein sensibles Kapital und verschwindet recht schnell, vor allem, wenn man Partner quasi im negativen Licht darstellt, wie es zum Teil heute noch gekommen ist. Welches sind aber unsere Stärken? Wir sind finanziell gut aufgestellt und prägen unsere Gemeinde auch in Zukunft. Der Sprecher der Grünen, Felix Wettstein, hat es vorher gesagt: Zu sieben Achtel prägen wir auch die neue Gemeinde. Wir prägen finanziell auch die neue Gemeinde Olten plus. Olten, und das ist eine Stärke, hat in den vergangenen Jahren, Jahrhunderten, hervorragende Persönlichkeiten hervor gebracht und produziert. Olten hat ein Riesenpotenzial an guten Leuten. Leute, die Bundesratsformat haben. Gerade der soziale Mix in unserer Stadt hat diese innovativen Leute hervor gebracht. Olten war immer eine offene Stadt. Olten hat gelernt, sich neu zu erfinden. Das ist das Beispiel des 19.

Jahrhunderts mit dem Bahnhof Olten, der Centralbahn, und ganz im Gegensatz zu Solothurn lautet eben das Oltner Lied nicht: „Es liit es Schtedtli wunderschön am blauen Aarestrand“. Das ist nicht das Oltner Lied, sondern es ist im Gegenteil: „Es esch no nie so gsy“. Olten erfindet sich neu. Aus all diesen Gründen sind wir in der Fraktion, wenn auch einige pragmatisch, andere eher kritisch, andere wieder begeistert und wieder andere klar überzeugt zur Einsicht gekommen, dass die Chancen in dieser Vorlage die Risiken bei Weitem übertreffen, und so stimmen wir als Fraktion nicht nur dieser Vorlage zu, sie an die Urne zu bringen, sondern empfehlen sie auch als Fraktion mit der grösstmöglichen Grossmehrheit. Sollte wider Erwarten der Maya-Kalender doch noch recht haben, dass das düstere Zukunftsszenario eintrifft, dass am 21. Dezember Schluss ist, passiert es mit oder ohne Fusion.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Ich hoffe nicht, dass es so weit kommen wird.

Myriam Frey Schär: Ich möchte als Exil-Trimbacherin noch etwas ganz Kleines anfügen, das mir etwas unter den Nägeln brennt. In der Debatte um die Fusion hatte ich manchmal ein wenig Mühe mit dem Ton. Gewisse Leute haben sich auf eine herablassende Art gegenüber Trimbach geäußert und haben sich einfach etwas im Ton vergriffen und nicht nur, wenn von der hässlichen Braut gesprochen wurde. Ich nehme mir an dieser Stelle stellvertretend für alle Oltnerinnen und Oltner, egal ob für oder gegen die Fusion, die wissen, wie man anständig mit einem Nachbarn umspringt, heraus, mich in aller Form von solchen abwertenden Aussagen zu distanzieren.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Als Vertreterin von Olten kannst Du sonst hier vorne Platz nehmen.

Doris Känzig: Wenn ich bei den Grünen wäre, würde ich mich jetzt ärgern, weil ein Teil des Erholungsraumes um Olten herum in nächster Zukunft verschwindet. Da die SVP aber im Logo auch Grün hat, mache ich es jetzt trotzdem. Zurzeit überbaut man ja in Olten die letzten grünen Flächen, und auf beiden Aareseiten sind wir froh, dass wir noch Wald haben, den man zum Glück nicht überbauen kann. Nach der geplanten Fusion will man diese Bauentwicklung in den Erholungszonen von Hauenstein-Ifenthal und Wisen weiter führen. Das drängt sich ja, wie wir gehört haben, auf, weil das neue Olten längerfristig zusätzliche Steuerzahler braucht. Ob dann dort gute Steuerzahler bauen, sei dahin gestellt. Die Nachfrage nach Bauland in den neu entstehenden attraktiven Oltner Wohngebieten wird jedenfalls steigen. Ohne die Fusion hätten wir aber dort weiterhin vermehrt das altbekannte Wander- und Erholungsgebiet. Wir zahlen einen hohen Preis, wenn wir mit der Fusion unseren letzten Erholungsraum opfern. Nach der letzten Volksabstimmung kennen wir ja die Meinung des Schweizer Volkes, und wir wollen doch nicht, dass die Oltner jetzt anfangen, in Wisen Zweitwohnungen zu bauen.

Gert Winter: Mittlerweile grassiert das Fusionsfieber nicht nur im Stadtrat, sondern auch in Teilen der lokalen classe politique. Das ist umso erstaunlicher, als das Hauptziel jeder Gemeindefusion, bessere Leistungen zu günstigerem Preis erhältlich zu machen, mit der vorgesehenen Gemeindefusion, jedenfalls für die Einwohnerinnen und Einwohner von Olten, nicht erreichbar ist. Dementsprechend wird dies mit der Motion Hodonou richtigerweise angestrebte Ziel von Beginn an verfehlt. Trotzdem will der Oltner Stadtrat an der Fusion festhalten. Wenn wir einmal vom Machtzuwachs bei der Exekutive von Gross-Olten absehen, der übrigens aus Sicht der SVP nicht wirklich wünschenswert ist, ergibt sich für die Oltnerinnen und Oltner alles andere als eine erfreuliche Perspektive. Wie immer wird letztlich ihnen die Rechnung für eine verfehlt Politik präsentiert. Absehbar ist unserer Meinung nach, dass sich eine Fusion mittelfristig in einer vergleichsweise höheren Steuerbelastung als bei einem Alleingang niederschlägt. Eine gewisse Negativspirale wird nach der Fusion durch zunehmend ausufernde Begehrlichkeiten und abnehmender Konnex zwischen Steuerbeitrag und Gemeindeleistung verstärkt. Diese Verschlechterung der Standortbedingungen im heutigen Olten wird kaum zur wirtschaftlichen Blüte des regionalen Zentrums beitragen.

Derartige Hoffnungen, wie sie im Zusammenhang mit der Fusion ohne nachvollziehbare Begründung oft zu hören sind, haben lediglich illusorischen Charakter. Dazu gibt es auch ökonomische Studien, die das für die grosse Mehrzahl aller Gemeindefusionen empirisch belegen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die im Internet abrufbaren Papiere von Professor Rainer Eichenberger von der Universität Freiburg, der seine Brötchen im Übrigen nicht als Fusionsberater verdient und bessere Alternativen zu Gemeindefusionen aufzeigt. Letztere erfreuen sich bei Politikern jedoch ganz selten grosser Beliebtheit. Umso mehr werden wir uns als bürgerliche Partei für den Status quo als Win-win-Situation für die Stadt und ihre Bewohner einsetzen.

Marcel Steffen: Ich muss gleichwohl noch kurz ein Wort an unsere bürgerlichen Kollegen los werden. Es ist immer lustig, wie Ihr die Steuerprozentdiskussion ins Feld führen könnt, wenn es Euch gerade in den Kram passt. Ich habe immer gemeint, wir würden dies erst im November tun. Jetzt ist sie scheinbar schon im März am Zug. Es ist richtig und Ihr habt uns hier nichts unterstellt, dass wir gesagt haben (und wir waren mit den Linken im gleichen Boot, was ganz schlimm ist) dass man, wenn dann irgend einmal etwas passiert, und das muss nicht nur eine Fusion, sondern kann auch sein, wenn irgend ein Steuerzahler nicht mehr hier ist, überlegen muss, was man genau macht. Das haben wir gesagt. Ich schätze Euch auch so weise ein, dass Ihr nicht auf 95 % unten bleiben wollt, wenn etwas passiert. Schämen muss man sich fast, wenn man hört, wie hier geredet wird. Zum Glück sind wir am Schluss an der Reihe. Ich weiss nicht, ob es so deutlich heraus gekommen wäre, wenn Trimbach erst nach unserer Debatte an der Reihe gewesen wäre. Es ist wirklich traurig. Ich weiss nicht, ob man noch einen Antrag für eine Mauer, die man beim Spital aufstellen könnte, stellen muss. Das muss ganz gefährlich sein, wie ich heute gehört habe. Die bösen Trimbacher mit den vielen Sozialfällen. Hört doch endlich mit solchen Sachen auf. Welches Gefühl habt Ihr? Sie sind schon hier. Sie kommen auch in die Stadt und leben schon hier in unserer Region. Nutzen wir diese Chance und nehmen sie mit uns ins Boot und schauen, wie wir gemeinsam weiter kommen, wenn es wirklich so schlimm ist. Worum geht es? Ich darf doch heute Abend nicht nein sagen. Es geht doch darum, dass wir 50 Leute hier eine Last auf der Schulter haben, die auf mehr Schultern verteilt werden kann. Lasst den Souverän entscheiden. Macht doch jetzt diesen Schritt und sagt hier ja, damit man dies am 17. Juni endlich vor das Volk bringen kann. Dann schauen wir, wie das Volk entscheidet. Wir sind hier auch schon falscher Meinung gewesen. Wir haben auch schon gemeint, wir hätten einen historischen Kompromiss und dann ist es anders heraus gekommen. Vielleicht wird es ja hier auch so. Wichtig ist einfach, dass wir hier heute die Weichenstellung für die nächsten 20 bis 50 Jahre machen. Das sollte man vielleicht schon etwas auf den Souverän verteilen, wenn man eine solche Weichenstellung macht.

Anna Engeler: Ich muss gleichwohl noch auf die Ausführungen von Doris Känzig reagieren. Selbstverständlich ist uns Grünen der Schutz unserer Naherholungszonen wichtig. Aber wir haben eben das Gefühl, dass wir genau mit dieser Fusion die Chance haben, durch eine gemeinsame Planung, dadurch dass wir nicht mehr überall sämtliche Zonen haben müssen, dies genau besser erreichen. Man kann den Unterlagen auch entnehmen, dass die Zonenplanung gemacht ist. Es gibt nicht plötzlich mehr Bauland, nur weil wir jetzt fusionieren. Wir erwarten auch nicht, dass es plötzlich einen Aktionismus in der „Häuschen-Bauerei“ in den Aussengemeinden, unseren Partnergemeinden, gibt. Nicht sämtliche Stadt-Oltner warten darauf, dass man fusioniert, damit sie dann ein Häuschen in Wisen bauen können. Es gibt noch ganz andere Gründe, weshalb man zentrumsnah wohnen will, als jetzt eben die Steuerdebatte. Wir erwarten uns durch diese Fusion vor allem ein verdichtetes Bauen mit unserer Partnergemeinde Trimbach und dass wir eben dort diese Leute mehr hätten, die genau die Zentrumsnähe schätzen und man nachher in einer halben Stunde in sämtlichen Zentren der Schweiz ist. Wir haben für dieses Wachstum in diesen zwei Gemeinden auch genug Platz. Wenn man nur schon bedenkt, dass man einen Grossteil von dem, was man an mehr Leuten haben müsste oder anziehen möchte, schon allein über Olten SüdWest abdecken kann. Deshalb denken wir, dass sich dieses Problem eigentlich durch die Fusion eher lösen lässt als es sich verschärft.

Dr. Arnold Uebelhart: Die Generäle haben jetzt ein wenig geredet und uns etwas erklären wollen. Es ist nicht immer ganz einsichtig gewesen. Jetzt kommen etwas die Topreiter, die Schildträger, die helfen, Leserbriefe schreiben und einen Kampf machen müssen. Es wird wahrscheinlich die bürgerlich-liberale Mitte sein. Gegen den liberalen Aufbruch wird dann wahrscheinlich gestimmt werden. Ich habe ein paar Argumente gehört. Propagandaaktionen. Der Stadtrat hat ein Blatt, wo er uns zeigt, dass es nicht eine Propagandaaktion ist, die durch Herren bezahlt werden muss, die in Nacht und Nebel Koffer mit hunderttausenden Franken herum schleppen und solche Propaganda machen müssen. Das ist eine ehrliche, offene Sache. Steuern: 5 %, Urs Knapp, wie viel Steuern bezahlst Du mehr, wenn Du 5 % mehr zahlen musst? Zahlst Du einen Rappen, 800 oder 900 Franken? Wahnsinnig. Der Durchschnitt zahlt Fr. 2'835.—, 5 %, etwa hundert Franken mehr Steuern, wenn sie um 5 % erhöht werden. Die liberale Partei, Aufbruchpartei, 5 % mehr, für uns ist ein Projekt gestorben. Also. Nächster Punkt, gewaltig, Sozialstruktur: Ich finde dies nicht richtig. Ich kenne viele Leute aus Trimbach. Es kommen auch viele aus Olten. Viele kommen nach Olten einkaufen. Ich kenne Oltner und Wisner, die sagen: Also, Ihr wollt uns ja offenbar nicht. Dann gehe ich halt nach Aarau. Ich gehe nach Egerkingen. Okay. Wenn Ihr Euch so blöd verhaltet, dann, und das habe ich wirklich schon gehört, einfach die Kränkung, die wir nach aussen geben. Es ist klar, dass Christian Werner viele Ausländer sieht, weil er sie sucht. Tatsache ist, dass die sogenannten Sozialfälle von insgesamt Olten 6 % zunehmen werden. Wir bleiben bei den Fakten. Facere. Gemacht. 6,2 %. Welche Argumente sind dies. Sie bringen natürlich dann den Leserbriefen die aufklärerische Art. Raumplanung: Hier hat Felix natürlich schon auch recht. Man kann weiter planen. Es muss nicht jede Gemeinde für sich schauen. Zur Nebelgrenze: Felix hat 800 Meter. Wisen ist, Fakten, 682 Meter. Du musst also auf den Wisenberg hinauf gehen, wenn Du die Sonne sehen willst. Fakten, Zahlen sind wirklich sehr wichtig, und man kann sie eben drehen. Diejenigen, die sie bringen, können sie drehen. Noch zu den Fusionen: Glarus wissen wir. Es scheint sehr zu funktionieren. Jedenfalls hat es mir sehr gut gefallen. Ich habe nicht gemerkt, dass die Leute plötzlich mit Rucksäcken herum laufen, picknicken müssen und nicht mehr viel los ist. Jura Freiberge hat die 10'000 abgelehnt. Im Kanton Bern gibt es etwas sehr Interessantes. Hier ist offenbar eine Vorlage im Grossen Rat. Es soll 39 gemäss Amtsbezirke des alten Bern geben. Man sagt, das sei immer ein starkes Zentrum und eigentlich die Zukunft, weil die Aufgaben für die Gemeinden so komplex seien, dass die hoch gelobte freiwillige Arbeit einfach nicht mehr funktioniere. Ich weiss von einem Gemeindepräsidenten in Wittlinsburg BL, der mit mir verwandt ist, der einmal in Olten die Sozialen Dienste angerufen hat, weil er nicht wusste, was er machen sollte. Ich habe ihm gesagt, er solle einmal Herrn Müller fragen. Die Fälle sind komplex. Die Freiwilligen sind überfordert. Dann muss man nach Liestal gehen, also zentralisiert. Kleine Gemeinden, die nicht fähig sind, zentralisieren die Kantonsverwaltung. Das ist ein Fakt. Im Kanton Bern geht es nach den Amtsbezirken. Vielleicht sind Amtsbezirksregierungen wirklich die Zukunft. Sie können die Fälle besser lösen und sind dadurch auch autonomer. Die Gemeinde wird autonomer, indem sie grösser wird. Das ist vielleicht ein schwieriger Gedankengang. Aber es ist wirklich so. Hier wird auch geschrieben: „Wie liesse sich die Gemeindeautonomie besser stärken? Die Regionalverbände, undemokratische kommunale Kooperation, können abgeschafft werden. Die komplizierten Finanzflüsse, der Finanzausgleich kann aufgehoben werden“. Ich glaube, an der Parteiversammlung FdP waren 17 Personen. Ich würde jetzt sagen: Olten ist eine Braut, die sich traut. Es ist auch ein Bauchentscheid, und ich freue mich auch in einer grösseren Gemeinde, wenn ich vielleicht noch einmal komme, Gemeinderat zu sein und mit zu arbeiten.

Daniel Schneider: Urs Knapp, herzlichen Dank, dass Du überhaupt noch bei uns wohnst. Du hättest Gelegenheit, mit fünf Minuten Umzug auf Rang 158 oder 303 vorzustossen. Du müsstest nur die Kantonsgrenze überwinden. Das machst Du bei der Arbeit ja eigentlich jeden Tag. Ich persönlich würde Dich grausam vermissen. Das muss ich sagen. Etwa so, wie ich die grossen Würfe der FdP vermisse. Diese gibt es nämlich nur bei Steuersenkungen. Sonst seid Ihr relativ fantasielos. Es würde mich schon interessieren, was Ihr letzten Samstag gemacht habt. Ausser Bratwürsten gegessen wahrscheinlich nicht viel. Ich teile aber etwas mit Dir, nämlich dass es in der heutigen Struktur wirklich Verbesserungspotenzial gibt. Genau das ist eben die Chance, dass wir dann die Gesamtrevision anpacken können

und zwar in der Politik, in der Verwaltung, das heisst Stadtrat, uns bei uns auch. Hier ist tatsächlich eine Auffrischung notwendig. Das ist genau die Chance, die wir anpacken können, mit einer neuen grossen Struktur. Dann kann man vielleicht auch über Stärke reden. Wir könnten interessanterweise auch einen guten Steuerzahler zurück holen, nämlich Nussbaum, die nach Trimbach siedeln musste, weil wir für gute KMUs einfach keinen Platz mehr haben. Wir könnten sie zurück holen und damit auch die Steuern. Wir bekämen dann auch noch diejenigen der Velux und Glas Trösch. Es gibt zahlreiche kleine Firmen, die in Trimbach ansässig sind. Die raumplanerischen Fehläusserungen von Doris Känzig finde ich einfach so dane-ben. Die Bauzone wird sich nie in die Juraschutzzzone ausweiten. Entschuldigung: Das ist einfach unwahr. Sagen wir es einmal so. Ich denke, es gibt jetzt ein Verdichtungspotenzial zu füllen. Das wird übrigens von anderswo befohlen als von diesen Damen und Herren hier vorne. Das wird von oben befohlen. Es wird keine Ausweitungen von Wohnzonen mehr geben. Zuerst wird verdichtet. Das ist auch bei uns in der Stadt dringend nötig. Ich unterstütze die Aussage von Felix betreffend Bornfeld. Das dürfte die allerletzte Fehlleistung sein. Wir haben ganz viele Sachen, die wir anpacken können. Zu dieser Situation müssen wir ja sagen respektive müssen dem Volk das Ja überlassen: Je nach Propaganda wird es stärker oder weniger stark ausfallen. Ich glaube daran, dass es positiv ausfallen wird und wir eine gemeinsame Zukunft anpacken können.

Heinz Eng: Ich habe zwei, drei Bemerkungen zu den Zahlen, Menschen und vor allem zur Führung in diesem Prozess der Fusion, erlaube mir aber zuerst eine ernst gemeinte kurze Anekdote. Ich nehme an, Ihr kennt alle den Kollegen vom Hauenstein. Es ist nicht der Gemeindepräsident von Hauenstein, der hinten sitzt, sondern der Kollege vom Hauenstein wohnt in Olten, ganz in der Nähe in einem Häuschen, nämlich im Naturmuseum. Kürzlich ist ein Bericht von Dr. Peter Flückiger erschienen. Der Kollege vom Hauenstein heisst eigentlich mit richtigem Namen auch Ichtyosaurier. Er ist 70 Millionen Jahre alt und ist in Hauenstein gefunden worden. In diesem Sinne ist er von der Versteinerung her eine internationale Rarität. Er befindet sich im Museum, und wir wollen Museen bauen. Jetzt haben wir aber eigentlich schon Hauensteiner. Stellt Euch vor: Hauensteiner, die in Oltnern Museen, eigentlich mitten unter uns Oltnern, weilen. Sehr wahrscheinlich hat es auch in vielen anderen Museen noch Sachen von den Gemeinden, mit denen wir jetzt fusionieren. Das ist eigentlich der Punkt, den ich hier erwähnen möchte. Die Vernetzung und Kontakte mit diesen Gemeinden haben wir ja bereits jetzt. Man spricht immer von der Braut. Ich bin sicher, dass schon eine Trimbacherin einen Oltnern geheiratet hat oder umgekehrt oder Wisen usw. Dieser Punkt ist mir auch noch wichtig, sei es von „Wofür machen wir den Museumsneubau? Man will ja irgendwie noch den Turmbau zu Babel machen sprich den Wolkenkratzer bauen. Das finde ich eine gute Idee. Diesen baut Olten eben auch für die Region und nicht nur für uns Oltnern selber. Gleich ist es auch mit dem Umbau des Eisstadions. Hier hat es viele Leute. Ich freue mich auch immer, wenn ich sie bei den Matches des EHC Olten sehe. Dort steht der Starrkircher neben dem Kappeler, Hägendorf, Trimbacher, Wisner usw. Dann sind wir alle Oltnern. Auch die Stadien werden für die Region gebaut. Hier bin ich nicht mit den Vorrednern einverstanden, die sagen, dass die Region, Olten mit der Fusion geschwächt wird. Nein, Olten baut für diese Region, Olten denkt für diese Region, Olten lenkt diese Region, und Olten muss diese Region führen und diese Agglomerationen muss Olten näher an sich binden, ganz nach dem Motto „regional denken, lokal handeln“. Zu den Zahlen, Fakten und Daten möchte ich wirklich nicht allzu lange werten. Ich halte es mit Winston Churchill. Er hat einmal gesagt, er glaube keiner Statistik oder keinen Zahlen ausser denjenigen, die er selber gefälscht habe. Wir werden im Jahr 2024 genau wissen, wie der Steuerfuss respektive die Schulden sind, die uns für das Jahr 2023 prognostiziert werden. Volkswirtschaftlich werden die Modelle auf empirischen Daten gemacht. Im Jahr 2024 wird das entsprechende Modell vorliegen. Zur Führung selber: Eine solche Fusion braucht Führung. Es braucht Menschen und auch Leute, die damit umgehen können. Ein Führungsgrundsatz ist auch „penser l'impensable“, das Udenkbare denken. Bis jetzt haben alle Vorredner einfach das Denkbare, das Machbare gedacht. Aber man muss auch denken, dass es plötzlich gut kommen kann. Vielleicht gibt es im Jahre 2017 Ereignisse, die eintreffen, wo das Ganze auch von der Finanzkraft wieder anders aussieht. Auch diesen Punkt darf man nicht ganz ausser Acht lassen. Was ich etwas bedauere, und ich muss sagen, dass es einen kleinen Wermutstropfen gibt, weil unser ganzes Staatenwesen auch auf der Bundesverfassung

aufgebaut ist, dem Zweckartikel 2, der heisst: „Die Eidgenossenschaft fördert die gemeinsame Wohlfahrt, nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes. Diesen Zweckartikel können natürlich die Kommunen oder kleinen Gemeinden besser erfüllen als grosse Gebilde. Das ist übrigens auch die Erfolgsgeschichte des ganzen Bundesstaates. Gleichzeitig ist dies aber auch die Motion und Entrée, beim OK Fusion Olten plus mitzumachen, für mich gewesen, dass genau auf diesen Zweckartikel gestützt die Patrioten geschaffen werden, dass man diesen auch in einer grösseren Gemeinde nachlebt, den Quartieren und Vereinen die entsprechende Unterstützung zukommen lässt. Voilà, ich könnte jetzt noch viele Sachen sagen. Ich glaube, heute Abend sind die Meinungen klar. Es geht einfach darum, dass man sich hier gegenseitig noch etwas austauscht. Grosse Bewegung wird nicht hinein kommen. Lassen wir das Volk schliesslich entscheiden. Vielleicht noch etwas von den Menschen her: Für mich kommen nicht steuergeldfressende Monster von Hauenstein-Ifenthal, Wisen und Trimbach. Für mich sind es in erster Linie Menschen, die kommen. Es wird an der Führungsverantwortung liegen, den Prozess nachher richtig zu steuern, damit es gut kommt.

Dr. Markus Ammann: Ich möchte gleichwohl noch etwas sagen, auch wenn ich dem Votum der FdP damit fast etwas zu viel Ehre erweise. Es hat für mich eine Denkweise entlarvt, und in diesem Sinne danke ich eigentlich auch für das Votum. Ich bin nämlich sicher, dass diese Argumentation eher für eine Fusion geredet hat. Scheinbar fehlen einfach bessere Argumente, wenn man von gestellten Parteigutachten, von einer bösen CVP und den blind folgenden Linken sprechen und den Nachbarn schlecht machen muss., wenn man ein einseitiges – ich sage jetzt auch – Machwerk eines Benchmarkings heran zieht, wenn man mit dem Wort Gross-Olten Ängste auslösen will, wenn man von Utopien fantasiert. Am Schluss habe ich wieder das Gefühl, es bleibt nur eine kleine Angst vor dem Verlust im eigenen Portemonnaie. Das Ganze ist fast klassisch nach einem FdP-Konzept – so nehme ich es mindestens wahr – aufgebaut. Wir sind nicht dagegen, aber wir wissen besser, wie man es machen könnte, und deshalb sind wir dagegen. Es ist immer das Gleiche und nicht das erste Mal, dass es so läuft. Dieser Stil ist in meinen Augen nicht nur entlarvend, sondern er ist in vielen Momenten auch verletzend. Ich hoffe, dass diese Art zu politisieren in diesem Parlament keine Zukunft hat.

Daniel Probst: Ich habe ein paar Punkte, der erste ist persönlich und zwar finde ich es nicht gut, wenn man – Markus Ammann hat auch noch darauf gegeben – echt gemeinte Argumente hat, wird man reduziert darauf, dass wir dann diejenigen sind, die Leute anschwärzen, nicht an Menschen sondern an Monster denken. Das ist doch nicht wahr. Man hat richtige Argumente. Wir haben sie vorgebracht. Man kann dagegen sein. Für mich persönlich ist es ein wichtiger Punkt, weil meine Eltern seit längerer Zeit auf dem Hauenstein leben. Sie sind dort aufgewachsen, zur Schule gegangen und dann in Trimbach zur Schule gegangen. Ich habe Verwandte in Trimbach und in Hauenstein. Pro Woche bin ich mindestens zweimal in Hauenstein, einmal auch, wenn meine Kinder einen ganzen Tag dort sind. Ich rede dort oft mit den Leuten. Sie verstehen uns. Wenn wir mit ihnen reden, die Argumente vorbringen, haben sie nicht das Gefühl, dass wir sie als Monster bezeichnen. Sie sagen: Ja, wir an Eurer Stelle würden auch so entscheiden. Jeder hat seine Argumente. Ihr argumentiert, und wir argumentieren. In Hauenstein und Trimbach gibt es sogar Leute, die ich kenne, die sagen: Ich bin dagegen. Themen: Stärkere Zersiedlung. Diese Angst ist da. Ihr könnt schon sagen, sie ist nicht da. Aber sie ist da. Und nicht nur die Angst, sondern konkret an einem Beispiel: Weniger Demokratie, auch ganz konkret. Das ist in diesen Gemeinden ein Thema. Deshalb finde ich, wir können doch hier die Argumente austauschen, ohne dass wir uns persönlich angreifen müssen. Ich werde vermutlich sogar einmal Land erben in Hauenstein. Dann könnte ich ja, wenn ich mich persönlich bereichern möchte, dafür sein, weil der Landwert steigen könnte. Aber wir müssen es doch heute hier aus der Sicht eines Oltners beurteilen. Zur Zersiedelung: Doris hat vorher keinen schlechten Vergleich gemacht. Ich war heute noch kurz im Netz und habe zum Beispiel das Thema der Zweitwohnungsinitiative gesehen. Es ist interessant. Es gibt ja jetzt diese Berggemeinden, vor allem im Süden unserer Schweiz, die mit dem Abstimmungsergebnis ein Problem haben. Was tun sie? Sie fusionieren mit Gemeinden, die daneben liegen. In einem grossen Artikel im Tages-Anzeiger steht, als Reaktion auf die Abstimmung werden die Landreserven jetzt

vergrössert, weil 20 % sicher überschritten sind, so dass nachher in angrenzenden Gemeinden auch noch mehr gebaut werden kann. Das ist eigentlich ein Argument für die Zersiedelung und wird hier auch als Problem beschrieben. Fusionen führen zur Zersiedelung. Das heisst ganz genau einfach auch hier: Wenn wir als Gemeinde grösser werden, wird es eindeutig so sein, dass die Bauplätze, die dort ausgeschieden sind, und das ist ja auch die Idee, sehr schnell verbaut werden. Das gibt mehr Mobilität, mehr Verkehr usw. Das ist ein Argument, das einfach vorhanden ist. Man kann sagen, es ist nicht so wichtig und wir gewichten es vielleicht anders. Aber es ist nicht nicht da. Es ist ganz klar da. Diese Angst haben auch Leute, die dort wohnen. Dann wird vielleicht ein grosses Haus gebaut und es ist möglicherweise gut, solange jemand dort lebt. Aber kauft es dann jemand? Steht es leer? Dann kann man noch nach Starrkirch schauen. Es gibt hier schon Probleme, die ganz real sind, und ich finde, man darf sie auch benennen. Thema Demokratieverlust: Ich bin froh, dass vorher das Beispiel Glarus gekommen ist. Ich bin dem auch nachgegangen. Dort wo ich arbeite, ist der Kanton Glarus ein wichtiger Kanton. Wir haben dies auch etwas verfolgt. Es ist nicht alles gut, was dort läuft. Es gibt durchaus Leute, die sagen: Wir spüren den Demokratieverlust ganz, ganz stark. Durch die Zentralisierung dieser Gemeinden, von denen es nur noch die drei Nord, Glarus und Süd gibt, hat es eine Professionalisierung der Gemeinden gegeben. Das ist klar. Die zentralen Stellen gehen nicht mehr zu den Leuten hinaus, sondern man hat ganz klar das Gefühl, dass die Leute dort einen Verlust haben. Sie haben auch gesagt, dass an Abstimmungen und Diskussionen weniger Leute teilnehmen, weil man irgendwie das Gefühl hat, die Leute im Zentrum interessieren sich ohnehin nicht für uns. Diese Angst ist zum Beispiel bei Aussengemeinden vorhanden. Das ist auch ein Fakt. Hier können wir nicht sagen: Das ist nicht so schlimm usw. Sprecht mit diesen Leuten. Viele meiner Verwandten wohnen dort, und wir haben viel darüber geredet. Das muss man ernst nehmen. Dann gibt es noch einen letzten Punkt, den ich spannend finde. Ich habe bei den Kantonen Graubünden und St. Gallen etwas nachgeforscht. Christian Werner hat ganz am Anfang erwähnt, dass es verschiedene Studien über Gemeindegrössen gibt, welches die beste, effizienteste Grösse einer Gemeinde ist. Der Kanton Graubünden hat dies gemacht und kommt dort auf eine optimale Grösse einer Gemeinde von 5'000 bis 6'000 Einwohnern für seine Zentrums Gemeinden und 1'200 bis 1'400 Einwohner für ländliche Gemeinden. Warum? Man hat festgestellt, dass Kleinstgemeinden tatsächlich Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen. Auch die Kosten der Verwaltung pro Einwohner sind relativ hoch. Dann nimmt es bis zu einem gewissen Punkt zu und man merkt, dass es, wenn die Professionalisierung zu stark zunimmt, wieder hinunter geht. Das ist wirklich die Problematik. Deshalb ist es nicht so, dass eine Stadt, die einfach grösser wird, grösser gleich besser ist. Da können wir auch gleich mit Frankreich, Deutschland und Italien fusionieren. Je grösser, desto besser. Es gibt eine optimale Grösse, die klar tiefer ist als Olten, ist etwa da, wo Trimbach heute ist. Es ist richtig, dass Wisen und Hauenstein einen Weg finden müssen.

Roland Rudolf von Rohr: Ich bin tendenziell dafür, aber nicht mit voller Überzeugung, und muss noch zwei, drei Antworten haben, vor allem – Ihr werdet nicht überrascht sein – in finanzieller Hinsicht. Es gibt wirklich wenig Argumente, dafür zu sein. Aber ich denke, es gibt auch ganz wenige, dagegen zu sein. Tendenziell bin ich einfach nach wie vor dafür, auch in Anbetracht dessen, was wir früher gesagt haben und zu dem ich immer noch stehe. Ich glaube, dass man eine gewisse Steuererhöhung akzeptieren darf, nur man es wissen. Ich weiss es oben noch nicht richtig. Wenn ich Ernst Zingg am Anfang richtig verstanden habe, kämen die 103 Steuerprozente bei den natürlichen Personen für Olten ohnehin. Wenn es so ist, kann ich dies durchaus nachvollziehen. Dann müsste ja im Finanzplan, den wir haben, irgendetwas passiert sein, entweder mehr Einnahmen, weniger Ausgaben oder dann ändert etwas bei der Schuld. Das möchte ich noch gerne wissen und könnte dies dann wahrscheinlich auch durchaus nachvollziehen. Aber ich möchte wissen, was die Fusion kostet. So kann ich mich nachher auch richtig entscheiden. Ich stimme nicht nur ja, weil ich leicht dafür bin. Ich stimme vor allem ja, damit das Volk entscheiden kann, denn dies ist etwas ganz Wichtiges.

Thomas Rauch: Ich möchte nur kurz Markus Ammann eine Replik geben und zwar finde ich es schon wesentlich zu realisieren, dass es mehr Distanz zum Staat gibt. Das ist Punkt 1. Punkt 2 einfach zur Erinnerung: Die Schweiz bekennt sich zu einem föderalen Konzept und

das Erfolgsmodell ist, dass der Bürger sehr nahe beim Staat ist. Bezüglich SP-Positionen möchte ich einfach in Erinnerung bringen, dass eigentlich Selbstverwaltung dort immer sehr gross geschrieben wird. In Analogie an die Energieversorgung hat man jetzt eigentlich jahrelang beim Thema Nuklear bei Grün und SP gesagt, es brauche eine dezentrale Powergeneration. Das ist das Effizienteste. Man kann auch dies brauchen, um sie zu vergleichen. Auf Unternehmensebene, wo Fusionen auf dieser Seite auch immer schlecht ankommen, würde ich einfach noch ins Feld werfen, dass es doch so ist, dass die erfolgreichsten Firmen, die ich kenne und die global sind, in der Regel die ganze Finanzverwaltung, ich meine die Verantwortung für die Zahlen, immer vor Ort erledigen. Das ist eigentlich, was sich bewährt, mit hoher lokaler dezentraler Entscheidungskompetenz. Es stärkt das Sparpotenzial in diesen Niederlassungen, insbesondere wenn die Mitarbeiter noch am Erfolg beteiligt sind, wesentlich. Das heisst, wenn man die Entscheidungen und die Betroffenheit möglichst dezentral gibt, ist in diesem Sinne die grösste Effizienz gegeben. Ich weiss, dass dies bedingt vergleichbar ist. Es gibt Analogien. Wir sind hier zwischen Wisen und Olten gleichwohl relativ kleinräumig. Aber ich möchte diese Punkte einfach etwas entschärfen, dass man der FdP in diesem Sinne anwirft, wir wollten einfach im Portemonnaie die fünf Prozent weniger oder mehr zahlen. Es kann ja ganz wenig mehr oder viel mehr sein. Das ist mir in diesem Sinne eigentlich wichtig. Ich sage: Grundlegend geht es ein Stück weit darum, ob der Bürger mehr oder weniger Distanz zum Staat haben soll. Jetzt ist einfach die Frage, ob es hier zwischen Wisen und Olten ein Kriterium ist. Die Schweiz hat ein föderales Konzept.

Felix Wettstein: Ich möchte an Daniel Probst anschliessen und bin froh, dass Du vorher betont und selber glaubhaft zum Ausdruck gebracht hast, mit welcher Stimmung es angesagt ist, dass wir miteinander reden. Ich glaube, dass dies auch die Antwort auf Markus Ammann ist. Wenn wir einen anderen Stil wollen, als einander Dreck anzuwerfen, müssen wir erstens über uns selber, über unsere Überzeugungen reden und nicht unbedingt über das, was die anderen daneben tun. Zweitens müssen wir zwischendurch schauen, ob wir etwas haben, das gemeinsam ist. Die Sorge, dass es raumplanerisch mit der Zersiedelung wirklich ein zweischneidiges Schwert ist, teilen wir. Für uns sind zwei Sachen ganz wichtig. Erstens, was aus den Unterlagen hervor geht: Es ist wirklich nicht gedacht, dass die ausgewiesenen Erweiterungsmöglichkeiten, namentlich die 20 Einfamilienhausbauplätze in Hauenstein und 30 in Wisen, ausserhalb der heutigen Zonen sein sollen oder dass es die heutigen Bauaussengrenzen ausdehnen soll. Wir haben in diesen beiden Gemeinden, übrigens auch noch an gewissen Orten in Olten, innerhalb der Siedlungen Lücken. Es ist eine wichtige Botschaft, dass wir eher die Möglichkeit haben, wirklich zu verdichten. Verdichten heisst nicht, dass wir nachher überall Hongkong haben, sondern es heisst, dass wir näher an eine normale Ausnützungsziffer heran kommen, dort wo wir heute eben so flächenverbrauchend zu grosse Abstände haben. Es ist einfach auch nicht schön. Ich weiss nicht, ob Ihr das schön findet. Aber ich finde es schöner, wenn eben angemessen dicht gebaut wird. Im ganzen Kanton haben wir diese Zahl. 19 % der eingezonten Gebiete sind nicht genutzt und nicht bebaut. Ich weiss nicht genau, wie die entsprechenden Zahlen in unseren vier Gemeinden sind und ob man es so genau auf die Prozente ausgerechnet hat. Innerhalb von Olten kann man mit Sicherheit sagen, dass diese Flächen inzwischen grösser als 19 % sein dürften. Beim nächsten Traktandum 10.1 haben wir schon eine erste Möglichkeit, um hier ein Zeichen zu setzen, dass es uns ernst ist, dass wir bei diesen Flächen, die eben verfügbar sind, aber heute schlecht oder nicht genutzt sind, sei es für Wohnen, Gewerbe oder Mischnutzung, vorwärts machen wollen. Wir kommen wirklich zum Schluss, dass wir aus dem Plan, aus einer Hand heraus, mit dem Verdichten nach innen, mit der Ausnützung dessen, was planerisch bis jetzt schon vorgesehen ist, weiter kommen, ohne dass man die Aussengrenzen der Siedlungen ausweiten muss. Das ist mir als Erklärung für das, was Doris Känzig gebracht hat, auch ganz wichtig. Es muss kein Wanderweg umgelegt werden. Die nicht bebauten Bauplätze sind noch nicht dort, wo jetzt die Erholungsgebiete sind, sondern es sind einfach die unschönen Baulücken, die wir endlich schliessen möchten.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Danke für diese Diskussion. Ich möchte versuchen, sachlich und vielleicht auch mit einer politischen Wendung dazu, einige Sachen aus der Sicht des Stadtrates zu kommentieren, aber auch gewisse Sachen richtig zu stellen. Zu einem Thema

möchte ich dann auch unserem Finanzverwalter das Wort geben. Es ist ganz wichtig, dass eine sachlich und fachlich präzise Antwort dazu kommt. Es hat sich etwas heraus kristallisiert, was fast zu erwarten war, dass es um Raumplanung und Geld geht. Ich möchte zwei, drei Sachen sagen, angefangen mit Doris Känzig. Es hat tatsächlich in einem Leserbrief einmal geheissen, der Stadtrat von Olten werde sich eine Zweitwohnung in Hauenstein oder Wisen sichern. Ich kann für uns fünf sprechen. Es ist definitiv nicht der Fall, wirklich nicht. Aber das ist ja fast lustig. Es ist so, wie es jetzt auch in gewissen Repliken oder im Pingpong-Verfahren, das Ihr gemacht habt, etwas gesagt worden ist. Raumplanerisch sind wir völlig gebunden. Es wird keinen Quadratmeter mehr Einzonung geben als bis jetzt eingezont ist. Im Gegenteil, wenn wir nicht fusionieren würden. Ich bin fast überzeugt, dass aufgrund dessen, was ich am Anfang gesagt habe, dass im raumplanerischen Bereich mit den 15 Hektaren zu viel Bauland im Verhältnis zwischen Oensingen und Erlinsbach eingezont wurde, eine Korrektur nicht an uns vorbei geht. Dieser Zug geht nicht einfach an uns vorbei. Aber ganz entscheidend ist, und es war auch wichtig, dass der Kanton im Boot war, dass vom kantonalen Amt für Raumplanung klar gesagt worden ist: Ihr seid eigentlich genau auf dem richtigen Dampfer in dieser nicht Zersiedelung, sondern im Anbieten der richtigen Sache am richtigen Ort. Felix Wettstein hat es vorher gesagt: Das sind nicht Bauplätze, die jetzt hier irgendwie in unseren Berggebieten oder Kurorten, wie ich jeweils sage, im Sinne, dass es dort oben schön ist, neu konstruiert werden, sondern es sind bestehende Strukturen. Es muss niemand Angst haben, dass hier plötzlich irgendwo der grosse Bauboom ausbricht. Ich glaube, wir haben hier alle gesagt, dass es auch in Olten Platz hat. Ich kann Dir den Prozentsatz nicht genau sagen, wie es ist, weil ich es jetzt einfach nicht greifbar habe. Das kann man noch nachreichen. Damit man es mir einmal abnimmt: Der oberste Raumplaner des Kantons Aargau ist per Ende März pensioniert worden, hat einmal den Kanton Aargau aufgrund von Fusionen beurteilt. Der Kanton Aargau hat sehr viele Fusionsprojekte. Die Aussage deckt sich mit dem Bund. Wenn man den Bund und Abstimmungen heran zieht, darf ich dies in diesem Moment, wo wir zwar im kleinräumlichen Bereich sind, wahrscheinlich auch. Paul Pfister sagt, das grosse Problem der 219 Gemeinden im Aargau seien die kleinräumigen Strukturen, die Verzettlung und der Landverschleiss bis zum Geht-nicht-mehr. Jede Kommune denkt zuerst an sich selber. „Gäbe es grössere Städte als Aarau und Baden oder die plus, gäbe es pro Talschaft nur eine Gemeinde, würden die Bauzonen für Wohn- und Gewerbe viel konzentrierter und nachhaltiger genutzt“. Genau das ist die Philosophie. Man kann den Kanton Aargau nicht immer mit Solothurn vergleichen und umgekehrt auch nicht. Deshalb muss man das Beste daraus nehmen. Aber die Philosophie und der Weg stimmen für uns. Daniel Probst hat ja eigentlich betreffend Zersiedelung und Raumplanung gleich argumentiert. Wir kennen den Kanton Graubünden auch etwas. Wir hier vorne und Ihr vielleicht auch. Wenn Ihr einmal in unserer Patengemeinde Stierva wart, 139 Einwohner, wunderbar, Sonnenterrasse, gleiche Höhe wie die Lenzerheide, aber einfach auf der anderen Seite, oberhalb von Tiefencastel. Pro-Kopf-Verschuldung aktuell Fr. 8'499.—. Es ist nicht die höchste im Kanton Graubünden. Der Durchschnitt der Pro-Kopf-Verschuldung dieser Kleinst-gemeinden ist über Fr. 7'000.—. Unhaltbar, nicht überlebensfähig. Graubünden kommt nicht umhin, massive Restrukturierungen zu machen. Dieser Kanton geht vor die Hunde. Das sagt mir der Stadtpräsident von Chur als Stadtpräsident, der sich nicht irgendwie breit macht und Gemeinden einnimmt. Es ist einfach eine Tatsache. Das muss man sehen. Wenn man Vergleiche anstellt, sollte man aufpassen. Glarus funktioniert nicht überall. Hier bin ich mit Dir völlig einverstanden. Ich hatte wirklich Gelegenheit und es ist auch mein Interesse, weil ich über den schweizerischen Städtetag etwas einbezogen worden bin, in solche Fusionsprojekte hinein zu sehen. Etwas müssen wir einfach einmal festhalten: Es ist keines mit dem anderen vergleichbar. Das gibt es einfach nicht. Es ist nicht möglich. Wenn Franz Weber ein guter Mann für den Naturschutz ist – dem hat man ja vor ein paar Wochen zugestimmt – dann werden sich die Berggemeinden vielleicht tatsächlich die Berggemeinden und Kurorte im Kanton Graubünden oder wo sie auch immer sind, wehren, auch aus einem Interesse heraus, weil sie vielleicht ebenfalls ihre Probleme haben. Aber ich glaube, das kann man nicht mit dem vergleichen, was wir hier tun. Ich kann Euch auch eine Negativfusion schildern. Baden-Neuenhof war ein grosses Ding. Neuenhof hat angenommen, und Baden hat abgelehnt. Hier mache ich dann den Bogen zu anderen Themen, die gekommen sind. Wir haben die Unterlagen erhalten und der Stadtpräsident von

Baden und ich haben uns ausgetauscht. Er hat mir dort gesagt: Wir haben vom Institut von Herrn Longchamp überprüfen lassen, weshalb wir gescheitert sind. Er hat dies neutral angeschaut, nicht gesucht, kein Parteigutachten. Sie haben festgestellt, dass die Unterlagen sehr gut sind. Sie sind von der Information nicht einmal ein Drittel von Olten. Aber Baden mag Neuenhof nicht. Deutsch gesagt mag ein Badener einen Neuenhöfer nicht. Und wenn sich zwei nicht mögen – das ist im privaten Bereich auch so – geht es nicht. Erstens finden sie sich nicht zusammen und zweitens geht es, wenn sie zusammen sind, vielleicht auseinander. Das muss man einfach sehen. Es ist vielleicht ein etwas dummer Vergleich. Aber sie mögen sich nicht und damit ist es gescheitert, und zwar um wenige Stimmen. Sachlich, fachlich der grösste Fehlentscheid aller Zeiten. Jetzt wird Neuenhof bevormundet, weil sie die Steuern gesenkt haben, völlig daneben, und den Haushalt nicht mehr aufrecht erhalten können. Im nächsten Jahr wird der Kanton das Budget von Neuenhof machen. Das kann es ja auch nicht sein. Ich möchte damit einfach ausdrücken, dass man nicht vergleichen kann. Wir sind ja jetzt noch bei anderen Themen. Selbstverständlich komme ich noch zum Geld. Gert Winter muss ich noch etwas sagen. Machtzuwachs der Exekutive. Das ist kein Thema für uns fünf. Zudem gibt es ja bei uns Leute, die rein medial schon abgesetzt sind. Ich komme zu Urs Knapp, seinen Ausführungen und zum Geld. Ich muss Dich wieder korrigieren oder ergänzen und wage es fast nicht, dies zu sagen. Du hast dies in einer Kommissionssitzung schon einmal gebracht, als man sich im Parlament ausgespielt hat. Wir waren gegen eine Veränderung des Steuerfusses. Deshalb haben wir dem Vorvertrag nicht zugestimmt. Die CVP hat zugestimmt. Lustigerweise hat der Stadtrat gesagt: Wir passen den Steuerfuss nicht an. Im Sinne der FdP. Wir haben immer gesagt, wenn wir in den Vertrag einsteigen, gilt der bestehende Steuerfuss von Olten. Das ist nach wie vor glasklar. Es gilt definitiv 95 %. Wir haben in diesem Sinne sogar pro FdP etwas gemacht und nicht einmal im Sinne von: Wir hätten gekonnt aufgrund des Parlamentsbeschlusses. Du hast gesagt: Plan B gleich Bessermachen. BM. Ich sage jetzt VM: Vorwärts machen. Es ist ja klar, dass ich dies sagen muss. Das Wort Parteigutachten hat mir auch nicht gefallen. Derjenige, der den Raumplanungsbericht gemacht hat, ist ein Mann oder ein Unternehmen, das in der ganzen Deutschschweiz solche Planungen macht, praktisch in allen Kantonen in der Deutschschweiz ein hohes Ansehen hat, und es war alles andere als irgendein Parteigutachten. Es war sehr klar und man hat überall Meinungen eingeholt. Das muss ich etwas zurück weisen. Es ist auch im Hinblick auf diese Unternehmung ein nicht ganz guter Ausdruck. Der Stadtrat von Olten hat kein Problem mit Ratings. Aber er kommentiert es eigentlich auch nicht mehr. Wir haben unsere Stadtentwicklerin Eva Gerber, als sie noch nicht viele Tage hier war, beauftragt, diese Ratings einmal zu klären und auch abzuklären, wie dies zustande kommt. Ich möchte es nicht vorlesen, da es ein mehrseitiges Papier ist. Es ist lustig, wie solche Sachen zusammen kommen. Ich muss einfach etwas davor warnen, dass man 504, 848 und irgendwie 3xx miteinander vergleicht. Es ist etwas zu einfach für unsere Beurteilung, zumindest für den Stadtrat, der die Vorlage unterbreitet hat. Eine Frage, die auch von Roland Rudolf von Rohr gestellt worden ist: Ich muss zuerst etwas dazu ausführen. In der Finanzplanung der Stadt Olten ist in den Folgejahren eine Defizitgeschichte vorgesehen, die primär durch hohe Investitionstätigkeit der Stadt verursacht wird, wo deshalb ein zusätzlicher Schuldendienst entsteht. Ich glaube, hier sind wir uns einig. Das habt Ihr einmal zur Kenntnis genommen. Den Finanzplan nimmt man ja zur Kenntnis. Projekte daraus werden im Parlament abgesegnet. Das ist glasklar, was noch nicht heisst, dass diejenigen, die enthalten sind, dann alle realisiert werden. 42 von 57,5 Millionen Franken, und diese Rechnung haben andere auch schon gemacht, wenn man bei der Tabelle auf Seite 17, von 2014 – 2023 zusammen zählt, kommt man auf 57, ungerade Millionen. 42 Millionen davon rühren nur von der Steuerfussenkung auf 95 % her, von 100 auf 95. Das sind 42 Millionen. Der Rest entsteht durch die Schlechterstellung durch den direkten und indirekten Finanzausgleich, der ab 2023 nicht mehr in dieser Form fliesst, wie er bis dorthin fliesst. Das muss man einfach auch einmal zur Kenntnis nehmen. Wir priorisieren ja jetzt schon Projekte im Investitionsprogramm. Es ist ganz klar, und das wissen meine Kollegen der drei Partnergemeinden bestens, dass Finanzplansysteme von Olten, gelten, weiterhin eine Priorisierung stattfinden wird. Man wird streichen, verschieben, man wird auch einfach nicht realisieren, wenn es nicht möglich ist, mit oder ohne Fusion. Wir ändern unser System nicht. Generell ist der Finanzplan bis 2023, und hier gibt es auch die Aussage von Urs Knapp, sehr problematisch, weil der Zeithorizont – das sage ich ja eigentlich jedes Jahr -

für verlässliche Aussagen bereits ab 2014, wo es dann wirken soll, wie es hier auf Seite 13 auch festgehalten ist, finanzielle Auswirkungen des Berichtes und Antrages, immer wie ungenauer wird. Dann kommt noch etwas dazu, das noch niemand erwähnt hat. Wir werden im Kanton einen neuen Finanzausgleich erhalten. Markus Sieber und ich dürfen hier in einer Steuerungsgruppe dabei sein. Unser Finanzverwalter ist übrigens in sämtlichen Arbeitsgruppen dabei. Das spricht ja auch für die Stadt Olten, für die Wichtigkeit und das Gewicht für das neue System. Wir werden garantiert sicher in diesem Finanzausgleich nicht weniger zahlen müssen. Ich möchte Euch einfach sagen, dass wir im Budget 2012 ungefähr 2,8 Millionen Franken bezahlen müssen oder dürfen. Einfach, damit man es weiss. Wir haben diese Zahlen gerade erhalten. Aber entscheidend in dieser Finanzausgleichsgeschichte ist, dass wir nicht einfach für uns schauen können. Wir müssen die gesamten solothurnischen Gemeinden – das sind wir nach wie vor, auch zukünftig – für eine solche Finanzplanung in der Entwicklung betrachten. Jetzt konkret zum Punkt 103 %. Auf Seite 13 steht im oberen Teil des Textes. „Der gewichtete Steuerfuss von 103 % für natürliche und 95 für juristische Personen liefert ausgeglichene Rechnungsergebnisse für die drei Planjahre 2012 – 2014“. Was ist der gewichtete Steuerfuss? Das sind die 103 % für natürliche Personen. Das ist der Mittelwert von den jetzt geltenden Steuerfüssen der vier Gemeinden unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen. Wenn wir jetzt 103 % einsetzen würden, ginge die Rechnung auf. Punkt. Wir setzen 95 % ein und nichts anderes. Deshalb geht diese Rechnung nicht auf. Von einer Steuererhöhung wegen der Fusion ist keine Rede. Ich hoffe, mich hier einigermaßen verständlich ausgedrückt zu haben. Ist dies so richtig?

Markus Sieber: Ja, die Aussage ist so richtig. Ich denke, wichtig ist, dass die 103 Steuerprocente nicht ein willkürlicher Satz sind, den man festgelegt hat, um zu schauen, wo es aufgeht, sondern es sind die jetzt geltenden Steuern in den Gemeinden, auf denen sie ihre Finanzplanung gemacht haben. Sie zeigen, dass sie bis 2014 mit einem durchschnittlichen Steuersatz, wenn man es über alle Gemeinden mit der entsprechenden Steuerkraft betrachtet, ausgeglichene Rechnungsergebnisse bringen. Das ist nicht eine fiktive Zahl, sondern es wären die Steuereinnahmen aus den einzelnen Gemeinden zusammengezählt. Dann kommt es dazu, wenn wir auf das letzte Jahr 2023 schauen, mit der Differenz, die wir dort haben, dass etwa die Hälfte, von dem, was ab 2023 fehlen wird, aufgrund der Zugrundelegung oder Basislegung von 95/95 kommt und die andere Hälfte durch die Schlechterstellung im Finanzausgleich, wenn alle Übergangsfristen beim Kanton abgelaufen sind. Was wir hier mit dem Defizit per Ende der Planperioden, soweit diese verlässlich sind, sehen, ist etwa halb-halb. Die Hälfte ist die Steuersenkung des letzten Jahres, und die Hälfte ist die Verschlechterung über den Finanzausgleich, wenn alles abgelaufen ist.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Besten Dank. Ich wollte Dir eigentlich das Wort, wenn ich dies darf, Herr Präsident, noch wegen etwas anderem geben, das einfach noch klar gestellt werden muss, weil es in dieser Form vermutlich nicht so herüber gekommen ist. Es ist von der Sozialstruktur gesprochen worden. Ich glaube, Arnold Uebelhart hat es vorher gesagt. Wenn man die Sozialhilfequoten nimmt und Olten, Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wisen miteinander vergleicht, ist die Veränderung zwischen Olten aktuell und zukünftig 0,2 %. Das ist ja einfach eine Zahl. Aber ganz wesentlich ist eben, dass wir schon jetzt in einer Sozialregion sind. Ich möchte Markus Sieber bitten, etwas zur Finanzgeschichte in der bestehenden Sozialregion Olten, Hauenstein-Ifenthal, Wisen, Trimbach und dazu noch Winznau, das im heutigen Gespräch quasi der Exot ist, zu sagen.

Markus Sieber: Ich glaube, wichtig ist, dass wir bei der Beurteilung der Sozialhilfekosten, die wir haben, immer daran denken, dass der Kanton Solothurn oder die ganze Fläche einen Lastenausgleich hat, der nach Einwohnern gerechnet wird. Das heisst, unabhängig davon, ob wir mit einer Gemeinde fusionieren, die 2, 10 oder 7 % Sozialhilfequote hat, wird die Belastung genau gleich gross sein, nämlich einen Frankenbetrag X pro Einwohner und zwar unabhängig davon, welche Struktur wir selber im eigenen Gemeindegebiet haben. Es ist ein Lastenausgleich, der aktuell über den ganzen Kanton Solothurn auf Personen abstellt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich hoffe, dass alles, was ich versucht habe einzuflechten, nicht wieder das Ping-Pong an uns zurück ist. Vielleicht habe ich etwas ausgelöst. Mir ist es einfach etwas darum gegangen, gewisse Sachen, die vielleicht etwas falsch verstanden wurden oder zu Missdeutungen führen könnten, wenn es nachher auch nach aussen getragen wird, etwas zu relativieren. Ich möchte Sie noch einmal bitten, dem vorliegenden Beschlussesantrag zuzustimmen, damit die Oltnerninnen und Oltnern über ein wichtiges Geschäft entscheiden können.

Sandro Gervasoni: Ich bin vorher übergangen worden. Deshalb ist es nicht als Replik auf Deine Aussagen zu werten. Es hat ein Missverständnis gegeben. Vorhersagen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Das hat einmal ein gescheiter Mann gesagt, und niemand von uns weiss effektiv, was in 20 Jahren sein wird. Entsprechend kann man dort wirklich viel hinein interpretieren. Ich denke, hier schlägt auch Persönliches durch. Ist jemand eher optimistisch oder pessimistisch eingestellt. Ich möchte etwas zu den Zahlen sagen, aber auch nicht allzu ausführlich. Wir sind hier nicht alle Finanzspezialisten. Wenn man es jetzt einfach einmal aus der Warte von Trimbach anschaut, das wirklich die massgebendste Gemeinde ist, die neben Olten in die ganze Sache involviert ist, kann man neutral festhalten, dass sie objektiv einen Autonomieverlust hinnehmen werden müssen. Das ist auch schon gesagt worden, auch von Befürwortern der Fusion. Wieso ist dann schliesslich jede Gemeinde in Trimbach dafür, inklusive der Antifusionspartei SVP? Das hat seinen Grund. Sie werden einfach finanziell stark davon profitieren. Das gönne ich Trimbach grundsätzlich. Man muss sich einfach bewusst sein, dass irgendjemand letztlich die Rechnung auch ein Stück weit wird bezahlen müssen respektive Nachteile haben wird. Wenn man aktuell betrachtet, welches die Steuerkraft ist, und ich rede bewusst inklusive natürlichen und juristischen Personen – das hat der Stadtrat in der Kommunikation anders gemacht – Kleines Beispiel: Wenn ich einen Kuchen verteile, interessiert mich nicht primär, wie er zustande kommt, sondern mich interessiert, wie gross er ist. Als weitere kurze Erklärung: Es basiert auf 100 %, damit die Zahlen effektiv auch vergleichbar sind. Olten hat im Moment eine Steuerkraft, auf einen Einwohner hinunter gerechnet, einfach auch noch, um den Grössenverhältnissen Rechnung zu tragen, von Fr. 5'095.—. Die fusionierte Gemeinde Olten plus wird noch eine Steuerkraft von Fr. 4120.— haben. Das heisst, dass eine Verwässerung der Steuerkraft vom Einwohner der Stadt Olten und natürlich auch von den Einwohnern um Fr. 975.— stattfindet. Hier sind eigentlich noch nicht einmal die schlechtesten, beim Finanzausgleich nach der Übergangsfrist von 4,8 Millionen berücksichtigt. Als letzten Punkt möchte ich noch kurz etwas zur Eigenkapitalsituation sagen. Zwar hat Olten ein Eigenkapital von rund 79 Millionen, Trimbach von 3,5 Millionen. Wenn man diese Zahlen zusammen rechnet und eigentlich schliesslich wieder auf den Kopf herunter geht, kann man sagen, dass ein Oltnern im Moment ein Eigenkapital von Fr. 4'598.—, ein Trimbachernerin von Fr. 563.— hat. Nach der Fusion wird sich dies wiederum auf Fr. 3'417.— belaufen. Das heisst, Eigenkapital technisch auf den Einwohner und die Einwohnerin herunter gerechnet, wird ein Oltnern Bewohner beim Eigenkapital um Fr. 1'181.— schlechter, ein Trimbacherner Bewohner um Fr. 2'854.— besser gestellt. Das heisst, man kann sagen, dass eine Schlechterstellung des Oltnern Einwohners gegenüber der Trimbachernerin von rund Fr. 4'000.— stattfindet. Man kann sich ausrechnen, dass dies für eine vierköpfige Familie Fr. 16'000.— sind. Damit ist auch noch nicht berücksichtigt, dass die 3,58 Millionen Eigenkapital von Trimbach ja nicht unwesentlich aufgrund einer Zahlung der sbo Olten beruhen, welche die Wasserversorgung für 8 Millionen abgekauft hat. Ich möchte einfach auch an Ihre Verantwortung appellieren. Letztlich ist es unsere Aufgabe, für die Bewohner von Olten zu sorgen.

Heidi Ehrsam: Ich möchte keine Kennzahlen analysieren, aber wenn man das Blatt vor sich hat, hat sich in der hintersten Reihe noch eine Frage gestellt und zwar zu den gewichteten Steueransätzen. Unsere Frage ist, ob derjenige der juristischen Personen, der in der Vorlage mit 95 angegeben ist, ebenfalls gewichtet ist oder anders gefragt: Ist Olten mit den juristischen Personen so stark, dass die 103 % von Trimbach, 125 von Hauenstein-Ilfenthal und 129 von Wisen eigentlich in sich konsumiert.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich denke, als Mitglied der GPK weiss Heidi Ehrsam, dass 52,4 % des Steueraufkommens der Stadt Olten von den juristischen Personen kommen. Das zeigt allein schon, wie stark die Stadt Olten ist. Aber die Antwort kommt jetzt von Markus Sieber.

Markus Sieber: Die Vermutung ist richtig. Der gewichtete Steuerfuss der juristischen Personen weicht weniger als ein halbes Prozent ab, wenn man die anderen drei Gemeinden mit dazu rechnet.

Lukas Derendinger: Ich möchte Sandro eine kurze Antwort geben. Du hast quasi gefragt, irgendjemand müsse dann diese Rechnung bezahlen. Ich bin seit 2005 in diesem Rat. Wir haben es vorher schon einmal gehört. Vor zehn Jahren hat Olten finanziell noch ganz anders ausgesehen. Ich kann Dir sagen, wer dies zahlt oder gezahlt hat: Das ist die Alpiq und vielleicht noch zwei, drei andere grosse Steuerzahler. Jetzt kann man sich fragen: Wollen wir dieses Geld für uns behalten? Das ist ja schön und gut. Dann haben wir dies quasi unter dem Kopfkissen. Oder wollen wir dies mit einer Gemeinde wie Trimbach und mit den anderen zwei kleineren Gemeinden teilen? Ich habe damit kein Problem. Ich teile gerne.

Detailberatung

Bericht und Antrag, Beilagen 1,2, 4, und 5: Keine Wortmeldungen.

Beilage 3

Zu Artikel 22 Öffentliche Sicherheit

Christian Werner: Ich habe eine kurze Frage. Es wird ja festgestellt, dass die vereinigte Einwohnergemeinde eine eigene Polizei hätte. Ich gehe davon aus, dass man das Korps der Stadtpolizei relativ massiv aufstocken müsste. Ist das richtig, und wenn ja, gibt es hier schon Annahmen oder Zahlen, um wie viele Stellenprozente man die Stadtpolizei aufstocken müsste?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Natürlich könnte ich jetzt der Stadträtin und Kollegin Iris Schelbert das Wort geben. Aber wir haben ja alle mit dem Gleichen zusammen gearbeitet. Es ist keine Aufstockung vorgesehen. Es braucht einen Zusammenarbeitsvertrag mit der Kantonspolizei. Es ist vom zuständigen Regierungsrat auch angekündigt, dass neu geregelt wird, wie die Zusammenarbeit ist und dementsprechend auch die Aufgaben neu definiert werden. Aber es gibt keine zusätzlichen Stadtpolizisten.

Beschlussesanträge

I./1. + 2. Zustimmung mit 30 : 17 Stimmen

Gesamtbeschluss

Mit 30 : 17 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Dem Vertrag über die Fusion der Einwohnergemeinden Olten, Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wissen wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. untersteht dem obligatorischen Referendum.

Beilage

Vertrag über die Fusion der Einwohnergemeinden Olten, Trimbach, Hauenstein-Ifenthal und Wissen

Mitteilung an:
Direktion Präsidium/Herr Markus Dietler
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber
Rechtskonsulent
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. März 2012

Akten-Nr. 3/3

Prot.-Nr. 42

Postulat Felix Wettstein (GO) und Mitunterzeichnende betr. Gestaltungsplan für das Areal Stationsstrasse/Beantwortung

Gestaltungsplan für das Areal Stationsstrasse

«Der Stadtrat wird aufgefordert, für das Gebiet der Stationsstrasse östlich der Überführung über den Rötzmattweg (Parzellen 4223, 1238, 5022 und 5023) die Gestaltungsplanpflicht einzuführen.

Begründung:

Das terrassenartige Areal bei der Stationsstrasse entlang der Gäubahnlinie zwischen der Abzweigung Hausmattrain und dem Getreidesilo ist einer der attraktivsten gelegenen Standorte in Olten (leicht erhöht, sehr zentrumsnah, nach Osten und Norden dennoch recht ruhig) und gemessen an seinem potenziellen Wert bisher sehr schlecht genutzt – fast schon eine innerstädtische Brache, allerdings ohne nennenswerten ökologischen Wert. Es führen einzelne Industriegeleise durch das Areal, deren Funktion aber zweifellos auch anderswo im Gebiet des Bahnhofs Olten Hammer wahrgenommen werden könnte.

Vor kurzem hat die SBB als Besitzerin der Parzelle 4223, welche den Hauptteil des Areals umfasst, die meisten alten Gewerbegebäude zwischen Bahnlinie und Stationsstrasse abräumen lassen. Seither liegt an dieser attraktiven Lage noch mehr Potenzial brach.

Die Stadt Olten muss ein grosses Interesse an der Gestaltung und Nutzung dieses Areals haben, welches immerhin rund 35'000 qm umfasst. Innerstädtische Verdichtungsmöglichkeiten sind erklärtes Ziel der städtischen Planungspolitik. Das Areal Stationsstrasse bietet die Chance einer relativ hohen Verdichtung mit Mischnutzungen. Gleichzeitig handelt es sich um eine durchaus sensible Zone, weil gegen Westen (Bahnlinie sowie künftige ERO) nur lärmunempfindliche Nutzungen in Frage kommen. Wenn diese geschickt gestaltet werden, wertet dies den ganzen übrigen Bereich deutlich auf, auch für Wohnnutzungen. Städtebaulich betrachtet ist an dieser Lage mit Bedacht zu bauen, denn die elegant geschwungenen Baulinien im Vorderen Steinacker und am Hausmattrain rufen nach einer sorgfältigen Weiterführung.

Dies alles wie auch die Möglichkeit einer besseren Spurführung der Stationsstrasse spricht dafür, dass die Stadt die künftige Entwicklung nicht dem Zufall überlässt, sondern mit einem Gestaltungsplan aktiv steuert.

Beilage: Plan 1 : 2'000 mit Umrissen des genannten Areals»

- - - - -

Stadtrat Dr. Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Das von den Postulanten bezeichnete Gebiet liegt nach gültigem Zonenplan in der Gewerbezone mit Wohnanteil GW (Getreidesilo) und in der dreigeschossigen Mischzone M3.

Der Stadtrat verfolgt — wie die Postulanten erwähnen — unter anderem das Ziel einer Siedlungsentwicklung nach Innen, indem die Erneuerung bestehender Quartiere — vor allem Gebiete mit rückläufiger Entwicklung — gefördert werden. Im Fokus stehen dabei auch innerstädtische Brachen.

Mit Blick auf die Qualität des Lebensraumes Quartier wirft die Entwicklung solcher Brachen zahlreiche Fragen auf. Die Umsetzung einer hochwertigen Verdichtung ist nicht nur durch quantitative Aspekte bestimmt. Es sind auch gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Diese verschiedenen Zielsetzungen, die sich gegenseitig beeinflussen und ergänzen, lassen sich allein mit einer Gestaltungsplanpflicht nicht zufriedenstellend bewältigen.

Die Stadt Olten ist in permanentem Kontakt mit den entsprechenden, verantwortlichen Personen bei den SBB. Die SBB Infrastruktur plant für den Bahnknoten Olten — Bahnhof Olten Hammer inbegriffen — die Erarbeitung eines sogenannten Rahmenplanes. Dieser Rahmenplan erfüllt die Funktion von Leitplanken für die schrittweise, angebotsabhängige Entwicklung der Leistungsfähigkeit eines Knotens bezüglich Betrieb und Produktion, dem Infrastrukturkonzept sowie den Umsteigebeziehungen.

Das Ergebnis dieser Rahmenplanung kann die Nutzung der SBB-eigenen Grundstücke an der Stationsstrasse wesentlich beeinflussen. Weitere planerische Festlegungen dieser Grundstücksflächen sind deshalb nur in Kenntnis dieser Langfristplanung sinnvoll, d.h. ab ca. 2015. Bis dahin sind auf dem Areal zeitlich beschränkte Zwischennutzungen im Rahmen der Grundnutzung des Zonenplanes möglich und erwünscht. Selbstverständlich werden allfällige Zwischennutzungen auch hinsichtlich der zu erwartenden Emissionen, der architektonischen Gestaltung und des Erscheinungsbildes beurteilt. Eine Gestaltungsplanpflicht über das bezeichnete Areal würde solche Zwischennutzungen verunmöglichen.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Postulat nicht zu überweisen.

- - - - -

Theo Schöni: Besten Dank auch der Baudirektion und Stadtrat Martin Wey für die Beantwortung des Postulats. Das Areal Stationsstrasse gehört von seiner Grösse und seiner Lage nahe beim Zentrum und bei bestehenden Wohngebieten sowie auch zum künftigen Stadtteil Olten SüdWest zu den interessanteren Gebieten in dieser Stadt sowohl als Siedlungsgebiet aber auch für weitere Nutzungen. Ich möchte daran erinnern, dass man in der Parkhausdiskussion Alternativstandorte hatte, die ganz in der Nähe dieses Gebietes liegen. Es ist naheliegend, dass dieses Gebiet auch für die SBB als Grundeigentümerin im Zusammenhang mit möglichen Entwicklungen rund um den Bahnhof Olten Hammer von grossem Interesse ist. Diese Einschätzung wird auch vom Stadtrat geteilt. Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort auch deutlich auf, auf was sich die Anliegen der SBB konzentrieren. Es hätte uns ja eigentlich noch mehr interessiert, welche Bedürfnisse und Vorstellungen die Stadt hat. Sie muss sich unserer Meinung nach konkreter, stärker und vor allem rechtzeitig in diesen Fragen und in den Prozess, den die SBB aufgenommen haben, einbringen, letztlich auch mit der klaren Botschaft, dass nach Vorliegen der Rahmenbedingungen der Stadt dieses Gebiet einer Gestaltungsplanpflicht unterliegen soll. Diesbezüglich stellen wir seitens unserer Planungsbehörde eine grosse Zurückhaltung und ein Abwarten fest. Wir können das Argument, dass mit der Belegung dieses Gebietes mit einer Gestaltungsplanpflicht, wie wir sie eigentlich verlangen würden, keine Zwischennutzungen mehr möglich sind, nicht ganz nachvollziehen. Sie spüren, mit der vorliegenden Beantwortung sind wir nicht ganz zufrieden

und sind wahrscheinlich nicht allein im Rat der Meinung, dass man das Postulat nicht abschreiben, sondern überweisen sollte. Wir bitten in diesem Sinne alle Ratskolleginnen und Ratskollegen um Eure Unterstützung, das Postulat zu überweisen. Besten Dank.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Es ist immerhin fast ein Jahr her, seit dieser Vorstoss eingereicht wurde. Er ist von der Behandlung immer wieder verschoben worden. Deshalb zuerst einmal die Feststellung, dass seit dem Zeitpunkt, als wir die Antwort geschrieben haben, nicht wesentliche neue Erkenntnisse erfolgt sind. Man kann sagen, das einzig Neue ist, dass der Platz jetzt relativ sauber geräumt ist. Man sieht jetzt eigentlich auch die Grösse und die Lage noch viel besser, wo sich dieses Gebiet an der Stationsstrasse auch tatsächlich befindet. Wie der Sprecher Theo Schöni schon gesagt und ausgeführt hat, ist dies sicher ein sehr interessantes Gebiet. Das Postulat ist ja immer die Einladung zur Prüfung. Wir haben schon verstanden, was Felix meint, dass wir prüfen, eine solche Gestaltungsplanpflicht einzuführen. Wie wir schon unter dem Aspekt der Planungsbeständigkeit ausgeführt haben, konnten wir ja vor rund zwei Jahren die neue Ortsplanrevision abschliessen. An und für sich möchte ich entgegnen, dass wir schon wissen, was wir wollen. Dort haben wir nämlich eigentlich Gewerbezone mit Wohnanteil und dreigeschossiger Mischzone M3 festgelegt. Das konnten wir dazumal auch erkennen und wissen, dass wir dort die entsprechenden Positionen als Stadt einnehmen wollen. Wir haben nach wie vor auch sehr engen ständigen Kontakt mit den SBB. Auch dort hat sich an der Interessenlage bzw. an dem, was die SBB wollen, im Moment nichts geändert. Wir wissen aber, dass sie sehr stark interessiert sind, dort einen Handlungsspielraum zu haben und im Moment noch nicht in der Endplanung sind, was sie insbesondere im Bereich der Planung für sich selber realisieren wollen. Tatsache ist, und das ist halt ein Argument gewesen, dass wir diese Zwischennutzungen nicht mit einer sogenannten Gestaltungsplanpflicht verhindern wollen, dass man, wenn halt Zwischennutzungen vorhanden sind, den SBB grundsätzlich diese Freiheit belassen will. Man kann sich dann fragen, wie man insofern die städtischen Interessen noch wahr nehmen kann, wenn dort etwas gebaut werden soll und auch eine Bauinstallation, nicht Installation im Sinne von Bauarbeiten, sondern ein Bau entstehen sollte, braucht es ein Baugesuch, selbst bei Zwischennutzungen. Ich denke, dort müssen die SBB nachher mit der Stadt verhandeln, und wir als Stadt müssen dort eine klare Position einnehmen, was wir zulassen wollen. Wenn wir uns dort nicht einig sind, besteht immerhin noch die Möglichkeit, dass in diesem Gebiet eine Planungszone eingeführt wird, wo im jetzigen Zustand quasi ein dreijähriger Bestand garantiert werden könnte. Wir als Stadtrat erachten im Moment den Prüfungsauftrag nicht als vordringlich. Aber wir sehen auch die Argumente und das Anliegen des Postulanten und bitten deshalb trotzdem, das Postulat nicht zu überweisen, weil wir vom Stadtrat andere Mittel haben, um dort Einfluss nehmen zu können.

Marcel Steffen: Ich nehme die Spannung gleich am Anfang weg. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich nicht überweisen. Wir werden dem Antrag des Stadtrates folgen. Ich glaube, es ist für uns alle nachvollziehbar, dass man ein so tolles Areal, das den SBB gehört, und jetzt wo es geräumt ist, sieht man, wie gross es ist, unter eine solche Gestaltungsplanpflicht stellen möchte. Das Instrument des Gestaltungsplanes stellt ja sicher, dass man bei einer klaren Vorstellung, was gebaut werden soll, die Interessen der Stadt in Wort und Schrift festlegen kann. Eine Abweichung wäre dann faktisch nicht mehr möglich. Aber genau hier liegt doch der Hund begraben. Zurzeit ist noch nicht sicher, was auf diesem Areal passieren soll. Wir haben es gehört. Der Eppenbergtunnel, der in Schönenwerd kommen sollte. Welchen Zusammenhang hat es mit diesem Areal? Im Bahnhof Olten wird sich viel verändern. Die SBB selber wissen nämlich noch nicht genau, wie und wo sie das Areal vielleicht nützen können. Vielleicht stellt man auf diesem Areal Züge ab. Das wissen wir noch nicht, und das wissen auch die SBB noch nicht. Mit dem Gestaltungsplan werden Fesseln angelegt, die nicht sein müssen. Die SBB sind einer der grössten Arbeitgeber in Olten. Ich weiss nicht, ob man diesen mit einem solchen Misstrauensvotum eines Gestaltungsplanes in dieser Art angreifen sollte. Ich glaube, das ist ein Misstrauensantrag, und ich habe das Gefühl, dass uns dies hier in Olten nicht zusteht. Ich denke, so wie es der Stadtrat vorher gerade ausgeführt hat, hat man hier genügend Möglichkeiten, um auch noch einzugreifen, wenn dort irgendetwas entstehen sollte, das uns dann noch nicht so gefällt. Noch ein Wort zu den Zwischennutzungen: Wir vertrauen hier auf

den Stadtrat, dass er auch bei den SBB – wir wissen, dass die zwei Partner Stadtrat und SBB in ständigem Austausch sind – vielleicht auch sagt, was wir uns unter Zwischennutzungen vorstellen und was wir uns vielleicht eben nicht so vorstellen, was dort oben in Zwischennutzungen passieren könnte.

Thomas Marbet: Die Fraktion SP hat Sympathie für den Vorstoss der Grünen Partei, und wir werden ihn deshalb auch unterstützen. Ich glaube, es ist nicht ein Misstrauensvotum gegen die SBB, sondern es ist ein Dialog, welchen die Stadt mit den SBB führt und den sie auch hart führen muss, damit sie ihre Interessen durchsetzen kann. Das Areal entlang der Gäubahnlinie ist nämlich hervorragend gelegen. Es ist schlecht genutzt. Das ist richtig. Es ist jetzt einfach leer. Einmal im Jahr werden irgendwelche Elefanten arrangiert, wenn der Zirkus Knie hier ist. Aber sonst ist es eine Brache. Es ist eigentlich erstaunlich, dass dieses Areal nicht die Aufmerksamkeit von vielen geweckt hat. Es gehört den SBB. Merci auch noch für die zusätzlichen Informationen der Bauverwaltung. Tatsächlich gehören alle drei Grundstücke den SBB. Es ist erstaunlich, dass nicht mehr Investoren entdeckt haben, wie zentrumsnah, sonnig und trotzdem ruhig dieses Areal gelegen ist. Wir möchten mit der Überweisung zum Ausdruck bringen, dass man den Dialog mit den SBB konstruktiv, aber mit Bestimmtheit weiterführt. Als Ökonom ist es immer schwierig, über Planungsgeschäfte zu reden und wer jetzt welche Planungshoheit in der Stadt hat und speziell in diesem Verhältnis zu einem Regiebetrieb. Das ist schwierig zu beurteilen. Unser Anliegen ist, dass man diesen Dialog weiterführt und allfällige Zwischennutzungen und durchaus auch eine Gestaltungsplanpflicht ins Auge fasst. In diesem Sinne sind wir für Überweisung des Vorstosses.

Thomas Frey, FdP-Fraktion: Ich nehme es vorweg: In der Fraktion sind wir einstimmig der Meinung, dass man diesen Antrag ablehnen müsste, und werden auch im Sinne des Stadtrates für nicht überweisen stimmen. Das Argument, das bei uns eigentlich auch am meisten gestochen hat, ist die Geschichte mit der Zwischennutzung, weil dieses Areal noch 20 oder 30 Jahre leer stehen kann. Man muss auch bedenken, dass, wie mir bekannt ist mindestens auf einer Parzelle, auch noch mit Altlasten zu rechnen ist. Das schreckt natürlich mögliche Investoren auch etwas ab. Wenn man jetzt eine Gestaltungsplanpflicht auf ein solches Areal legen würde, würde dies, wie es das Wort schon sagt, Zwischennutzungen – das kann eine Nutzung sein, die aus einem Provisorium besteht und ein, zwei, vielleicht drei Jahre steht und nachher wieder entfällt – verhindern. Aus diesen Gründen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Daniel Schneider: Marcel Steffen, dass ein Gestaltungsplan eine Bedrohung darstellt, ist mir komplett neu. Es ist eigentlich eines der besten planungsrechtlichen Mittel, die es im Moment im Planungsrecht des Kantons Solothurn gibt, weil es ja bei guter Architektur zum Beispiel eine Bonussprechung in der Ausnützung ermöglicht. Man kann eigentlich aus einem Gebiet sehr viel heraus holen, wenn es durch eine gute Qualität begleitet ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es wirklich eine Bedrohung darstellt. Wenn man richtig hinschaut, ist es eigentlich sogar ein Mittel für eine grössere Rendite, wenn dies im Fokus von jemandem liegt. Aber es ist auch ein Mittel, städtebaulich relevante Orte auf eine gute Art besetzen zu können. Das ist eines. Diese Kante steht auf einem Hang über der Schützenmatte. Das ist ein hoch interessanter Ort für unsere Stadt und unser Stadtbild. Ich wäre sehr glücklich, wenn sich die Stadt hier noch etwas stärker in die Diskussion eingeben würde und man dies dann auch mit einem Gestaltungsplan fixieren könnte. Selbstredend behindert dies keine Zwischennutzung. Das stimmt so nicht. Wenn die SBB dort Abstellgleise machen möchten, bekomme ich „echt Vögel“, wenn Ihr dies gut fändet. Gut, Du bist mit Deinem Arbeitgeber indirekt etwas verschwägert mit den SBB. Dann verstehe ich es noch etwas. Aber das ist sicher das Falscheste. Wir brauchen in der Stadt nicht noch mehr Gleise. Nach meiner Schätzung ist etwa ein Achtel unseres Stadtgebietes schon voller Gleise. Ich bin auch dankbar, dass die SBB hier sind. Aber an diesem Ort ist es wirklich etwas unklug. Ich werde diesen Vorstoss – es ist kein Antrag, deshalb müssen wir übrigens auch nicht eintreten – sicher unterstützen.

Felix Wettstein: Es ist jetzt mehrmals auf die sehr attraktive Lage hingewiesen worden. Das war auch tatsächlich der Auslöser, neben dem, dass die vorher relativ locker bebauten

Hütten weg geräumt wurden. Das hat ausgelöst, dass wir diesen Vorstoss gemacht haben. Es ist eben natürlich gerade das Ziel, dass es nicht 30 Jahre dauert, bis dort eine bessere und auch dauerhaftere Nutzung erlebbar wird. Eine Gestaltungsplanpflicht ist aber nicht das Gleiche wie ein Gestaltungsplan. Das möchte ich noch für Marcel Steffen ergänzen, zu dem, was Daniel Schneider gesagt hat. Möglicherweise sind wir vom Titel her etwas ungenau gewesen und hätten schon im Titel das Wort „Gestaltungsplanpflicht“ erwähnen müssen. Entscheidend ist der Text, der darunter steht: „Der Stadtrat wird aufgefordert etc.“ Dort steht es richtig. Eine Gestaltungsplanpflicht heisst, dass man die Hochbauten, wenn man an sie heran geht, dem unterziehen muss. Aber es heisst nicht: Von heute an macht man einen Gestaltungsplan. Das ist ganz wichtig. Genau deshalb sind Zwischennutzungen nicht ausgeschlossen. Genau deshalb ist es auch so, dass ein Gestaltungsplan, wenn er dann da ist, nicht von Anfang an ein enges Korsett ist, sondern er definiert eben, ob die Vorgaben mehr oder weniger eng sind. Es macht wirklich sehr Sinn, aus Sicht unserer Stadt hier Qualität einzufordern. Wahrscheinlich kennen wir alle hier die wunderschönen Luftbildaufnahmen, die Patrick Kissling jeweils schiesst, wenn er sich mit einem Flieger über die Stadt Olten fliegen lässt und Luftbildaufnahmen macht. Es gibt solche, die er aus südlicher Richtung macht, wo man im Vordergrund den Bogen der Gäubahn und die Häuserreihe im Vorderen Steinacker sieht. Die Fortsetzung dieser Baulinie verlangt, dass man tatsächlich sorgsam mit diesem Gesamtbild umgeht, das man dort als Chance möglich machen kann. Es ist einerseits das Architektonisch-Städtebauliche. Es ist sicher auch die Frage der Nutzung nach hinten auf die Westseite. Auf die Nordwestseite muss es natürlich eine lärmunempfindliche Nutzung sein, weil jetzt dann neben der Bahn auch noch die ERO dort hinten durch geht. Aber vorne ist es wie gesagt für das Wohnen wegen der kurzen Distanzen und der erhöhten Lage durchaus eine sehr attraktive Lage. Von mir aus gesehen kommt ein weiteres Argument dazu, natürlich auch im Austausch mit den SBB. Wenn das Gebiet Olten SüdWest bebaut sein wird und wir vor allem, was dann hoffentlich hier eine Mehrheit finden wird, eine gute Langsamverkehrsverbindung unter dem Bahnhof Olten Hammer durch realisiert haben werden, wird der Bahnhof Hammer selber attraktiver. Das heisst, die unmittelbar benachbarten Gebiete neben dem Bahnhof Hammer werden erst recht aufgewertet. Auch im Hinblick darauf, wo es hoffentlich nicht mehr 30 Jahre dauern wird, müssen wir gut gerüstet sein, dass in diesem wirklichen Filetstück der Stadt qualitativ Gutes entsteht. Ich hoffe, dass wenigstens ein paar Vertreter der FdP noch dafür zu gewinnen sind, dass man es wirklich von dieser Seite angeht. Wir können Euch versichern, dass wir in keiner Art und Weise gegenüber Zwischennutzungen opponieren werden, wenn wir den Pflock auf die Art eingeschlagen haben, wie wir vorher gesagt haben.

Dr. Max Pfenninger: Mich würde die Frage interessieren, ob der Stadtrat untersucht hat, wie gross das Ausmass der Bodenbelastung durch Kottmann Oel, Tankwagenreinigung und Altölverbrennung, die im Olten Hammer jahrzehntelang war, ist und was man dort an Kubikmeter abtragen muss, bis man dies bebauen kann. Ist dies überhaupt untersucht worden?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Die Frage ist berechtigt. Nur sind wir dort nicht Eigentümer. Wenn wir Eigentümer dieses Landes wären, hätten wir natürlich diese Untersuchungen schon gemacht. Das ist Aufgabe der SBB, und sie werden dies abgeklärt haben. Dort kann man es dann auch erfragen. Sie tragen dort auch das Risiko.

Dr. Max Pfenninger: Das würde aber dafür sprechen, dass man städtebaulich im Sinne von Felix Wettstein hier planerisch den Finger drauf hat und die Bautätigkeit dort erst zulässt, wenn es klar ist, wie viel Kubatur abgetragen werden muss. Ich bin für Überweisung des Postulats und nicht gegen die Abschreibung.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Die Baubewilligung ist ja dann nicht abhängig von der Gestaltungsplanpflicht, sondern dort wird selbst das AfU nachher Bedingungen stellen, bevor Du dort überhaupt Erdbewegungen machst. Das muss gesäubert sein und ist von einer kantonalen Bewilligung abhängig.

Daniel Probst: Ich habe unserem Sprecher Thomas Frey gerade mitgeteilt, dass ich gegen die Fraktionsmeinung und für die Überweisung stimmen werde. Ich finde es auch ein spannendes und städtebaulich sehr wertvolles Areal, möchte aber noch zu bedenken geben, dass dieses Quartier nicht so ruhig ist. Einige kennen es vielleicht. Tagsüber vielleicht schon. Aber es gibt auch eine Nacht und Güterzüge. Dort hat man wahrscheinlich, wenn man nicht diese Massnahme anschaut, das Gefühl, dass einem die Güterzüge ins Haus hinein fahren. Es ist wirklich sehr laut. Ich kenne es vom Kleinholz, wo ich lange gewohnt habe. Man hört sie bis weit ins Kleinholz hinauf. Dann hört man sie ganz sicher auch dort. Zweitens haben wir ja gestern gehört, dass es auch eine gute Strasse ist, damit man vom Kleinholz in die Stadt gelangen kann, wenn dann die Mühlegasse und innere Baslerstrasse gesperrt sind. Auch dort wird es mehr Verkehr geben. Es wird wahrscheinlich etwas laut und recht bewegt werden.

Beschluss

Mit 17 : 27 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Stadtplanung
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. März 2012

Akten-Nr. 43/23

Prot.-Nr. 43

Postulat Felix Wettstein (GO) und Mitunterzeichnende betr. Strom sparen dank Bestgerätestrategie der Stadt Olten/Beantwortung

Die Fraktion Grüne hat am 24. März 2011 folgenden Vorstoss eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, eine Bestgerätestrategie zu entwickeln und umzusetzen. Sie soll sicherstellen, dass bei allen Ersatz- und Neuanschaffungen von Geräten, welche mit elektronischem Strom betrieben werden, nur Geräte der aktuellen höchsten Energieeffizienz-Kategorie angeschafft werden. Anschaffungsentscheide, die davon abweichen, müssen vor dem Kaufentscheid gegenüber der „Beauftragten Energiestadt“ begründet werden.

Begründung:

Mit sparsamen, energieeffizienten Geräten lässt sich viel Strom sparen. Nach wie vor sind viele mit Strom betriebene Geräte alles andere als energieeffizient, und beim Ersatz oder bei Neuanschaffungen wird das Kriterium der Energieeffizienz häufig nicht mitbedacht.

Die Unterzeichnenden des Postulats schätzen es, dass die Energiestadt Olten schon zahlreiche Erfolge und Verbesserungen insbesondere bei fossilen Energieträgern erreichen konnte. Auch im Umgang mit gewissen Kategorien strombetriebener Geräte ist das Bewusstsein gestiegen, jedoch längst nicht bei allen. Zudem entscheiden nicht nur die Anschaffung, sondern auch die Handhabung und der Betrieb wesentlich über den sparsamen Stromverbrauch.

Die geforderte Strategie soll sich deshalb auf alle Arten von Geräten, Lichtquellen und elektrisch betriebener Maschinen beziehen. Insbesondere ist nebst Beleuchtung und Informatik auch an die Ausstattung mit weiteren Bürogeräten, an Geräte zum Schulungseinsatz, an Küchengeräte (z.B. Kaffeemaschinen, Kühlschränke im Arbeitsplatzbereich), an Reinigungsgeräte, an Lifte oder an Lüftungs- und Klimaanlage zu denken.

Zu Gunsten des sparsamen Betriebs und der Vermeidung von Leerlauf soll die Strategie auch die Ausrüstung mit Netzfreeschaltern umfassen. Ebenso soll die periodische Schulung jener Personen, welche Anschaffungsentscheide treffen, sowie jener, die oft mit elektrisch betriebenen Geräten arbeiten, Bestandteil der Strategie sein.

Die Strategie soll sich auf alle Gebäude und Anlagen der Stadt Olten beziehen, nebst dem Stadthaus namentlich auch auf die Schulhäuser und Schulanlagen, Werkhof, Feuerwehrgebäude, Zivilschutzanlagen, Sportanlagen, Stadthalle, Schützi, Färbi, Stadttheater, Museen, Bibliotheken, Voliere, Friedhof; ferner auf die Beleuchtungen im öffentlichen Raum: Strassen- und Wegbeleuchtung, angestrahlte Gebäude und saisonale Beleuchtung.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Im Rahmen des Reaudits Energiestadt 2008 wurden im Massnahmenprogramm folgende Beschaffungsrichtlinien (SR 21.04.2008) verbindlich erklärt:

- Bei der Neuanschaffung von Beleuchtungen im Innenraum wird der Minergie-Standard laut SIA 380/4 vorgegeben.
- Bei der Neuanschaffung von Haushalt- und Bürogeräten werden Geräte, die den Einkaufskriterien gemäss Top Ten entsprechen, berücksichtigt.

Ebenso wurden sämtliche Arbeitsstationen im Stadthaus mit USB-betriebenen Stromsparleisten ausgestattet.

Damit wurde der Bestgerätestrategie, wie sie die Postulanten fordern, bereits weitgehend der Weg geebnet. In der Anwendung der vorgegebenen Richtlinien, in der Information der Verantwortlichen, der Motivation der Mitarbeitenden und in der Anwendung sowie in der Vollständigkeit der verbindlichen Vorgaben gibt es sicher Lücken, welche geschlossen werden können, um damit der Stossrichtung der Bestgerätestrategie weiter Vorschub zu leisten.

Im Januar 2012 wird im Rahmen des 2. Reaudits Energiestadt die Bestandesaufnahme der umgesetzten Massnahmen in der Periode 2008-2011 erfolgen. In dieser Bestandesaufnahme werden sich die Erfolge bei der Beschaffung von Geräten, aber auch die Lücken zeigen. Im Rahmen des energiepolitischen Programms 2012-2015, welches basierend auf der Bestandesaufnahme ausgearbeitet werden wird, werden die möglichen und notwendigen Massnahmen für die verbesserte Umsetzung der Beschaffungsrichtlinien definiert werden. Dabei wird zu beachten sein, dass nicht alle von den Postulanten aufgezählten Handlungsfelder und Institutionen den gleichen Einflussmöglichkeiten durch das Energiestadtprogramm unterworfen sind. Es wird sich insbesondere auch bei einigen der im Postulat aufgezählten Geräte die Frage stellen, wie weit die Bestgerätestrategie tatsächlich umgesetzt werden kann und wie weit andere Anforderungen als der Stromverbrauch den Ausschlag geben werden. Durch die Möglichkeit, von der Bestgerätestrategie durch eine Begründung abweichen zu können, dürfte die notwendige Flexibilität in der Handhabung gegeben sein. Es wird in einigen Bereichen differenzierte Lösungen brauchen, die in der Umsetzung mehr Zeit benötigen können.

In diesem Sinne beantragt der Stadtrat, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

- - - - -

Anita Huber: Es ist erfreulich, dass die Stadt schon jetzt vieles macht. Zum Beispiel mit Stromsparmäusen oder der Beleuchtung im Innenraum und es gelten auch Regeln bei der Neuanschaffung von Haushalt- und Bürogeräten. Doch wer kümmert sich bei den vielen andern Geräten um die nachhaltige Beschaffung? Welche Nachhaltigkeitskriterien gelten für den Fahrzeugpark, die vielen Geräte des Werkhofes wie Luftbläser und die Maschinen des Forstbetriebes. Welche Regeln gelten für die Ausstattung der Schwimmbäder oder der Beschaffung der Steuerungsgeräte und der Lüftungen? Hier bestehen keine Richtlinien. Bei der Anschaffung solcher Geräte muss niemand Rechenschaft abliefern. Doch die Überlegungen müssen früher beginnen: Braucht man ein Gerät wirklich? Ist zum Beispiel ein Kühlschrank im Sitzungszimmer notwendig? Ist ein Laubbläser bei Herbstwind tatsächlich effizienter als eine Wischmaschine oder der gute alte Besen? Gibt es eigentlich eine Übersicht, in welchen Abteilungen welche Geräte vorhanden sind? Vielleicht kann man abteilungsübergreifend Geräte ausleihen und spart damit Anschaffungskosten und graue Energie, die bei der Herstellung verbraucht wird. Unklar ist, ob die Mitarbeitenden im Umgang mit stromsparenden Einrichtungen geschult sind. Erst eine Schulung plus die regelmässige Motivation und Kontrolle ermöglichen den langfristigen Erfolg dieses Projektes.

Die Stadt ist auf dem richtigen Weg zum nachhaltigen Energieverbrauch. Doch noch ist nicht alles realisiert, was sinnvoll und möglich ist. Unser Postulat hilft, längerfristig die gute Richtung beizubehalten. Deshalb wollen wir das Postulat nicht abschreiben.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist nicht ganz populär, weil vielleicht aus dem Plenum noch andere etwas sagen möchten. Ich muss zwei, drei Punkte einfach als Information festhalten. In der Beantwortung steht im Abschnitt, der mit „im Januar 2012“ beginnt, „wird im Rahmen des zweiten Reaudits Energiestadt die Bestandesaufnahme der Massnahmen erfolgen“. Wir sind jetzt mitten im Reaudit, und man kann keine Bestandesaufnahme machen, wenn man nicht eine Liste der Geräte hat. Das ist ein Aspekt. Man muss es ja belegen können. Ich habe es nicht dabei und kann es auch nicht in Zahlen ausdrücken. Regina Flury hat das Ganze in der Abteilung Stadtentwicklung in diesem Sinne im Griff. Auch in Planung und am Laufen ist das energiepolitische Programm, das auf dem Reaudit und den Massnahmen basiert. Dies einfach als Information. Ich muss noch kurz etwas belehrend wirken, lieber Felix, Herr Dozent. Es gilt übrigens für das vorherige Postulat auch. Wenn es ein Postulat wäre, müsste man schreiben: „Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen“ und nicht „beauftragt“ oder „aufgefordert“. Das ist nämlich eine Motion. Wir haben es zu Deinen Gunsten als Postulat so beantwortet. Aber es ist ein Prüfungsauftrag, und das hat Martin Wey vorher eigentlich auch gesagt. Ich möchte dies hier auch ausdrücken. Nichts desto trotz ist dies der Vorstoss, den wir auch aus dem Kantonsrat kennen. Alle, die im Kantonsrat sind, wissen, dass Felix Wettstein den Vorstoss zu Recht auch dort eingebracht hat. Wir haben vor diesem Vorstoss schon aufgenommen, in diesem Sinne zu arbeiten. Die zweite kleine Ergänzung formeller Art: Wenn man etwas eingeleitet hat – so steht es halt auch in der Geschäftsordnung – könnte man eigentlich das Ganze abschreiben. Das ist der Grundgedanke des letzten Satzes.

Daniel Probst, FdP-Fraktion: Anita Huber, als Du gesprochen hast, musste ich nachschauen, ob ich das gleiche Papier vor mir habe, weil Du es eigentlich viel weiter gefasst hast als es hier steht. Du hast von Nachhaltigkeit statt nur von Energie gesprochen. Nachhaltigkeit ist ja ein noch viel grösseres Gebiet, und Du hast davon gesprochen, dass man schon viel früher anfangen muss. Hier steht klipp und klar, dass es einfach nur um die Geräte geht, die strombetrieben sind. Also kommen wir hier zurück zum Postulat. Dass man Anforderungen erhebt und sich bei solchen Geräten danach richtet, finden wir eigentlich eine gute Sache. Nur finden wir es nicht richtig, dass man sagt, nur die Energieeffizienz solle zählen und man solle die höchste nehmen. Dort wäre es sicher sinnvoll, man würde Mindestkriterien definieren. Das hat übrigens auch ein FdP-Nationalrat, Herr Noser, in einem Postulat, wo man von Mindestkriterien spricht, gemacht, das vor ziemlich genau einem Jahr auf Bundesebene überwiesen wurde. Dann gibt man dem Gewicht, aber nicht einfach nur das einzige Gewicht, weil es natürlich auch noch andere Kriterien gibt. Preis ist ein Kriterium, das man sicher berücksichtigen muss. Qualität ist ein Kriterium. Dann kommen vielleicht auch noch soziale Anforderungen. Man kann sagen, es gibt Fairtrade usw. Weil die sogenannte Energiewende läuft, sich einfach zu sagen, jetzt zählt nur noch Energie und Strom und alles andere lassen wir bleiben, finden wir nicht den richtigen Weg. Mit den Mindestkriterien können wir leben. Das finden wir gut und hoffen, dass der Stadtrat dies in diesem Sinne annehmen wird. Wir sind für Überweisung und auch der Meinung, dass mit diesen Ergänzungen abgeschrieben werden kann.

Dr. David Wenger, SVP-Fraktion: Ich kann in das genau gleiche Horn blasen. Es ist einfach eine Flexibilität, die man der Verwaltung mit diesem Postulat nimmt. Die betroffenen Stellen vor Ort, die genau wissen, was sie brauchen, müssen auch die Kriterien definieren können, unter denen sie diese Geräte auswählen. Hier kann Stromsparerfordernis eines sein, aber es kann ganz sicher nicht das allein Entscheidende sein. Damit würden wir einfach den Handlungsspielraum der Verwaltung beschneiden, und das ist völlig unzweckmässig. Die Sache mit der Begründungspflicht: Vor dem Beauftragten Energiestadt muss dieser Kaufentscheid begründet werden. Und dann? Wer beurteilt, ob diese Begründung dann „verhebt“ oder nicht? Kann dann der Energiebeauftragte sagen: Nein, das „verhebt“ nicht? Das gibt ja auch wieder eine relativ aufwendige bürokratische Angelegenheit. Wir haben Vertrauen,

dass die Richtlinien, welche die Energiestadt bzw. Olten sich selber gegeben hat, genügen.
In diesem Sinne ist die SVP gegen die Überweisung dieses Postulates.

Beschluss

Das Postulat wird grossmehrheitlich überwiesen.

Beschluss

Mit 42 : 5 Stimmen wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. März 2012

Akten-Nr. 21/2

Prot.-Nr. 44

Postulat Anita Huber (GO) betr. Ein- und Ausstieg in die Aare für Schwimmerinnen und Schwimmer/Beantwortung

Die Fraktion der Grünen Olten hat am 15. September 2011 ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, für Aareschwimmerinnen und –schwimmer auf Stadtgebiet mehrere Ein- und Ausstiege in die Aare an beiden Ufern zu schaffen. Erste einfache und zweckdienliche Ein- und Ausstiege sollen im Lauf der nächsten beiden Jahre installiert werden. Zudem sind bei der konkreten Ausgestaltung von Andaare diese Bedürfnisse einzubeziehen.

Schwimmen in der Aare erhöht die Lebensqualität in jeder Aarestadt und ist heute dank guter Wasserqualität hygienisch unbedenklich. Das umweltfreundliche Schwimmvergnügen wird in den letzten Jahren vermehrt gepflegt in Bern, in Solothurn, in Aarau und in vielen weiteren Gemeinden an Flüssen. In der Aarestadt Olten ist das Badevergnügen kurz und endet schon in der Badi. Es bestehen einige wenige und teilweise versteckte Einstiegshilfen (Treppen), doch die einzige Ausstiegsstege befinden sich in der Badi.

Mit einfachen Möglichkeiten wie Ausstiegshilfen auf beiden Seiten der Aare wird der Aareraum attraktiver. Erste einfache und zweckdienliche Ausstiegshilfen können innerhalb von spätestens zwei Jahren rasch installiert werden. Bei der Ausarbeitung von Andaare lassen sich bei einer entsprechenden Planung problemlos weitere Ausstiegshilfen einbauen.“

- - - - -

Stadtrat Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Das Schwimmen in der Aare findet tatsächlich vermehrt Anhängerinnen und Anhänger. Ein- und Ausstiege bestehen beidseits der Aare bereits an 15 Stellen, davon 10 auf der Ostseite und 5 auf der Westseite (inkl. Badi).

Bestehende Ein-/Ausstiege verbessern als Sofortmassnahme / neue planen bei Bauvorhaben

Das Erstellen von Treppen und Geländer an Ufern mit Böschungen ist möglich und wird allenfalls von den kantonalen Stellen auch bewilligt (Kanton ist Eigentümer der Aare selbst). Bei ganzen Ein-/Ausstiegsstegen in die Aare hinein wie bei der Badi wird es schwierig, eine Bewilligung zu erhalten.

Im Rahmen von Bauvorhaben wie Andaare sollen neue Ein- und Ausstiegshilfen (Ländiweg) vorgesehen und bestehende (Wildsauplatz) verbessert werden.

Auf Abschnitten mit Mauern wie am Amthausquai können aus Sicherheitsgründen keine Ein-/Ausstiegshilfen vorgesehen werden, da diese Orte den Sicherheitsanforderungen nicht genügen können.

Der Abschnitt mit Böschung am Amthausquai ist heute geschützte Uferzone und dient den Flusstieren als einziger ruhiger Rückzugsort in der Innenstadt und sollte nicht belebt werden.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen und im Sinne der oben erwähnten Antworten als erledigt abzuschreiben.

- - - - -

Anita Huber: Herzlicher Dank dem Baudepartement für die ausführliche Karte. Ich habe die auf der Farbkopie sichtbaren pastell-weinroten und pastell-orangeroten Kreuze aufgesucht und bemerkt, dass aktuell nicht alle für den Ausstieg von Schwimmerinnen und Schwimmern geeignet sind. Umso mehr freut es mich, wenn im Zuge von Andaare am Ländiweg und beim Aarebistro Ein- und Ausstiegshilfen verbessert werden sollen. Dazu braucht es an diesen beiden Orten je eine Treppe und ein Geländer, das bis in die Aare reicht. Zusätzlich braucht es beim neuen Aareweg unter der ERO-Brücke auf der linken Aareseite eine Einstiegstreppe oder –leiter. Dies wurde gemäss meinen Informationen von der ERO-Begleitkommission gefordert und versprochen, aber nicht umgesetzt. Sinnvoll wäre auch eine einfache Treppe beim Trafohaus im Ruttiger, die den Einstieg in die Aare ermöglicht, ohne dass man sich im Gebüsch Kratzer holt. Solche Lösungen mit Treppen und teilweise Geländer als Ausstiegshilfen sind sehr asketisch, aber zweckdienlich. Multifunktioneller wäre eine Treppe mit Holzplattform, wie sie in der Aare in Winznau installiert sind. Dort haben nämlich auch Bootsfahrer Freude, und die Leute können ihre Füsse im Wasser baumeln lassen. Danke an Simon Haller, der mir entsprechende Fotos gemalt hat. Man muss nicht Mike Shiva konsultieren um voraussagen, dass das Schwimmen in der Aare an Beliebtheit zunehmen wird – auch in Olten: Seitdem Borregaard den Betrieb eingestellt hat, ist die Aare wieder sauber. Und es gibt mehr Oltnerinnen und Oltner, die an ihrem Arbeitsort in Bern oder Basel mit dem Schwimmen in einem Stadtfluss vertraut sind. Durch kleine Investitionen in die Zugänglichkeit unseres grossen Flussbades – der Aare – steigt die Lebensqualität im Sommer deutlich an. Einige wenige Zugänge sind im Zuge von Andaare vorgesehen, doch solange diese noch nicht gebaut sind, ist das Postulat nicht erfüllt. Daher kann das Postulat noch nicht abgeschrieben werden.

Heidi Ehrsam: Bei uns in der CVP/EVP/GLP-Fraktion ist das Postulat auch ausserordentlich gut angekommen. Schwimmen in der Aare ist tatsächlich eine tolle Sache. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Von den Einstiegsvarianten, die es bis jetzt gibt, die Anita ausgeführt hat, weiss ich, wo sie sind. Beim grossen Teil weiss ich aus eigener Erfahrung, wie man dort hinein- und hinaus geht, und es ist tatsächlich je nach Wasserstand nicht immer so leicht, hinein zu kommen. Es braucht eine gewisse Körperfertigung. Das ist so. Aber ich muss gleichwohl sagen, dass es vielleicht gewisse Nachteile hat, wenn man überall einen allzu leichten Zugang macht. Dies wegen der Gefahren, auch in Bezug auf Kinder usw, weil bereits jetzt in der Badi im Hochsommer festgestellt worden ist, dass dort, wo die Stege sind, die Kinder unbeaufsichtigt hinein gehen, weil die Eltern sie nicht beaufsichtigen. Ich würde sagen, wenn das Hindernis zu klein ist, kann es auch gefährlich werden. Aber ich schliesse mich der Postulantin ganz an, dass gute Einstiegs- und Ausstiegsmöglichkeiten vorhanden sein müssen. Deshalb ist es gut, und das hat Anita auch gesagt, dass im Rahmen des Projektes Andaare weitere Möglichkeiten geschaffen werden, wie uns dies der Stadtrat in seiner Antwort ja auch verspricht. Eine gute Variante gibt es beim Winznauer Stauwehr. Das hat uns Simon an der Fraktionssitzung gesagt. Das wäre eine gute Art und würde die Sache wirklich attraktivieren, weil man darauf auch noch die Sonne geniessen oder die Füsse baden könnte. Wir hoffen, dass der Stadtrat im Rahmen des Projektes Andaare gute Lösungen finden wird, so dass man dann vor dem Aarebistro auch

etwas eleganter ans Ufer kommt als jetzt. Jetzt ist es so, dass man auf allen Vieren über die glitschigen Steine krabbeln muss, und es ist vor den Aarebistro-Gästen nicht ganz so positiv, wenn man dort hinaus krabbeln muss. Ich möchte noch zwei Anliegen, die auch für die Aareschwimmerinnen und –schwimmer sind, an den Stadtrat richten. Natürlich gehört nicht nur der gute Ein- und Ausstieg aus der Aare zum einem bequemen, tollen Aareschwimm-erlebnis, sondern auch, dass man die Aare in Sicherheit hinunter schwimmen kann. Ich möchte den Stadtrat gerne bitten, dass er zusammen mit den Sicherheitskräften schaut, dass nicht mehr von diesen Brücken hinunter gesprungen wird. Es ist sehr furchterregend, wenn man unter der neuen Autobrücke durch schwimmt und die Leute von oben herunter springen. Bei der neuen Gäubahnbrücke muss man sagen, dass es transparent ist. Dort sieht man, wenn jemand springen will. Die Eisenbahnbrücke ist etwas sicherer geworden. Dort „verhebben“ die baulichen Massnahmen. Aber bei der neuen Brücke, die noch nicht geöffnet ist, haben wir schon etwas ein Problem. Noch ein zweites Anliegen: Wir Schwimmerinnen und Schwimmer von der Aare danken es dem Werkhof, wenn er regelmässig den Weg ins Chessiloch reinigt. Das ist ein kleiner sanfter Hinweis, dass es in Richtung Chessiloch ab und zu vielleicht noch einen Besen mehr brauchen würde. Alles in allem ist schwimmen in der Aare jetzt schon toll. Wenn wir dann noch die anderen Einstiegs- und Ausstiegsmöglichkeiten auf der Seite haben, wo das Projekt Andaare kommt, dann wird es ganz toll. Unsere Fraktion folgt dem stadträtlichen Antrag, überweist das Postulat einstimmig und wird es grossmehrheitlich auch gleich abschreiben.

Beschluss

Mit 46 : 0 Stimmen 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Beschluss

Grossmehrheitlich wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Fairmüllen

Luzia Stocker Rötheli: Danke für die wunderbare, schöne Einladung zum Apéro. Aber Fairmüllen würde eigentlich damit beginnen, dass man möglichst wenig Müll produziert, und eine solche Hochglanzeinladung dann noch in einem hochzeitsähnlichen Kuvert finde ich ziemlich übertrieben und nicht ganz angemessen für den Anlass. Dies einfach als Hinweis.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Ich bedanke mich bei Euch für die konstruktive Zusammenarbeit und wünsche Euch einen schönen Abend.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.